

POLITIK

Strauß in Syrien: Es gebe keinen geheimnisvollen Hintergrund seiner Informationsreise nach Syrien, erklärte der CSU-Vorsitzende. Zur Verstärkung in Bonn über mangelnde Abstimmung mit der Regierung sagt Strauss, er sei frei in seinen Entscheidungen und müsse „weder Opposition noch die Regierung fragen“. Kohl erklärt, er sei vorab nicht unterrichtet worden. (S. 1 und 3)

Kohl optimistisch: Der Bundeskanzler spricht vor Bundeswehr-Kommandeuren von ermutigenden Tendenzen in der Westpolitik der Sowjets. Er warnt, die sicherheitspolitische Diskussion auf die Raketenfrage zu „verengen“. (S. 1 und 5)

MAD-Chef sagt aus: Vor dem Untersuchungsausschuss zur Klärung der Affäre Wörner/Kießling gibt General Beinhart regelmäßig Verneinungen des Abschlusses, was kritisiert wird, daß die Sicherheitsbescheide Kießlings gegen seine Empfehlung aufgehoben wurden. (S. 5)

„DDR“: Die Bundesregierung werde „mit aller Kraft“ auf „gute Nachbarn Beziehungen“ hinarbeiten, schreibt Staatsminister Jenninger im „Bayernkurier“.

Nahost: Ohne konkretes Ergebnis blieb das Dreiergespräch zwischen US-Präsident Reagan, Jordaniens König Hussein und Ägyptens Präsident Mubarak in Washington. Befrieden löste Mubaraks Forderung nach einem direkten Dialog zwischen den USA und der PLO aus. (S. 1)

Libanon: Die neue schwere Niederlage der Regierungstruppen im Bergland südöstlich von Beirut hat Spekulationen auf den Weg gegeben, daß Präsident Gemayel das Truppenrückzugsabkommen mit Israel aufkündigen werde.

Golfkrieg: Die iranische Luftwaffe stieß erstmals seit Mitte vergangenen Jahres über die irakische Grenze vor und bombardierte Ziele am westlichen Stadtrand Bagdads.

Rom: Eine Extremistengruppe „kämpfende KP“ bekannte sich zum Mord an dem zivilen Chef der internationalen Sinal-Truppe, dem Amerikaner L. Hunt.

Heute: Kanzler Kohl zu offiziell in Belgien. - Südafrika, Angola und die USA verhandeln in Lusaka über Waffenstillstand an der namibisch-angolanischen Grenze.

Strauß in Syrien. „Ich bin frei in meinen Entscheidungen“

Bonn ist über späte Unterrichtung verstimmt, hält sich aber mit Kritik zurück

MANFRED SCHELL, Damaskus
Der CSU-Vorsitzende Strauss ist gestern zu zweitigen politischen Gesprächen mit der syrischen Führung in Damaskus eingetroffen. Unter anderem ist eine Begegnung mit Präsident Assad, mit dem Außen- und mit Verteidigungsminister Mustafa Tlass vorgesehen. Strauss, dem die syrische Führung eine Chartermaschine aus Arabien herbeigeführt hat, wurde von Außenminister Khaddam begrüßt.

Auf dem Hinfahrt hatte Strauss Kritik aus Bonn zurückgewiesen. Strauss: „Ich bin völlig frei in meinen Entscheidungen und muß weder die Opposition noch die Regierung fragen.“ Auf Fragen, warum er weder den Verbündeten USA noch die Bundesregierung frühzeitig unterrichtet habe, erwiderte der CSU-Vorsitzende: „Der Papst war auch nicht informiert.“ Er kündigte an, daß er in „absehbarer Zeit“ auch Saudi-Arabien besuchen werde. Es gebe keinen „geheimnisvollen Hintergrund“ seiner Reise, die ausschließlich Informationscharakter habe. Strauss: „Es gibt nichts zu verheimlichen und nichts zu verhandeln.“

Die Einladung zu dieser Reise sei

Anfang des Jahres ergangen. Der genaue Besuchstermin sei allerdings erst in den vergangenen Tagen festgelegt worden. Die syrische Seite lege offensichtlich Wert darauf, möglichst vielen europäischen Politikern ihre Position im Libanon-Konflikt und in Nahost insgesamt darzulegen.

SEITE 2:
Kleiner Großer Bruder
SEITE 3:
Weitere Beiträge

Auf die Frage, in welcher Eigenschaft er nach Syrien reise, antwortete Strauss: „Als Politiker mit internationaler Bekanntheitsgrad.“ Die Position der Bundesregierung zu den Ereignissen in dieser Krisenregion sei „sehr zurückhaltend“. Sie sei von drei Prinzipien bestimmt. Zum ersten: Israel habe das Recht, in anerkannten und gesicherten Grenzen zu leben. Zweitens: Die Palästinenser hätten das Recht auf Selbstbestimmung. Drittens: Alle Konfliktparteien sollten sich auf einen vertraglich abgesicherten Gewaltverzicht einigen. Strauss: „Jeder Satz für sich allein ist richtig. Ob alle drei zusammen in Erfüllung gehen, ist eine andere Frage.“

Ohne Zweifel, so sagte Strauss weiter, sei die Position Syriens stärker geworden. Ob man dies „bedauert oder begrüßt“, ohne Syrien sei eine Lösung des Libanon-Konflikts nicht möglich. Deshalb werde es „irgendwann und irgendwo zwischen den USA und Syrien zu einem Understanding kommen müssen“.

Strauß wird von seinem Büroleiter und von seinem Sohn Max begleitet. Wie verlautete, hat der Büroleiter des CSU-Vorsitzenden einen Tag vor der Abreise Staatssekretär Lautenschlager vom Auswärtigen Amt telefonisch über die Reiseabsichten unterrichtet. Dem CSU-Vorsitzenden sind daraufhin per Kurier die Informationsmaterialien des Auswärtigen Amtes zugegangen. Aus diesen Materialien leitete Strauss überdies ein Recht ab, in dieser Situation mit der syrischen Regierung zu sprechen. In den Materialien des Auswärtigen Amtes heißt es: „Da kein Krieg ohne Ägypten, aber kein Frieden ohne Syrien möglich ist, sollten wir auch das Gespräch mit Damaskus pflegen, wo immer das möglich ist.“

BERNT CONRAD, Bonn
Die späte Unterrichtung Bonns
Fortsetzung Seite 10

Mubarak fordert Dialog USA-PLO

Kein „Durchbruch“ beim Treffen Reagans mit den Staatschefs von Ägypten und Jordanien

TH. KIELINGER, Washington
Ohne Entscheidungen und ohne einen neuen Plan zur Beendigung der Feindseligkeiten in Libanon und zur Beilegung des Nahost-Konflikts endete in Washington das Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit Ägyptens Staatschef Mubarak und Jordaniens König Hussein. Nach den Worten eines hochgestellten Mitglieds der amerikanischen Delegation wurde bei dem Gipfeltreffen „kein Durchbruch“ erzielt.

Statt dessen bekräftigten die drei Spitzenpolitiker grundsätzliche Positionen, mit denen sie sich seit langem identifiziert haben und die von der Erkenntnis ausgehen, daß die Libanon-Krise auf die Zentralität des Palästinenser-Problems verweise, wie Ägyptens Präsident Mubarak es formulierte.

Präsident Reagan bekannte sich zu den Prinzipien seines am 1. September 1982 vorgetragenen Friedensplans, der im wesentlichen eine „Assoziation“ des Westjordaners und des Gaza-Streifens mit Jordanien vorsieht, was von Jerusalem entschieden abgelehnt wird. König Hus-

sein deutete an, daß er seinen Dialog mit PLO-Chef Arafat erneuern wolle, um ein palästinensisches Mandat für die Autonomie-Verhandlungen mit Israel zu erhalten; und Ägyptens Staatschef Mubarak warb für Yassir Arafat als einen „verantwortlichen Führer, der in schwieriger Lage ungeheuren Mut bewiesen hat“.

Mubarak ging freilich beim Abschied aus dem Weißen Haus, wo die drei Politiker während eines Arbeitessens konferiert hatten, weiter und forderte die USA auf, „mit den Palästinensern in direkten Dialog zu treten, und zwar über ihren gewählten Vertreter, die PLO“. Keine andere Nation sei, besser qualifiziert als das amerikanische Volk, den Palästinensern Unterstützung und Rückhalt zu geben. In diesem Zusammenhang bekräftigte der Ägypter, dessen Land unlängst wieder bedingungslos in die Familie der islamischen Staaten aufgenommen worden ist, das „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“.

Die Szene im Weißen Haus geriet nach Ansicht von Beobachtern fast zum diplomatischen Eklat, als Mu-

barak seinem amerikanischen Gastgeber politischen Rat erteilte, der diametral einer US-Grundstimmung in Bezug auf die PLO widerspricht. Im Jahre 1975 verpflichtete sich die damalige Regierung des Präsidenten Ford, mit der PLO erst Kontakt aufzunehmen, wenn diese Israels Existenzrecht zuvor anerkenne. Das Versprechen, bindend für die nachfolgenden Regierungen hinterlegt, war in einem geheimen Schreiben Außenminister Kissingers an die israelische Regierung enthalten. Mit dieser Garantie erkämpften die Amerikaner seinerzeit Israels Eingehen auf die von Kissinger ausgehandelten Truppenentflechtungsabkommen mit Ägypten und Syrien.

Während Mubarak beim Abschied im Weißen Haus sprach, blickte Präsident Reagan wie verstimmt auf den anderen Gast, König Hussein. Ein amerikanischer Delegationsmitglied meinte später vor der Presse, es gäbe keine Möglichkeiten, die öffentlichen abgegebenen Statements von diplomatischen Besuchern „zu kontrollieren“. Präsident Reagan sei von

Fortsetzung Seite 10

Kohl: Europas Verteidigung stärken

Zusammenarbeit Bonn-Paris „erfolgreich“ / Vor Generalen Vertrauenserklärung für Wörner

R. MONIAC, Travemünde
Bundeskanzler Kohl hat vor den Kommandeuren der Bundeswehr verstärkte Bemühungen auf dem Wege zur Einigung Europas angekündigt, bei der die Zusammenarbeit mit Frankreich entscheidende Anstöße geben soll. Als wesentliches Element zur Stärkung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion bezeichnete Kohl, was Europa selbst für seine Sicherheit tut.

Auf dem Kontinent müßten die Verteidigungsanstrengungen so zusammengefaßt werden, daß daraus eine europäische Sicherheitspolitik entstehe. Der Kanzler sprach davon, das „europäische Widerlager der Brücke Nordamerika-Europa zu stärken“. Eine Schlüsselrolle für die Festigung des „europäischen Pfeilers im Atlantischen Bündnis“ spiele die deutsch-französische Zusammenarbeit. Kohl sagte, schon jetzt habe diese Verteidigungskooperation zu bemerkenswerten Erfolgen geführt. Er erwähnte die Abstimmung strategisch-operativer Fragen und der Rüstungskontrolle so wie die enge rüstungstechnische Kooperation und schließlich eine vielfältige wechselseitige Information zwischen Bonn

und Paris in Verteidigungsfragen. Bonn sei bemüht, daß sich „alle europäischen Freunde dieser Zusammenarbeit auf dem Wege zur europäischen Einheit anschließen“. Allerdings will der Kanzler dabei nicht dem „Langsamsten im Geleitzug“ zu gestehen, das Tempo zu bestimmen.

SEITE 2:
Vorung der Bundeswehr
SEITE 3:
Kohl zu den Generalen

Einen Tag nach seiner Rückkehr von den Trauerfeierlichkeiten in Moskau und einem Gespräch mit dem neuen sowjetischen KP-Generalsekretär Tschernenko zeigte sich der Kanzler optimistisch über die Aussichten des Abrüstungsdialogs. Mit dem Beginn der Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen habe auch die Bundesrepublik Deutschland nach dem Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen demonstriert, daß ihre Außen- und Sicherheitspolitik berechenbar sei und sie sich damit das „moralische Recht“ erworben habe, die Großmächte zur substantiellen Fortsetzung der Abrüstungsbe-

munen aufzufordern. Dabei ließ der Kanzler keinen Zweifel daran, daß die militärische Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion weiter wachse. Er erwähnte Moskaus sich ständig verbessernde „konventionelle Fähigkeiten für weltweit strategische Interventionen“ und die forcierte Rüstung bei den Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Kohl bekannte sich zu dem Grundsatz, daß die Sicherheit der NATO auch von außerhalb des Vertragsgebietes der Allianz bedroht sei. Die Bündnisstaaten müßten deshalb, so weit sie selbst keine Mittel zum weltweiten Eingreifen hätten, mögliche Aktionen der anderen Länder solidarisch unterstützen.

Der Kanzler ging noch einmal auf den Fall Kießling ein. Demonstrativ sprach er Verteidigungsminister Wörner sein Vertrauen aus und sagte, er habe nach allem, was er anfangs in der Entwicklung der Generalaffäre gewußt habe, „pflichtgemäß gehandelt“. Kohl forderte die Kommandeure auf, Wörner, wie bisher bei seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Nach diesem Appell unterließen die Generale und Admirale alle weiteren kritischen Anmerkungen zu dieser Affäre an die Adresse Kohls.

Wird die Macht im Kreml geteilt?

DW, Moskau
Der neue sowjetische Parteichef Konstantin Tschernenko (72) hält offensichtlich nicht allein die Macht in den Händen. Die protokolllarische Ordnung bei der Beisetzungsfier für Juri Andropow - Tschernenko, Gorbatschow zur Rechten und Tichonow zur Linken - gilt vielen Beobachtern als Hinweis auf eine Machtaufteilung, wenn nicht sogar auf die Bildung einer neuen Triumvirat.

Ein hoher Kreml-Funktionär, der am Rande der Trauerfeier mit einem Gast aus dem Westen zusammentraf, schilderte das 52-jährige Politbüro-Mitglied Michail Gorbatschow als den künftigen zweiten Mann in der Hierarchie der KPdSU. Aber es gibt noch mehr Hinweise auf eine „Gewaltenteilung“. Verteidigungsminister Marschall Ustinow hielt am vergangenen Dienstag eine Rede, die im Gegensatz zu seiner Ansprache bei der Beisetzung Leonid Breschnevs deutlich politische Akzente setzte. Auch Außenminister Andrej Gromyko, der bei der Trauerfeier für Breschnew nicht das Wort ergriffen hatte, hielt diesmal eine Ansprache. Zudem fiel auf, daß die Rede des neuen Parteichefs zahlreiche Hinweise auf eine kollektive Führung enthielt. Schlußfolgerung: Der Breschnew-Gefährte und Andropow-Rivale Tschernenko könnte seine Wahl nur zum Preis von Zugeständnissen

Britische Spitzenpolitiker, die gemeinsam mit Premierminister Thatcher gereist waren, sind übereinstimmend der Meinung, der neue KPdSU-Generalsekretär sei ein kranker Mann. Am zuverlässigsten dürfte die Diagnose des früheren Labour-Außenministers und jetzigen SDP-Führers David Owen sein. Owen, von Beruf Facharzt für Chirurgie, urteilte: „Tschernenko leidet unter einer Lungenverengung“. Schatten-Außenminister Denis Healey, der die Labour Party in Moskau vertrat, sagte: „Tschernenko wirkte gebrechlich.“ Healey ist außerdem aufgefallen, daß der neue Parteiführer nicht die Autorität besitzt, die man bei seinen Vorgängern beobachten konnte.

DER KOMMENTAR

Sehr gefragt

HERBERT KREMP

Franz Josef Strauss, der bayerische Ministerpräsident, bei Präsident Assad von Syrien. Der Löwe trifft den Löwen. Schnupper-Tourismus, Fernweh, Fernsternliebe oder mehr? Da gibt es hochmögliche Leute im regierungsmittlichen und oppositionellen Bonn, die jede Strauss-Tour, sei sie touristisch oder nicht, einer Satire für wert erachten. Nun, man weiß es nicht so genau - was hätte Nestroy aus solchem Stoff gemacht? Auf höchstem literarischen Niveau zumindest stehen Straußens Stücke.

Aber nicht nur deshalb ist er ernst zu nehmen: Der CSU-Vorsitzende, den Konrad Adenauer mit jungen Jahren und guten Gründen an den Kabinettstisch in Bonn schaltete, ist in jeder Hinsicht ein origineller, mithin überraschender Kopf. Er treibt seit Jahren seine eigene Afrika-Politik - er hat weiße Steine im schwarzen Brett. Seit Jahren macht er sich auch Gedanken zur politischen Ordnung Zentralamerikas. Er war nicht einverstanden mit der Kohl-Genscher-Distanzierung vom amerikanischen Vorgehen in Grenada, sagte das vernünftig und schaute sich dort gleich selbst mal um. Nun entfaltet er von der heimlichen Hauptstadt München aus, allwo seine Staatskanzlei steht, Initiativen in Nahost.

Das ist aber nur der weite Kreisbogen. Im enger geschlagenen Kreis liegen die Ost- und Deutschlandpolitik. Von Rumänien und Ungarn über die Tschechoslowa-

kei und Polen bis zum Werbellinsee Honeckers reicht der Ausstrahlung. Strauss unterhält Sonderbeziehungen zur Entourage des Staatspräsidenten. Er macht ohne Provision Milliarden. Von den offiziellen Amtsinhabern in Bonn hält er nicht allzu viel. Die Gründe kennt jetzt auch Horst Ehmke. Die Kießling-Wörner-Krise hätte er mit einer großen Kabinettsumbildung bereinigt. Das hat der Ministerpräsident, der die Öffentlichkeit bekanntlich scheut wie der Teufel das Weihwasser, nicht dementiert, entspricht es doch seiner politischen Logik.

So vollendet sich in konzentrischen Kreisen der jüngste biographische Abschnitt eines der bedeutendsten deutschen Politiker. Strauss ist sich seiner Statur bewußt, ist ein Bild eines der mächtigen amerikanischen Senatoren mehr gleich als dem Abziehbild der gemeinhinigen Deutschen. Wegen der Reise nach Damaskus, die er, farbig wie ein und je, in einem bei den Saudis gecharterten Flugzeug zurücklegt, ertönen am Rhein Aufschreie. War der Kanzler unterrichtet? Ach, meint Strauss dazu, er habe den Papst auch nicht unterrichtet. Was sind das auch für Fragen?

Es bleibt nicht beim Literarischen; Strauss-Touren sind schon politischer Natur. „So moecht i leben, wie i leb“, schrieb Nestroy im „Zerrissenen“. So tut es Strauss. Aber durch Strauss hindurch und über ihn hinaus sehen wir eines: Die Deutschen sind doch sehr gefragt in der Welt.

Israel: USA haben uns nicht informiert

AFP/DW, Jerusalem/Washington
Der stellvertretende israelische Ministerpräsident David Levy hat der amerikanischen Regierung vorgeworfen, „ihre Initiativen im Nahen Osten und in Libanon nicht mit Israel zu koordinieren“. Bei einem Treffen mit den Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen der USA in Jerusalem verurteilte Levy vor allem das „sogenannte Stilleitertreffen“ zwischen Präsident Reagan, dem jordanischen König Hussein und Präsident Mubarak von Ägypten. Außerdem beklagte der israelische Politiker, daß Reagan „den Abzug der Marines von Beirut“ angeordnet habe, ohne sich zuvor mit Israel abgesprochen zu haben.

Wegen der „fehlerhaften Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der Schwäche der freien Welt“ sei Syrien jetzt in der Lage, im Nahen Osten seine Bedingungen zu diktieren, meinte Levy. Israel müsse daher die erforderlichen Entscheidungen treffen, um die Sicherheit seiner Siedlungen in Galiläa zu gewährleisten und die Möglichkeiten für Attentate auf seine Truppen zu verringern.

Ein amerikanischer Abzug aus Libanon zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre nach Ansicht des ägyptischen Präsidenten Mubarak „katastrophal“. Er könnte für die Vereinigten Staaten einen „Vertrauensschwund“ seitens aller ihrer Freunde in der Region nach sich ziehen, meinte Mubarak nach seinen Gesprächen mit US-Präsident Reagan und dem jordanischen König Hussein in Washington in einem Interview mit der Zeitung „Washington Post“.

Tschernenko dringt auf Ostblock-Gipfel

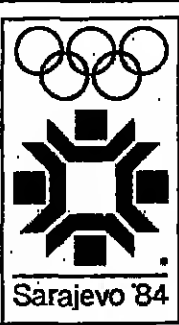
AFP/DW, Moskau
Die sieben Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes wollen in Kürze ein Gipfeltreffen abhalten, in dessen Mittelpunkt nach Ansicht von Experten die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs stehen werden. Dies wurde gestern aus osteuropäischen Kreisen bekannt.

Der Beschluß zu diesem Gipfeltreffen, das von der Sowjetunion gewünscht wird, sei am Dienstag in Moskau bei Gesprächen des neuen sowjetischen Parteichefs Konstantin Tschernenko mit führenden Politikern der übrigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes gefaßt worden, erklärten diese Kreise. Ein Datum für das Gipfeltreffen stehe noch nicht fest.

Während der kurzen Amtszeit des Parteichefs Juri Andropow, der erst im Juni 1983 auch Staatsoberhaupt wurde, war es nur zu einem einzigen Ostblock-Treffen der höchsten Ebene gekommen: Im Januar 1983 versammelten sich in Prag die Parteichefs, die Ministerpräsidenten, die Verteidigungs- und die Außenminister der sieben Pakt-Staaten. Das Prager Treffen schlug eine Art Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vor. In der „Prager Deklaration“ wurde als Ziel die Erhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen Ost und West genannt und eine radikale Verringerung der Mittelstreckenraketen in Europa angeregt. Rumänien, Staats- und Parteichef Ceausescu verlangte außerhalb des Treffens als einziger, daß jede neue Stationierung von Mittelstreckenraketen gestoppt und die schon installierten Raketen zerstört werden sollten.

Zweites Gold

- Die Rodler Hans Stanggassinger und Franz Wembacher aus Berchtesgaden holten die Goldmedaille im Doppelsitzer. S. 8
- Die englischen Eistanzpaare Jayne Torvill und Christopher Dean erhielten für ihre Kür neunmal die Höchstnote 6,0.
- Die Damen-Abfahrt wurde wegen schlechten Wetters erneut abgesagt und soll heute stattfinden. S. 8



WIRTSCHAFT

Forschung: Mit 46,8 Milliarden DM erreichten die Forschungsausgaben in der Bundesrepublik 1983 einen neuen Höchststand. Davon entfielen rund zwei Drittel auf die Wirtschaft. (S. 13)

AEG-Funkfunken: Heinz Dürr soll bis mindestens 1990 Vorstandsmitglied bleiben, beschloß das Aufsichtsrats-Präsidium.

Dollar: Der Kurs ist gestern an den internationalen Devisenmärkten kräftig zurückgegangen. In Frankfurt fiel er um fast fünf

Pfennig auf 2,8950 DM. (S. 11/2)

Krupp: Der Außenumsatz des Konzerns stieg 1983 um zwei Prozent auf 17,1 Milliarden DM. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte zeigten sich freundlich als Reaktion auf die Erholung an der Wall Street. Auch am Rentenmarkt setzte sich die Aufwärtstendenz fort. WELT-Aktienindex 1517 (150,3). Dollarkurs 2,8950 (2,7430). Mark Goldpreis pro Feinunze 383,00 (378,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Ich möchte jedem im Osten privat wie öffentlich klar machen, daß ich grundsätzlich westliche Freiheiten überall und jederzeit verteidigen werde“

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher auf einer Pressekonferenz in Moskau. FOTO: GARY SOMMER/STUDIO X

KULTUR

Großes Kino: Außer der ARD, die jetzt die Lizenzrechte für eine Top-Anzahl von 1500 Filmen in den USA aufkauft, verhandelt auch das ZDF über ein großes Filmpaket. Durch Aufkauf der US-Filmrechte wollen sie sich offensichtlich gegen den erwarteten Ansturm privater Fernsehveranstalter wappnen. (S. 16)

Everding: Der Generalintendant des Bayerischen Staatstheaters hat von der Metropolitan Opera in New York das Angebot erhalten, Nachfolger des 1985 ausscheidenden Intendanten Anthony Bliss zu werden. Everdings Vertrag in München läuft bis 1987. Er erklärte, er bleibe mit der New Yorker Oper „im Gespräch“.

AUS ALLER WELT

Windscale: Ungeklärte Sicherheitsvorkehrungen, inkompetentes Management und fahrlässiger Umgang mit hochradioaktivem Material haben Prüfer in der größten Atommüllkippe der westlichen Welt in Nordengland festgestellt. (S. 18)

beistellung: ist die Nachbarschaftshilfe wieder gefragt. Der Kommunalverband Ruhrgebiet hat jetzt eine Dokumentation erstellt, die den Erwerbslosen Initiativen bessere Zusammenarbeit ermöglichen soll. (S. 18)

Wetter: Meist heiter und trocken. Minus 2 bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Craxis - Alpenüberquerung - Zum Besuch des italienischen Premiers in Wien. S. 2
- Wohlfahrtsverbände:** Stiftung „Mutter und Kind“ stößt auf Widerstände; zu wenig Geld. S. 4
- Sowjetunion:** Privilegien und Korruption; Osteuropa-Experten analysieren den Alltag. S. 4
- Verfassungswort:** Straßburgs großer Wurf für Europas Union bleibt maßvoll. S. 7
- Frankreich:** Der Zulauf für die rechtsextreme „Nationale Front“ reißt nicht ab. S. 7
- Fußball:** Nach dem 3:2 in Bulgarien trainiert die Nationalelf in Frankfurt weiter. S. 9
- Forum:** Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 10
- Beschäftigung:** Sorge über Etatdefizite - J. Schaub über die OECD-Ministerratsung. S. 11
- Fernsehen:** Funkillustrierte „Hörzu“ stiftet den neuen TV-Preis „Der Goldene Satellit“. S. 16
- New York:** In den Gotteshäusern wird gewohnt, getanzt und gefeiert. S. 18

Gastlichkeit auf gut kölsch.



Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die zur Behaglichkeit einlädt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehme herben und herrlich erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch ist hell und oberrichtig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß.

Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Phon und Wirklichkeit

Von Thomas Kielinger

Wer politischen Fortschritt nach der Phonstärke von Deklamationen mißt, muß von dem Nahost-Dreiergipfel in Washington sehr beeindruckt sein. Präsident Reagan sprach von der „tragischen Situation“ in Libanon. Er holte seinen Friedensplan vom 1. September 1982 wieder aus der Aktklederte und lud Israel ein, neue Bereitschaft aufzubringen, „für den Frieden Risiken auf sich zu nehmen“. Präsident Mubarak warb kräftig für einen direkten Dialog mit Yassir Arafats PLO. König Hussein tat das für ihn Klügste: er sagte fast gar nichts, sondern ließ sich von Amerika neue Waffen zusichern.

Er jedenfalls weiß längst, daß im Nahen Osten nur als Realität betrachtet werden kann, was einem entweder am Verhandlungstisch gegenübersteht oder sich militärisch behauptet.

Tragisch an der Situation in Libanon ist, daß die drei Herren in Washington bei allem guten Willen ein Kollektiv der Hilflosigkeit ergaben. Sie haben niemanden, der auf der anderen Seite mit ihnen verhandelt. Die andere Seite wiederum, Syrien und seine Alliierten, weiß sich militärisch immer erfolgreicher zu behaupten. Während amerikanische Schiffgeschütze eine Menge Sprengstoff in die Beirut Berge werfen, schlüpfen muslimische Milizen und Teile von Abu Musas siegreichem PLO-Flügel wieder nach West-Beirut zurück.

Und aus dem Süden Libanons flogen gar drei Katjuscha-Raketen vorige Woche nach Nord-Galiläa. Hatte nicht Begin gelobt, als die „Operation Frieden für Galiläa“ am 6. Juni 1982 begann, Galiläas Dörfern damit einen Frieden von biblischer Dauer – vierzig Jahre – zu bringen?

Die heutige Lage in Libanon bietet nicht gerade ideale Voraussetzungen, neue „Risiken für den Frieden“ auf sich zu nehmen. Und Hussein und Mubarak wie auch Arafat müssen wissen, daß durch Manöver, um einer vernünftigen (Autonomie-)Lösung des Palästinenser-Problems auszuweichen, nichts besser wird. Der Washingtoner Gipfel ragte jenseits der Wirklichkeit.

Vorrang der Bundeswehr

Von Rüdiger Moniac

Bundeskanzler Kohl hat vor den Kommandeuren der Bundeswehr die Leitlinien einer Politik gezogen, die, wenn er ihnen zu folgen vermag, die Sicherheit unseres Landes und unseres Kontinents auf eine Weise glaubwürdig machen und auf ein solides Fundament stellen dürfte wie seit langem nicht mehr. Er erwies sich in Travemünde als ein Regierungschef, der keine Zweifel an seine Haltung zuläßt: Aufbauend auf einer freundschaftlichen Partnerschaft mit den USA, die er als lebenswichtig für uns Deutsche kennzeichnet, möchte er einen europäischen Pfeiler der Sicherheit entwickeln, für den das deutsch-französische Verhältnis der Kern einer umfassenden politischen und militärischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder werden soll.

Sein Ziel ist eine europäische Sicherheitspolitik, die er als europäisches Widerlager der Brücke Nordamerika-Europa sieht. Eine Vorstellung, mit der sich die Bürger sehr wohl einverstanden erklären können, zumal Kohl aus diesem festen Zusammenhalt des Westens – anstelle gewisser Alleingangs-Vorstellungen mancher Kreise hierzulande – die Chance zu entwickeln hofft für eine „wirkliche“ Entspannungspolitik mit der Sowjetunion. In Moskau will der Kanzler bereits festgestellt haben, daß offenbar auch dort schon als „fait accompli“ gesehen wird, daß sich die Bundesrepublik unter der Regenschaft der christlich-liberalen Koalition als ein stabiler und berechenbarer Faktor in der westlichen Nachbarschaft erwiesen hat.

Auch Kohls Erklärungen zur künftigen Entwicklung der Bundeswehr haben den Kommandeuren den Eindruck vermittelt, daß sich seine Regierung von den gewaltigen Hürden, vor denen die Streitkräfte durch Personal- und Geldmangel stehen, nicht beirren lassen will. Die Bundeswehr gilt ihm als eine Organisation, der höchste Aufmerksamkeit, notfalls auch eine Umorientierung der Prioritäten im Bundeshaushalt, zuteil werden soll. Kohl, so scheint es, ist entschlossen, trotz Pöbeln und mancherorts mangelndem Rückhalt der Landesverteidigung die Diskussion zu Gunsten der Bundeswehr selbstbewußt zu beginnen.

Konferenz-Teilnehmer

Von Reiner Gatermann

Die schwedische Marine wirft wieder Wasserbomben. Sie vermutet nämlich in unmittelbarer Nähe der wichtigen Flottenbasis Karlskrona wieder fremde U-Boote. Karlskrona wurde weltbekannt im Herbst 1981, als nicht weit davon das sowjetische U-Boot 137 auf einen Felsen aufstieg. Mit Informationen ist man sehr sparsam geworden nach den Erfahrungen früherer Einsätze, wo man den Triumph bereits sicher in der Tasche zu haben glaubte, dann aber doch wieder mit leeren Händen stand. Aber die Wasserbomben sind unüberhörbar.

Sie bilden die Begleitmusik der Stockholmer KVAE-Konferenz, wo gerade 35 Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich beraten. Für Schweden eine fürchterliche Bloßstellung durch seine sowjetischen Gäste. Man muß annehmen, daß die Marineführung über ausreichende Indikationen verfügt, wenn sie trotz dieser Konferenz Wasserbomben wirft.

Jetzt dürfte es für sie allerdings auch kein Zurück mehr geben, falls Schweden seine Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen, nicht den Eindruck machen will, daß es sein Territorium nicht vor Eindringlingen schützen könne. Dies bedeutet: Die in der Nähe des Leuchtturms Godnatt (Gute Nacht) vor dem Hafen von Karlskrona vermuteten U-Boote, ob Mini- oder Normalausführung, müssen unter allen Umständen identifiziert werden – unter allen Umständen. Man mag ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß das neutrale Schweden nicht das erste Land sein will, das in Friedenszeit ein fremdes U-Boot versenkt. Aber nach so vielen Provokationen und Versteckspielen bleibt der Regierung und der Militärführung keine Wahl. Irgendwann muß auch Schweden seine nationale Würde berücksichtigen.

Sollte die Jagd erneut ergebnislos verlaufen, müßte man ernsthaft an dem Verteidigungsvermögen der Marine zweifeln. Denn dann ist es ihr offenbar nicht möglich, ungetroffene Unterwasserbesucher einzufangen. Schließlich ist es nicht mehr – wie bis Mitte 1983 – ihre Aufgabe, sie lediglich abzuweisen, sondern sie hat die Eindringlinge mit allen Mitteln zu identifizieren, auch wenn damit die Gefahr einer Versenkung verbunden ist. So lautet der Auftrag der Regierung. Und daran sollte sich auch seit dem 17. Januar nichts geändert haben, seit Schweden Gastgeber der KVAE ist.



Der Privat-Archäologe

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Craxis Alpenüberquerung

Von Alfons Dalma

Als mir gesagt wurde, es seien seit dem Besuch von Agostino Depretis in Begleitung des Königs Umberto II. der Kaiser Franz Joseph seine Aufwartung machte, bundertdrei Jahre vergangen, ohne daß ein italienischer Regierungschef in Wien erschienen wäre, sagte Bettino Craxi, „fand ich das ganz einfach unvorstellbar, wollte es überhaupt nicht glauben, fiel aus allen Wolken...“

Der erste sozialistische Ministerpräsident der ersten italienischen Republik holt aber tatsächlich mit seiner Anwesenheit in der Donaumetropole etwas nach, was auf beiden Seiten Monarchien, autoritäre Regime der Zwischenkriegszeit und die zahlreichen republikanischen Kabinette der letzten drei Jahrzehnte veräumt hatten. Historisch und kulturell sind Österreich und Italien unzertrennlich verbunden, im Guten und im Bösen, aber auch im Lebensstil. Die zu den Habsburger Ländern zusammengekommenen Gebiete der römischen Provinzen Noricum, Raetien und Pannonien sind bis heute der in ihrem Charakter lateinischste Teil und das ausgesprochen meridionale Element im Gebiet der deutschen Sprache geblieben. Nach dem alten Deutschen Reich hat die „Casa de Austria“ (zum Schluß nur noch von Wien aus) weite Landschaften Italiens nicht nur politisch beherrscht, sondern auch in Lebensordnung, Rechtssystem und Verwaltung geprägt.

Wenn auch Reste von Erbitterung aus den Zeiten der nationalen Kämpfe um Befreiung und Einheit übrig geblieben sind, so überwiegt schon seit zwei Generationen in Italien eine Revision der primitiven Schablonenbilder und eine geradezu wuchernde Vorliebe für das Kulturgut der Marke Wien und der österreichischen Kulturproduktion vor allem der letzten hundert Jahre. Aber gerade in diesem Zeitraum waren es zunächst die Rücksichten des Wiener Hofes gegenüber dem Papst als Oberhaupt des Kirchenstaates, dann die Differenzen über die Balkanpolitik, bald auch das Mißtrauen gegenüber dem südlichen Partner des Dreierbundes, das Ausscheren Italiens aus dieser Allianz und der Frontwechsel im Krieg gegen die Zentralmächte, so wie schließlich das Protektorverhältnis zwischen dem Mussolini-Regime und dem Dollfuß-System, Roms Verrat zum Zeitpunkt des Anschlusses Österreichs durch Hitler, zu allerletzt – und am längsten während – die Streitfrage Südtirol, die immer wieder neue Hindernisse auf dem Weg zwischen Rom und Wien errichtet haben.

Eine psychologische Schwelle ist auch in den achtziger Jahren übrig geblieben, obwohl sie objektiv und realpolitisch schon längst überholt erscheint. Italien ist für Österreich nach der Bundesrepublik die durch die politische Geographie wichtigste Nachbar, ebenso der zweitgrößte Wirtschaftspartner, die österreichischen Landwirtschaftsexporte nehmen bei den Italienern geradezu eine privilegierte Stellung ein. Das von Alcide de Gasperi und Karl Gruber schon 1946 eingeleitete Werk der Verständigung über die Autonomie und die Sonderrechte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol hat ebenfalls ermutigende Fortschritte erbracht. Dennoch hat man in den beiden Hauptstädten sozusagen routinemäßig lange Zeit geglaubt, es sei

noch nicht die Zeit für eine breite politische Zusammenarbeit und für den Meinungsaustausch auf der höchsten Ebene zwischen dem neuesten Neutralen in Mitteleuropa und dem wichtigsten NATO-Staat im Mittelmeer, die aber beide Alpenländer sind, gekommen.

Als Neuerer angetreten und gepriesen, hat nun Bettino Craxi den Sprung gewagt. Das wurde ihm allerdings wesentlich durch den neuen Mann in Wien erleichtert. Kanzler Fred Sinowatz, selber Historiker, hat sicher den Horizont der österreichischen Außenpolitik nach Kreisky nicht gerade eingengt. Aber er hat auf Kosten der allzu allgemeinen und weitläufigen Rhetorik die Betonung ausdrücklich auf die Nachbarschaftspolitik gelegt. Dieser Vorrang hat den Weg von und nach Italien geebnet.

Auch das ist ein Stück der europäischen Stabilisierung, der Einigung im freien Teil unserer alten Welt. Ein Verdienst der sozialistischen „Affinitäten und Wahlverwandtschaften“ Sinowatz und Craxi brauchen nicht auf eigene Meriten zu verzichten, um das Werk ihrer Vorgänger aus verschiedenen Schulen zu würdigen: de Gasperi, Figli, Fanfani, Raab, Andreotti, Klaus, Colombo, Tonci, Spadolini und Kreisky. Die von den großen Botschaftern geprägte italienische Diplomatenschule, angeführt von Gaia, Ducci, Aillaud, Malfatti, hat die neuen Grundlagen der historischen Beziehung zeitgemäß bewegt. Und vor allem in der italienischen Publizistik haben Protagonisten wie Montanelli oder Ronchey, Historiker wie Valsecchi und Magris, Korrespondenten wie Ettore Petta und Bruno Tedeschi bewirkt, daß die Intelligenzschicht des südlichen Nachbarn gegenüber der öffentlichen Meinung nördlich der Alpen eine ausgesprochene Vorleistung – so will es uns der Bilanz scheinen – an gutem Willen und Aufklärung erbracht hat. Die Notwendigkeit des Abbaus von Vorurteilen bleibt aber die Moral der Geschichte – auch dieser Geschichte.



Unvorstellbar – der erste Besuch nach hundertdrei Jahren: Craxi

FOTO: SVEN SIMON

Wer Herausforderungen nicht entgentritt, zieht sie an

Henry Kissingers Erkenntnisse jenseits der amtlichen Selbstknebelung / Von Heinz Barth

Selten in der Geschichte hat eine Nation eine so radikale Verschiebung des militärischen Gleichgewichts so passiv hingenommen. Und noch nie in der Geschichte hatte eine Seite auf so vielen militärischen Gebieten einen so großen Vorsprung gewonnen, ohne den Versuch zu unternehmen, diesen Vorsprung zu ihrem politischen Vorteil auszunutzen. War der prominente Amerikaner, der diese resignierte Bilanz vor bald vier Jahren zog, ein Falke?

Es war Henry Kissinger, derselbe, der jahrelang vom liberalen Establishment Washingtons als das gute Gewissen der Nixon-Administration gepriesen worden war. Zwischen dem, was er verschwiegen, solange er als Sicherheitsberater des Weißen Hauses und Außenminister politische Verantwortung trug, und dem, was er sagt, seit ihm das Amt keine Diskretion mehr auferlegt, besteht ein Gegensatz, wie er größer nicht sein könnte. Jetzt erst erleben wir den wahren Kissinger anstelle des Mannes, der

der Weltöffentlichkeit jahrelang so virtuos einen Flirt mit Sowjetbotschafter Dobrynin vorspielte.

Unter zwei Präsidenten hat Kissinger acht Jahre die Außenpolitik gemacht, die ihm die Umstände gestattet. Er hatte nicht nur die diplomatischen Regeln zu beachten, sondern auch Rücksichten auf die außenpolitischen Dilettanten im Kongreß und in den Medien zu nehmen. Nichts von dem, was er in seinen beamteten Jahren getan und gesagt hat, läßt sich an Offenheit mit dem vergleichen, was er nach 1977 in seinen Vorträgen und Aufsätzen als seine persönliche Meinung von sich gab.

Es ist müßig, darüber zu rechten, um wieviel stärker heute die amerikanische Position gegenüber der Sowjetunion wäre, wenn ihm mehr Bewegungsfreiheit gelassen worden wäre. Es gab damals beiderseits des Atlantik viele, die er in dem Glauben belief, daß er ihren Hoffnungen auf eine dauerhafte Verständigung mit dem Krenel eine Chance gab. Und es gab andere, vor allem Europäer, die seine wirkliche

Einstellung kannten, es aber freudig ausnützten, daß ihm durch innenpolitische Zwänge die Hände gebunden waren.

In der lang verwehten Blütezeit der Ostpolitik haben die Sowjets davon Wucherzinsen kassiert. Wie tief Kissingers Abneigung gegen die Bereitschaft zu Vorleistungen und gegen die Beflissenheit gegenüber den Krenelherren in Wirklichkeit war, kam leider erst nachträglich zum Vorschein. Im letzten Jahr der Carter-Administration stellte er vor den amerikanischen Zeitungslesern fest: „Ich würde sagen, daß zunehmende Herausforderungen, denen man sich nicht widersetzt, unausweichlich zu immer größeren Herausforderungen führen.“

Jahrzehnte der Gewöhnung an das, was Kissinger die Institutionalisierung der Herausforderung nennt, haben in der Tat eine Deformation der westlichen Außenpolitik hervorgebracht. Sie nahm es, bevor Reagan andere Töne anschlug, routinemäßig hin, von der

IM GESPRÄCH Rifaat al-Assad

Kleiner Großer Bruder

Von Günther Deschner

Als Syriens Präsident Hafes al-Assad noch im November vergangenen Jahres mit einem Kreislaufzusammenbruch darniederlag und wieder einmal die Spekulationen um seine Nachfolge im Schwange waren, da tauchten in den Basarläden der Hauptstadt schon Farbdrucke mit dem Porträt seines Bruders auf, des bald 47jährigen Rifaat. Aber als Anfang Dezember die Armee mit Freudschen die Nachricht von der Gesundung des Präsidenten feierte, da kauften diskrete Händler die Rifaat-Porträts wieder zurück – für fünf syrische Pfund, 2,50 Mark, das Stück.

Der Vorgang ist bezeichnend für die Erwartungen, die in Damaskus mit Rifaat al-Assad verbunden sind. Als Kommandeur der „Saraya al-Difa“ der „Verteidigungskompanien“, einer Art Schutzstaffel des Assad-Regimes und der regierenden Baath-Partei, ist er schon jetzt der wahrscheinlich mächtigste unter allen „zweiten Männern“ der Syrischen Arabischen Republik. Diese Sondermacht ist ausschließlich ihm unterstellt und verfügt mit ihren 25 000 Mann über die modernste Bewaffnung, einschließlich des Kampfpanzers T72. Vielleicht nimmt er sogar an Gesprächsterminen mit Besuchern aus Deutschland teil; an der Organisation ist er gewiß beteiligt.

1937 in Kardaheh in der Provinz Latakia geboren, besuchte er in der gleichnamigen Hafenstadt auch das Gymnasium, ehe er in Damaskus das Studium der Politik und Volkswirtschaft aufnahm, das er mit dem Diplom abschloß. Um 1960 wurde er Staatsbeamter, ehe auch er wie sein Bruder in die Armee eintrat. Dessen ersten Staatsstreich 1966 erlebte er bereits als Leutnant in einer Infanteriebrigade, beim Coup von 1970 war er Hauptmann. Willig übernahm er alsbald Aufbau und Führung der „Verteidigungskompanien“ und wurde rasch bis zum Obersten befördert, fand aber offenbar keine Erfüllung in der bloß polizeilich-militärischen Karriere.

Nach mehreren Studienaufenthalten in Moskau promovierte er an der



Drohzieher der Attentate? Rifaat al-Assad FOTO: SYGMA/PANDIS

dortigen Universität im Juli 1974 mit einer Arbeit über „Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Syriens“. In dieser Dissertation vertrat Rifaat die These, die endgültige Lösung der „Widersprüche“ der syrischen Nation sei nur im Rahmen des Sozialismus, der arabischen Einheit und einer nicht näher beschriebenen „Befreiung des Menschen“ möglich. An der Universität Damaskus, an der er auch die Stelle eines Dozenten innehat, ist die Arbeit heute offizielles Lehrwerk.

Auch privat läßt der ehrgeizige Tausendsassa nicht viel aus. Bereits 1975 hatte er das islamische Kontingent von vier Frauen ausgeschöpft, zwei Alawitinnen und zwei Angehörige der sunnitischen Mehrheit. Mit ihnen hat er elf Kinder. Außerdem liebt Rifaat al-Assad den Sport, besonders den Fußball, schnelle Wagen und alle Luxusgüter, die der kapitalistische Westen anbieten kann. Mehrere seiner Kinder halten sich zur Ausbildung in den Vereinigten Staaten auf. Verschiedene Zeitungen behaupteten in den letzten Tagen, Rifaat stecke als Geheimdienstchef hinter den Attentat in Libanon, vor allem den Sprengstoff-Massaker und der Ermordung des Präsidenten Gemayel. Damaskus hat sich nicht dazu geäußert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Zu Tschernobyls Auftritt meinet das Blatt:

Beherrschender Eindruck war, daß hier ein Erster unter Gleichen gewählt wurde, daß die Macht des Kollektivs noch gewachsen ist. Davon zeugte auch die Selbstsicherheit mit der Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow die Akzente in ihren Reden setzten. Die Anzeichen verstärken sich, daß die Welt sich auf die Herrschaft einer Seniorenschicht im Krenel einzustellen hat, die sich vor allem deshalb für Tschernobyl entschieden, um nicht einen Generationswechsel einzuleiten, der das Ende der bisherigen Machtkonstellation bedeutet und die Kontinuität der sowjetischen Politik gefährdet hätte.

Frankfurter Rundschau

Zum Streik um die Vorauszahlung des Weihnachtsgeldes liest man hier einen guten Rat:

Da zeigt sich die innere Gespaltenheit eines allzu staatsstreuen Gewerkschaftsbundes. Einerseits verweigert er – bis auf eine Ausnahme – seinen Beschäftigten die Vorauszahlung mit all den Argumenten wie unwillige Firmen. Andererseits gibt es öffentliche Empfehlungen an Betriebsräte und Arbeitgeber, eben diese Voraus-

zahlungen zu vereinbaren. Was, wie bei vielen Firmen, beim DGB nach innen gilt – grundsätzliche moralische Bedenken, an Gesetzen „zu manipulieren“ – gilt nach außen offensichtlich nicht. Wer soll das verstehen? ... Von allen finanziellen Bedenken scheint nur eines, und das auch nur auf den ersten Blick, überzeugend: Die Zinsen, die ein finanziell schwaches Unternehmen aufrufen muß, um die Vorauszahlung über Kredit vorzufinanzieren. Aber muß das sein? Nein. Es gibt ja auch die Möglichkeit, die gesamte Summe von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis zu den bisher üblichen Auszahlungsmomenten auf ein Sperrkonto zu legen und dort gut zu verzinsen.

Zünder Nachrichten

Zu den Batteriefahrern, bemerkt die Zeitung:

Den ohnehin von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffenen norddeutschen Küstenregionen droht jetzt der Verlust weiterer 10 000 bis 15 000 Arbeitsplätze. So viele Beschäftigte und deren Familien ernährt nämlich das Gewerbe der sogenannten Butterschiffahrt, der nach den gestern verkündeten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes nun das endgültige Aus droht. Damit hat ein Gericht wieder einmal eine Entscheidung gefällt, die den Interessen aller davon Betroffenen zuwiderläuft.

sondern weil sie von diesem militärisch und subversiv unter Druck gesetzt werden.“

Diese Erkenntnisse fanden ihren Niederschlag im Mittelamerika-Bericht der Kissinger-Kommission, dem der Präsident im wesentlichen folgen wird. Schon formiert sich aber in Washington ein Anti-Kissinger-Kreis, für den die Vorschläge des Ex-Außenministers ein „Katastrophenrezept“ sind. Warum? Weil er die Domino-Theorie wieder zur Sprache bringt und Mittelamerika als das sieht, was es ist: eine strategische Existenzfrage für die USA.

Es stört die Kritiker nicht, daß nach Vietnam die Dominos in Laos und Kambodscha fielen und daß Nicaragua zum Domino Kubas wurde, dem El Salvador folgen sollte. Kissinger läßt sich davon jedoch nicht entmutigen. Noch nie hat man ihn so energiegeladener bei der Aufgabe gesehen, seine Landleute über die Grundtatsachen der Geopolitik aufzuklären. Hätte er doch schon früher damit begonnen.

Der Besuch von Franz Josef Strauß in Damaskus überrascht in Bonn und Jerusalem

Syrien ist auf dem Weg zur Vormacht

Mit Unterstützung des Kreml hat sich Syrien eine Schlüsselstellung in der arabischen Welt erobert: Es ist Damaskus gelungen, eine politische Stabilisierung in Libanon zu verhindern und das Arrangement zwischen Beirut und Jerusalem zu gefährden. Mit dem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß steht Syrien wieder im Blickpunkt.

Von PETER M. RANKE

Der syrische Präsident Hafiz el-Assad steuert mit seiner kompromisslosen Politik in Libanon und gegenüber Amerika auf einen großen Erfolg zu, der den mit Moskau verbündeten Militärrichtern in der gesamten arabischen Region als gefährliche und umworbene Vormacht etablieren kann.

Der Abzug der amerikanischen Marines und damit eine Demütigung der USA steht bevor. Das Rückzugsabkommen der libanesischen Regierung mit Israel vom letzten Mai ist nicht mehr durchzusetzen, auch wenn Präsident Amin Gemayel es bisher nicht förmlich annulliert hat. Wegen dieses Abkommens und weil kein arabischer Staat Frieden mit Israel schließen darf, hat Assad Libanon in einen neuen blutigen „Bürgerkrieg“ gestürzt. Das Ziel, ein „arabisches Libanon“, das als Protektorat an Damaskus gefesselt ist, liegt in Reichweite des rücksichtslosen arabischen Machtpolitikers dieser Zeit.

Assad ist seit 1970 an der Macht, die von ihm geführte sozialistische Baath-Partei seit 1966. Die wahren Herrscher aber sind Präsident und

Oberbefehlshaber Hafiz el-Assad und sein jüngerer Bruder Rifaa, der die Geheimdienste und die „Verteidigungskommandos“ befehligt. Die Truppe in Divisionsstärke besteht aus Alawiten, die wie die Assads einer Geheimreligion angehören. Diese „Ordnungstruppe“ hat alle Vorrechte und bekämpft gnadenlos jeden innenpolitischen Gegner. Die Niederschlagung der Moslembrüder mit etwa zehntausend Opfern und der Zerstörung der Stadt Hama im Februar 1982 hat gezeigt, wozu die Assads fähig sind, wenn sie ihre Herrschaft gefährdet sehen.

Tausende von innenpolitischen und religiösen Gegnern füllen die Gefängnisse – ohne Gerichtsurteil, wie jüngst Amnesty International feststellte. Das hat das Regime nicht gehindert, ein Bündnis mit der islamischen Revolution in Iran einzugehen, um im Golfkrieg dem verfeindeten Baath-Regime in Irak zu schaden. Teheran belohnt Waffenhilfe und Bündnis mit der Lieferung von jährlich einer Million Tonnen Rohöl und „Touristen“, die als tiefverschleierte Frauen nicht nur in den Straßen von Damaskus zu sehen sind, sondern auch als bährige „Khomeinisten“ mit Kalaschnikows in der libanesischen Bekaa-Ebene und in West-Beirut.

Die Wirtschaft Syriens ist wegen der Hochrüstung des Neun-Millionen-Volkes (Streitkräfte von 250 000 Mann mit Reservisten) zerrüttet, es fehlen die Milliarden aus den Öleinnahmen, um sich die radikalen Syrer und „Khomeinisten“ vom Hals zu halten. Sie zahlen weiter, aber nicht mehr so viel. Das hat in Syrien zu weitreichenden Einschränkungen in der noch vorhandenen Privatwirtschaft geführt, die für Importe oft anderthalb Jahre auf Devisen warten muß. Der Mangel wird allerdings ge-



Seit längerem sind die Gesprächspartner Franz Josef Strauß und Hafiz el-Assad, 1978 in Bonn. FOTO: JOCHEN LAMPE

mäßigt durch weitverbreitete Korruption, in die auch die Armee verwickelt ist.

Nach der Schlappe gegen Israel im Sommer 1982 wurden Luftwaffe und Armee für mindestens zwei Milliarden Dollar von den Sowjets neu ausgerüstet. Moderne Luftabwehr-Raketen vom Typ SS 21 bedrohen Israel, Jordanien und die 6. US-Flotte im Mittelmeer. Etwa 5000 sowjetische Berater sitzen in Stäben und Stellungen.

Gestützt auf diese Macht konnte Assad den Streit um Libanon entscheiden und das kleine Land in die Spaltung treiben. Damaskus kontrolliert jetzt bis auf das christliche Ost-Beirut, einen Küstenstreifen und Südlibanon rund 70 Prozent des Landes. Wie Assad bei der Umwandlung Libanons in ein syrisches Protektorat die Milizen der Drusen und Schiiten einsetzte und die libanesischen Regierungen trotz US-Hilfe zer-

schlug, ohne daß syrische Truppen – bis auf Artillerie-Unterstützung – selbst eingriffen, ist ein Meisterstück arabischer Politik.

Schon hat der frühere libanesischen Regierungschef Kerame erklärt, Libanon und Syrien seien ein einziges Land. Und Drusen-Chef Dschumblatt pries die enge „Verbundenheit“ mit Damaskus. Denn auch die Vorbereitung zum Machtwechsel in Beirut und zur Beseitigung der vornehmlich christlichen Regierung- und Wirtschaftsmacht lag in syrischen Händen.

Im vorigen Jahr wurde die PLO Arafat durch syrische Gefolgsleute niedergeschlagen, weil Arafat selbständig bleiben wollte und vorsichtig mit König Hussein von Jordanien verhandelte, einem Erzfeind der Assads. Das war für Damaskus ebenso unerträglich wie der quasi-Frieden, den die Regierung Amin Gemayel mit Israel schloß. Und da war als Vorbe-

reitung für den Umsturz der Einsatz des Terrors als Waffe: Ermordung des gewählten Präsidenten Bschir Gemayel durch den syrischen Agenten Habib Shartouti, die Sprengung der US-Botschaft, Mord-Aktionen und das syrisch-iranische Komplott am 23. Oktober in West-Beirut mit 251 toten Amerikanern und 78 gefallenen Franzosen.

Eine blutige Spur haben Assads Machtpolitik, seine Verweigerung des Friedens und sein Traum von Groß-Syrien seit fast 14 Jahren im Vorderen Orient gezogen. Die US-Außenpolitik, die jahrelang Rücksicht auf Syrien nahm, weil es doch „ohne Syrien keinen Frieden gibt“, hat in den letzten Monaten ihre Erfahrungen mit Assad gemacht. Aber gelernt haben Amerikaner und Europäer wenig über den Umgang mit Damaskus, hinter dem schützenden und anleitenden der Politiker und Militärs des Kreml stehen. (SAD)

Israel macht sich weder Sorgen noch Illusionen

Damaskus ist der unerbittlichste Feind unter den Nachbarn Israels. Die Syrien-Reise von Franz Josef Strauß findet daher zwar Interesse in Israel, löst aber keine großen Befürchtungen aus.

Von EPHRAIM LAHAV

In politischen Kreisen Jerusalems hat die Nachricht über die plötzliche Damaskusreise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß Überraschung hervorgerufen. Amtliche Stellungnahmen waren zunächst nicht zu bekommen. Doch unter der Annahme, daß Strauß nicht die touristischen Sehenswürdigkeiten Syriens bewundern will, sondern mit politischen Absichten gekommen ist, äußerten israelische Stellen Verwunderung über den Zweck der Reise, da Strauß nicht die Bundesregierung vertritt.

Befürchtungen von israelischer Seite wurden jedoch nicht laut, vor allem weil noch vom Strauß-Besuch in Israel vor mehr als zwei Jahren in Erinnerung ist, daß er den israelischen Anschauungen der Nahost-Politik nähersteht als viele andere deutsche Minister, insbesondere Bundeskanzler Kohl. So hat Strauß in Israel zweimal öffentlich erklärt, daß er zwar jedem Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt, aber im Falle der Palästinenser eine Einschränkung machen müsse, weil dies sonst dem Gebot der israelischen Sicherheit widerspräche. Das hat man hier Strauß nicht vergessen.

Man kennt hier auch Straußens politische Extratouren, wie zum Beispiel die Anbahnung der Milliardenanleihe für die „DDR“, die anfangs unverständlich schien und sich erst nachher als oützbringend erwies. Auf jeden Fall befürchtet man in Israel kein Unheil vom bayerischen Absteiger ins Morgenland. Falls sich jedoch Strauß ein syrisches Einlenken gegenüber Libanon oder Israel (oder beide) zum Ziel gesetzt hat, so sind sich hier alle Beobachter einig, daß diese Mühe vergeblich wäre.

Denn es wird in Europa oft übersehen, daß Syrien bis heute die Selbständigkeit Libanons nicht anerkannt hat und es als Teil des syrischen Staatsgebietes betrachtet. Bis heute gibt es keinen syrischen Botschafter in Beirut und keinen libanesischen in Damaskus, obwohl libanesischer Minister und auch Staatspräsidenten in Damaskus ein- und ausgehen.

Was Israel betrifft, so ist Syrien seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1946 der unerbittlichste Feind unter allen vier Nachbarstaaten. Syrien war das letzte der vier, die sich zu einem Waffenstillstand mit Israel im Jahre 1949 überreden ließen, und dies auch nur, nachdem es im Krieg unterlegen war. Im Jom-Kippur-Krieg 1973 führte Syrien bittere Klage über Ägypten, das nach drei schweren Kampfwochen um eine Feuerpause gebeten hatte.

Außerdem hat von Israels vier Nachbarstaaten einer, Ägypten, Frieden mit Israel geschlossen, ein zweiter, Libanon, hat den Kriegszustand vertraglich als beendet erklärt, ein

dritter, Jordanien, hat mit israelischen Ministern dutzende Male insgeheim verhandelt und hat sich bereit erklärt, Israel anzuerkennen, wenn gleich die dafür gestellten Bedingungen den Israelis nicht annehmbar erscheinen.

Nur Syrien hat weder mit Israel verhandelt noch irgendeine Bereitschaft zu einem friedlichen Zusammenleben gezeigt. Es lehnt die Existenz Israels ab, unter welchen Bedingungen auch immer. Für Syrien ist die ganze arabische Levante, das Gebiet, das heute Libanon, Jordanien und Israel umfaßt, ein Teil des historischen syrischen Reichs. Seit der Revolution des Jahres 1963, in der die bis heute regierende Baath-Partei die Macht ergriff, hat sich Syrien sogar ein noch weiteres Ziel gesteckt: die Vereinigung aller Araber in einem großen arabischen Vaterland mit einem sozialistischen Regime und mit Damaskus als Mittelpunkt.

Unter diesem Vorzeichen muß die gesamte Politik Syriens aufgefaßt werden – und so wird sie auch verstanden. Zur Verwirklichung des Panarabismus werden Bündnisse geschlossen oder gebrochen, je nach momentanen Notwendigkeiten. Zu diesem Zweck arbeitet Syrien eng mit der PLO wie auch mit den Terrororganisationen außerhalb der PLO zusammen. Auch hier folgt es der jeweiligen Notwendigkeit: Es entdeckte den libanesischen Bürgerkrieg vor zehn Jahren, indem es die Moslems gegen die Christen aufwiegelte, half aber ohne Skrupel den Christen, die PLO-Besatzungen von Tel-El-Zatar und anderen PLO-Lagern niederzuzumetzeln.

Ähnliche Überlegungen, so wird in Israel angenommen, bewegte die Syrer, den Aufstand innerhalb der PLO gegen Arafat anzuzetteln. Zwar wird kein israeli bereit sein, Arafat als verführerisch oder kompromißwillig zu bezeichnen. Doch für Syrien genügt es, daß Arafat den Kampf gegen Israel mit weniger Nachdruck verfolgte als einige seiner Rivalen.

Ägypten gelingt es allmählich, sich auf neue die Gunst der arabischen Staaten zu erwerben, nachdem es sie durch den Frieden mit Israel eingebüßt hat. Irak, Jordanien und Marokko sprechen schon mit Ägypten, und andere sind nicht weit davon entfernt. Doch Syrien steht in der ersten Reihe der Feinde Kairo wie auch Jordaniens, weil ihm diese gegenüber Israel viel zu gemäßig erscheinen.

Es ist daher kaum verwunderlich, daß das israelisch-libanesischen Abkommen vom Mai 1983 für Syrien geradezu ein Verrat an der arabischen nationalen Sache ist. Dabei ist es belanglos, daß das Abkommen noch gar nicht angewendet wird und daß auch dessen Annulierung die eigentliche Lage kaum ändern würde. Die Tatsache, daß ein Schriftstück ohne ausgesprochen militärischen Charakter die Unterschriften Israels und eines arabischen Staates trägt, ist für Syrien allein schon unerträglich.

Zu alledem kommt die immer stärkere Anlehnung Syriens an die Sowjetunion, während Israel als Bollwerk gegen die sowjetische Durchdringung des Nahen Ostens dasteht. (SAD)

Bonn, Damaskus und ungewöhnliche Tischreden

Syrien war für die Bundesrepublik immer ein wichtiger, aber oft auch ein schwieriger Partner. Bundespräsident Scheel und Bundesaußenminister Genscher mußten schon vor Jahren Ausfälle in syrischen Tischreden kontern. Aber Bonn hat den Kontakt zu Damaskus nie aufgegeben. Genscher traf seinen syrischen Amtskollegen Khaddam zuletzt im September 1983 in New York.

Von BERNT CONRAD

Bei festlichen Banketten auf Schloss Augustusburg in Brühl geht es normalerweise vornehm-gedämpft zu. Ausgerechnet der joviale Polemiker abholde Walter Scheel aber hielt es als Bundespräsident am 11. September 1978 für unumgänglich, einem Staats- und Schloßgast, dem syrischen Präsidenten Hafiz el-Assad, nach dessen Tischrede ganz unprotokollarisch in die Parade zu fahren.

Assad hatte in Erwiderung auf freundliche Begrüßungsworte Scheels zwar die Beziehungen zu Bonn gerühmt, gleichzeitig aber den damaligen ägyptischen Präsidenten Sadat wegen dessen Friedenskontakten in Israel scharf angegriffen und die israelische Regierung selbst beschuldigt, „eine immer unnachgiebigere und aggressivere Haltung einzunehmen“. Damit war der Austausch der Tischreden formell beendet.

Der Bundespräsident aber erhob sich zur allgemeinen Überraschung von seinem Platz und erklärte, zu Assad gewandt, er habe sich noch einmal zu Wort gemeldet, „um keinen Irrtum darüber aufkommen zu lassen, daß ich nicht alle Ihre Wertungen, die Sie heute abend hier vorgebracht haben, teile“. Scheel räumte ein, daß eine solche Erwiderung ungewöhnlich sei, und sagte: „Das Ungewöhnliche ergibt sich daraus, daß Ihre heutige Rede auch ungewöhnlich gewesen ist in ihrer detaillierten Wiedergabe politischer Entwicklungen in Ihrer Region und in Ihrer Wertung dieser Entwicklungen“.

Der syrische Staatschef lautete den distanzierenden Worten mit starrer Miene. Scheel verstand es jedoch, die Atmosphäre bald wieder aufzulockern. Daran waren auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sehr interessiert. Denn sie hielten sich an das Wort Henry Kissingers, im Nahen Osten sei ohne Ägypten kein Krieg, ohne Syrien aber kein Frieden möglich.

Darum reiste Genscher – obwohl Assads Bonn-Besuch die Chancen für einen Einstieg Syriens in den von Israel und Ägypten eingeleiteten Friedensprozeß nicht verbessert hatte – ein Jahr später nach Damaskus. Hier erlebte er eine Art Neuauflage des Brühler Tischreden-Zwischenfalls. Das ging folgendermaßen vor sich: Im allgemeinen ist es üblich, daß die Texte von Tischreden vorher ausgetauscht werden. Der Bundesaußenminister aber hatte die Ansprache, die sein syrischer Amtskollege Abdul Halim Khaddam am 28. August 1979 halten wollte, aufgrund einer Panne nicht vorab erhalten.

Beim Cocktail machte ein Journalist den verblüfften Genscher darauf aufmerksam, daß Khaddam nach seinem vorbereiteten Entwurf ungewöhnlich harte Attacken gegen die USA, Ägypten und Israel richten würde. Da war von der „hässlichen kapitalistischen Ideologie“ Washingtons die Rede, von einem amerikanischen „Herrschaftsanspruch auf das Mittelmeer“, von israelischer „Verbohrtheit und Aggressivität“ und vom „Verrat Sadats“.

Genscher entschied sich spontan und arbeitete in seine längst formulierte Tischrede eine improvisierte Antwort ein. Die Bundesrepublik wünsche nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern auch mit dem uns befreundeten Israel ein „Verhältnis der Partnerschaft“, erklärte Genscher nun. Den angegriffenen Sadat nahm er mit der Bemerkung in Schutz, man sollte allen arabischen Staaten und ihrer Politik mit Verständnis entgegenzutreten. „Ich schließe das uns betreffende Ägypten hier mit ein“.

Besonders engagiert warf sich der FDP-Chef, vom Text abweichend, für die Amerikaner in die Bresche. Er widersprach energisch der Kritik Khaddams und rühmte die deutsch-amerikanische Partnerschaft, „die sich auf Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung gründet, auf gemeinsame Wertvorstellungen von der Würde des Menschen, den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker“.

Genscher fuhr, immer noch improvisierend, fort: „Wer realistische Politik in Europa betreibt, kann nicht außer acht lassen, daß die Staaten Europas sich heute unter fremder Vorherrschaft befinden – so wie dies leider heute noch für einen Teil meines Landes, meine persönliche Heimat eingeschlossen, gilt – gäbe es diese Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten nicht. Vielleicht lohnt es sich auch, die Lage im Nahen Osten unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten“.

Das glied fast einer Ohrfeige. Aber Khaddam nahm sie ohne Bewegung hin. Wieder einmal zeigte sich: Eine klare Sprache wird auch von den Syrern verstanden und akzeptiert. Die Gespräche Genschers jedenfalls, zu denen auch ein Treffen mit Assad

gehörte, wurden danach wesentlich lockerer. Der syrische Außenminister selbst rühmte am zweiten Abend die „freundschaftlichen Gefühle, die wir füreinander haben“.

Doch diese Gefühle wurden einhalb Jahre später auf eine harte Probe gestellt, als die Ehefrau des syrischen Oppositionspolitikers und Leiters des islamischen Zentrums in Aachen, Issam el-Attar, im März 1981 – vermutlich von einem syrischen „Kommando“ – ermordet wurde. Bewiesen werden konnte nichts, aber generell bestirbt in Damaskus niemand, daß die Assads jüngeren Bruder Rifaa unterstehenden „Verteidigungskommandos“ Gegner im In- und Ausland bekämpfen und liquidieren sollten.

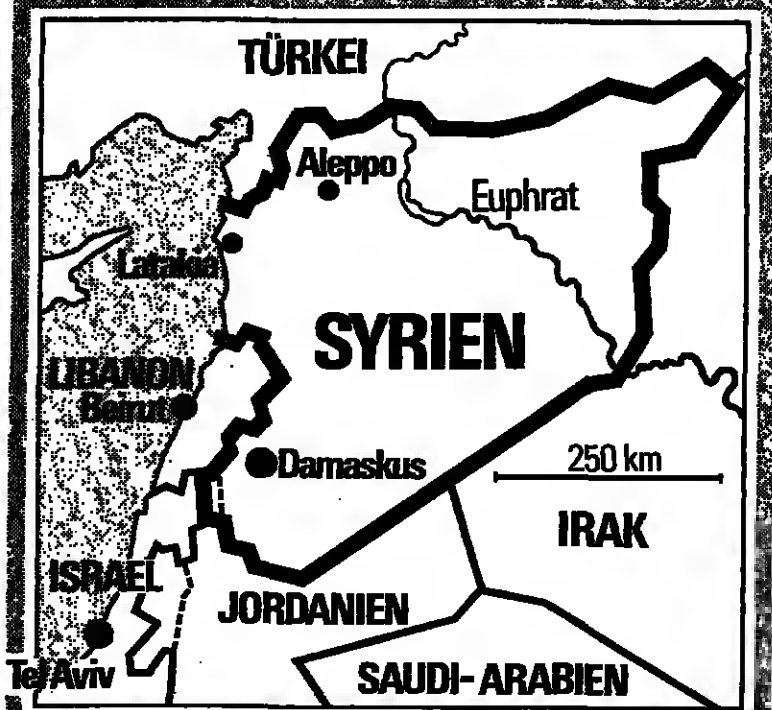
Die deutsch-syrischen Beziehungen kühlten sich in der Folgezeit ab. Ein Symptom dafür war, daß Außenminister Khaddam seinen seit Jahren fälligen Gegenbesuch in Bonn bisher nicht absolviert hat.

Trotzdem pflegte Genscher den Kontakt so gut wie möglich weiter – nicht zuletzt wegen der wichtigen Rolle Syriens im Libanon-Konflikt. So traf er am 29. September 1983 seinen syrischen Amtskollegen am Rande der UNO-Vollversammlung in New York. Dabei nahm Khaddam für seine Regierung in Anspruch, das damals erzielte Waffenstillstandsabkommen in Libanon gemeinsam mit den Saudis zustande gebracht zu haben. Damaskus wünsche eine Lösung des Konflikts, beteuerte der Syrer. Allerdings beurteilte er die realen Chancen für eine Beendigung des Krieges skeptisch.

Davon ist heute nur noch der letzte Satz aktuell. Doch die Bonner Nahost-Experten haben schon viele Schwankungen der Syrer erlebt: Ursprünglich griff Assad in Libanon ein, um die Christen vor der Vernichtung zu bewahren – seit geraumer Zeit hingegen unterstützt er massiv diejenigen, die dem christlichen Präsidenten Gemayel das Rückgrat brechen möchten. Neue Schwankungen sind nicht ausgeschlossen. Um so notwendiger ist es nach Bonner Ansicht, daß der Faden nach Damaskus nicht abreißt. Die Beurteilung der Strauß-Reise allerdings steht auf einem anderen Blatt.



Im August 1979 besuchte Außenminister Genscher seinen syrischen Kollegen Khaddam in Damaskus. FOTO: SVEN SIMON



neu

MARITIM Hotel Hannover

Hildesheimer Str. 34 • Tel. (0511) 165 51

Ab 12. Februar 1984 hat Hannover einen neuen attraktiven Treffpunkt.

Die MARITIM Hotelgesellschaft präsentiert ihr 15. First-class-Hotel – direkt in der City gelegen. In 295 elegant eingerichteten Apartments, Suiten, Doppel- und Einzelzimmern erwartet Sie die wohlbekannte Atmosphäre unserer international geschätzten Hotelgruppe. Gedämpfte Farben, edle Hölzer und gekonnt gesetzte Akzente sind bezeichnend für die Behaglichkeit, die dieses Haus ausstrahlt.

In unseren Restaurants verwöhnen wir Sie mit erlesenen Speisen und einer mit viel Liebe zusammengestellten Getränkekarte. Köstlichkeiten können Sie auch in unserem Café oder an der Hotelbar erwarten. Dazu unterhält Sie unser Pianist mit bezaubernden Klängen. Weiterhin halten wir für unsere Hotelgäste bereit: Beheiztes Hallen-schwimmbad, Sauna, Solarium, Fitness-Raum, Tagungs- und

Konferenzräume für viele Gelegenheiten und natürlich eine Tiefgarage. Im Festsaal mit Bühne erleben vielleicht auch Sie schon in Kürze einen unvergesslichen Ball, wozu wir Sie und Ihre Gäste schon heute herzlich willkommen heißen.

Weitere MARITIM Hotels: Tübingen/Donauufer, Braunschweig, Hamm, Bad Sauerbrunn, Gelsenkirchen, Fulda, Bad Homburg, Kiel, Darmstadt, Travemünde, Teneriffa, Malta, Mauritius.

MARITIM HOTELS

Erstmals Kritik an Glomp aus der „Solidarität“

AFP, Warschau

Mehrere Informationsblätter der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ aus der Warschauer Region haben zum ersten Mal offene Kritik an Primas Glomp geübt. Ein Geistlicher bemängelte den Hirtenbrief Glomps zum neuen Jahr, in dem der Primas den Priestern untersagte, Politik zu betreiben und offen für die „Solidarität“-Partei zu ergreifen. Glomp wird vorgeworfen, er habe sich dem Regime Jaruzelski „zu sehr unterworfen“ und verfolge eine „Politik des (sozialen) Friedens um jeden Preis“. Auf Initiative Kardinal Glomp ist Pater Mieczyslaw Nowak, ein von der polnischen Regierung als „extremistisch“ eingestuft Geistlicher, von seiner Gemeinde im Warschauer Arbeiterort Ursin in eine kleine Ortschaft hundert Kilometer westlich von Warschau versetzt worden.

Weniger Protestanten vor dem Traualtar

epd/AP, Hannover

Die Zahl der Gläubigen in den 17 Mitglieds-Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist 1982 im Gegensatz zu früheren Jahren nur geringfügig zurückgegangen. Eine am Mittwoch veröffentlichte EKD-Studie zeigt, daß der Kirche 1982 rund 25,7 Millionen Personen angehört und damit lediglich 0,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Während 1974 noch mehr als 200 000 Bürger der Bundesrepublik Deutschland aus der evangelischen Kirche austraten, kehrten ihr 1982 „nur“ 113 375 den Rücken, aber 33 885 fanden wieder zu ihr zurück – doppelt so viele wie 1973. In den 10 622 Gemeinden waren 1982 in mehr als 120 Arbeits-, Gebets- und Gesprächskreisen etwa 2,2 Millionen Menschen aktiv.

Während Taufe, Konfirmation und Bestattung nach wie vor von fast allen evangelischen Christen in Anspruch genommen werden, ist der kirchliche Segen bei der Eheschließung immer seltener gefragt. 1982 wurden 229 974 Kinder evangelisch getauft, 427 542 Mädchen und Jungen konfirmiert und 328 334 Verstorbene von einem evangelischen Pfarrer bestattet. Aber nur 91 692 evangelische Paare – 68 Prozent – gaben sich vor dem Traualtar das Jawort. 1963 waren es noch 85 Prozent gewesen.

Stiftung Mutter und Kind stößt auf Widerstände

Wohlfahrtsverbände kritisieren zu geringe Ausstattung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Entwurf eines Errichtungs-gesetzes für die im Dezember 1983 von Bundesfamilienminister Heiner Geißler vorgeschlagene „Stiftung Mutter und Kind“ als Teil eines Programms „Schutz des ungeborenen Lebens“ ist von allen großen Wohlfahrtsverbänden kritisiert worden. Bemängelt wurde bei zwei Vorschlägen von Repräsentanten der Verbände im Ministerium die mit 50 Millionen Mark zu gering vorgesehene Ausstattung der Stiftung. Sie stehe in keinem Verhältnis zu den Einsparungen im Sozialbereich, unter anderem den 300 Millionen Mark beim Mutter-schaftsgeld. Unabhängig von den Verbänden haben sich Frauengruppen aus 17 Organisationen auf den 23. Februar als „ersten bundesweiten Aktionstag“ geeinigt, an dem sie gegen die Stiftung protestieren wollen.

Bundesminister Geißler hatte das „Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens“ im Vorjahr mit dem Hinweis vorgelegt, in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland mit einem Sozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark dürften finanzielle Schwierigkeiten kein Grund für Abtreibungen sein. Mit 9,4 bis 9,5 Geburten auf 1000 Einwohner ist die Bundesrepublik weltweit das Land mit der niedrigsten Geburtenrate. 1982 waren fast 80 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche mit der „Notlagenindikation“ begründet worden.

Änderung des Steuerrechts

Das Programm, das eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bundeskanzleramtes sowie der Bundesministerien für Familie, Justiz, Arbeit und Sozialordnung und des Innenministeriums erstellte, sieht unter anderem Verbesserungen im Bereich der Adoption vor, die Errichtung von „Patenschaften“ für Familien in Not, Verbesserungen bei den rund 1000 Paragraphen-218-Beratungsstellen im Bundesgebiet und vor allem eine Neuordnung des Familienlastenausgleichs durch Änderung des Steuerrechts zugunsten der Familien.

Als die Vertreter von Caritas, Arbeiterwohlfahrt, dem Diakonischen

Werk der Evangelischen Kirche, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Ende Januar dieses Jahres im Familienministerium zu einer ersten Sitzung über die künftige „Stiftung Mutter und Kind“ zusammenkamen, lag ihnen noch kein Entwurf für das Errichtungsgesetz vor, heute gibt es bereits eine dritte Fassung. Die Verbände seien viel zu spät hinzugezogen worden und sollten jetzt unter Zeitdruck entscheiden, lautet der Vorwurf. Mitte März solle das Gesetz ins Kabinett, Anfang Juli solle es in Kraft treten.

Hilfen für Neugeborene

Beim zweiten Gespräch im Familienministerium im Februar legten die Wohlfahrtsverbände eine gemeinsame verabschiedete Resolution vor. In ihr wird vor allem eine Ausdehnung der Hilfen für Neugeborene bis zum dritten Lebensjahr gefordert statt der Vergabe einer Überbrückungshilfe bei der Geburt. Kritisiert wird, daß es bei der vorgesehenen Stiftung keinen Rechtsanspruch auf Auszahlung gibt. Eine Stiftung Mutter und Kind müsse auf die Gewährung von höherem Kindergeld hinarbeiten, auf Erziehergeld und auf verbesserte Unterbringungsmöglichkeiten von Kindern berufstätiger Mütter.

Gefordert wird unter anderem die Umschuldung von in Not geratenen Familien und eine Intensivierung des Beratungsangebots für schwangere Frauen. Die Wohlfahrtsverbände vermissen beim vorliegenden Gesetzentwurf Klärungen auf Datenschutzgeheim und die einwandfreie Klärung, was unter Worten wie „gewähren“, „Zusage“ oder „vermitteln“ im Gesetzestext zu verstehen sei.

Beim Deutschen Roten Kreuz, das keine Beratungsstellen unterhält, über die Zahlungen aus der Stiftung erfolgen sollen, vermißt man im letzten Gesetzentwurf den Hinweis darauf, daß auch für das Kleinkind noch etwas aus dieser Quelle fließen könne – hier sei nur die Rede davon, daß die „Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern“ sei. Vorher habe man immerhin noch von Mitteln „für Pflege und Erziehung eines Kleinkindes“ gesprochen.

„Privilegien und Korruption“

Osteuropa-Experten analysieren auf Symposium den Alltag in der Sowjetunion

PETER SCHMALZ, München

Der sowjetische Rundfunk sendet fast täglich ein Lied, dessen Refrain eine bemerkenswerte Hymne auf den Staat der Straflager und der politisierten Psychiatrie ist: „Ich kenne kein anderes solches Land, wo der Mensch so frei atmet.“ Doch trotz des eklatanten Widerspruchs zwischen Parole und Realität vermutet der Münchner Südosteuropa-Experte Professor Werner Gumpel, daß der Text den von der Sowjetführung gewünschten Erfolg bringt. „Ein perfektes System der Informationsselektion und die ständige Wiederholung der Parteiparole lassen die Mehrheit der Menschen glauben, daß dieser Refrain die Tatsachen widerspiegelt.“

Wie aber der „alltägliche Sozialismus“ das Leben in den kommunistischen Staaten tatsächlich prägt, versuchen die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und das Südosteuropa-Seminar der Universität München in einem zweitägigen Symposium zu demonstrieren. Dieser alltägliche Sozialismus, meint Professor Gumpel, kennt nicht das Glanzpapier der ins Ausland versandten Propagandaschriften: „Der Alltag ist vielmehr farb- und glanzlos, es sei denn, man

gehört der herrschenden privilegierten Schicht an oder versteht es, sich sein Leben mittels Bestechungsgeldern zu verbessern. Privilegien und Korruption sind die zwei wichtigsten Herrschaftsinstrumente im Sowjetsozialismus.“

Die angeblich klassenlose Gesellschaft ist strenger als die des Westens vom Kastensystem geprägt. Professor Michael Voslenski, Leiter des Münchner „Forschungsinstituts für sowjetische Gegenwart“, unterscheidet an der Spitze zwei streng getrennte Eliteschichten: „Die herrschende und hochprivilegierte Politbürokratie – die Nomenklatura und die nicht herrschende und weniger privilegierte Intelligenz.“ Eine Vorzeigefamilie aus sorgfältig ausgewählten hochdekorierten Arbeitern und Kolchosbauern habe dagegen nur den Pseudocharakter von Marionetten. Das Militär ziehe sich „als Streifen“ durch alle Schichten.

Nach Voslenski Beobachtung macht sich die Jugend der Sowjetunion weitgehend falsche Vorstellungen über den Weg zum Macht- und Privilegiengipfel. Die meisten glauben, man müsse Wissenschaftler, Schriftsteller, Schauspieler oder hoher Offizier werden, um gut leben zu

können. „Nur die besonders Schläuen begreifen, daß der wirkliche Weg nach oben über den Parteiparappat führt“, referierte der 1972 aus der UdSSR emigrierte Wissenschaftler.

Den Aufstieg dahin beschrieb Voslenski als weitgehend willkürlich, doch stets auf absoluter Loyalität gegenüber der Partei basierend. Einen direkten Bildungsweg dahin gebe es nur für Protektionkinder.

Klassenübergreifend sind dagegen Schattenwirtschaft und Korruption, die Professor Alexander Osadczuk-Korab (Berlin) als „lebensnotwendiges Vitamin“ des realen Sozialismus bezeichnet. Die Schattenwirtschaft, also die Produktion und Verteilung schwarzer Güter, ist nach Ansicht von Professor Peter Wiles von der London School of Economics die „ganz allgemein übliche Erscheinung in Wirtschaften sowjetischen Typs“. Der Grund: Die begehrte Ware gibt es überhaupt nicht oder sie ist mit irrational hohen Steuern (Wodka) belegt. Mit Geld aber geht fast alles, sogar Ministerposten lassen sich kaufen. Ein Handelsminister kostet 250 000 Rubel, einen für Bestechung weniger geeigneten Sozialminister gibt's schon für 100 000, berichtete Voslenski.

Düstere Visionen des Hugo Brandt

Mainzer Oppositionsführer prophezeit eine baldige Automobil-Krise

Nea, Mainz

Zur Stahl-, Kohle- und Wertekrise könne sich in der Bundesrepublik schon im kommenden Jahr sehr leicht eine Strukturkrise im Automobilbau gesellen. Mit dieser Prophezei untermauerte der rheinland-pfälzische Oppositionsführer Hugo Brandt (SPD) in der abschließenden Haushaltsdebatte des Landtags seine sehr düstere Situationsanalyse für Bund und Land.

Nach dem bisher geltenden Sechsjahreszyklus im Konjunkturablauf werde die „leichte Windböe“ des Aufschwungs schon Ende 1984 wieder in einen Abwärtstrend umschlagen, sagte Brandt. Dann werde auch Rheinland-Pfalz, das bisher von größeren Strukturkrisen verschont geblieben sei, mit in den Strudel der Probleme geraten.

Die Bundesrepublik müsse sich, forderte der SPD-Politiker, vom amerikanischen Zins und der amerikani-

schen Währung „abkoppeln“. Die Landesregierung forderte er auf, endlich vom „Fetisch der Nichtverschuldung“ Abschied zu nehmen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßten zusätzliche „arbeitsmarktentensive Investitionen“ des Landes in Höhe von ca. 222 Millionen Mark für die Jahre 1984 und 1985 in den Doppelhaushalt mit aufgenommen werden.

Diesen Forderungen und dieser düsteren Prognose trat Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) mit großer Entschiedenheit entgegen. So einfach ist das also,“ rief Vogel dem Oppositionsführer zu. „Die einen sorgen sich um die Menschen, die anderen um das Geld, und wer wollte da nicht auf der Seite der Menschen stehen. Auf den Gedanken, daß bei etwas miteinander zu tun hat, darf man nicht kommen.“

Den Vorwurf der Opposition, der Haushalt sei ein „Dokument phantasielosen Verhaltens“, konterte der

Regierungschef mit dem Satz: „Ich überlasse es gerne und gestotzt dem Urteil der Bürger, ob Sparen phantasieloser ist als Schulden machen.“

Die Regierung hatte einen Haushaltsplan für 1984 in Höhe von 13,5 Milliarden DM und für 1985 von knapp 13,9 Milliarden DM eingebracht. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat diesen Entwurf mit der Mehrheit der CDU-Stimmen noch einmal um insgesamt 7,5 Millionen DM gekürzt. Um diesen Betrag soll die Neuverschuldung eingeschränkt werden.

Außerdem wurden im Ausschuß einige Umschichtungen (u. a. zugunsten höherer Investitionen) beschlossen. Bei der Finanzierung eines sogenannten Technologieparks an der Uni Kaiserslautern stimmten im Ausschuß CDU und SPD gemeinsam für eine Abänderung des Regierungsentwurfs. Die Verabschiedung des Doppelhaushalts ist für Freitag vorgesehen.

Für Co op ist 35-Stunden-Woche unrealistisch

rtr, Hamburg

Eine Vorreiterfunktion der gewerkschaftseigenen Betriebe bei der Einführung der 35-Stunden-Woche ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Co op AG Bernd Otto „absolut unrealistisch“. Einen entsprechenden Wunsch aus Arbeitsbereichen lehnte Otto gestern in der Wochenzeitung „Die Zeit“ als „unseriöse, mehr propagandistische Forderung“ ab.

Für die gewerkschaftseigene Einzelhandelsgruppe Co op sei eine größere Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit von unmittelbarem Interesse. Dies bedeute gleichzeitig größere Flexibilität bei der Lebensarbeitszeit. Otto räumte ein, daß er dabei „eine gewisse Übereinstimmung“ mit der Position der Arbeitgeberverbände habe. Er bezweifelte, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche in seinem Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen würde.

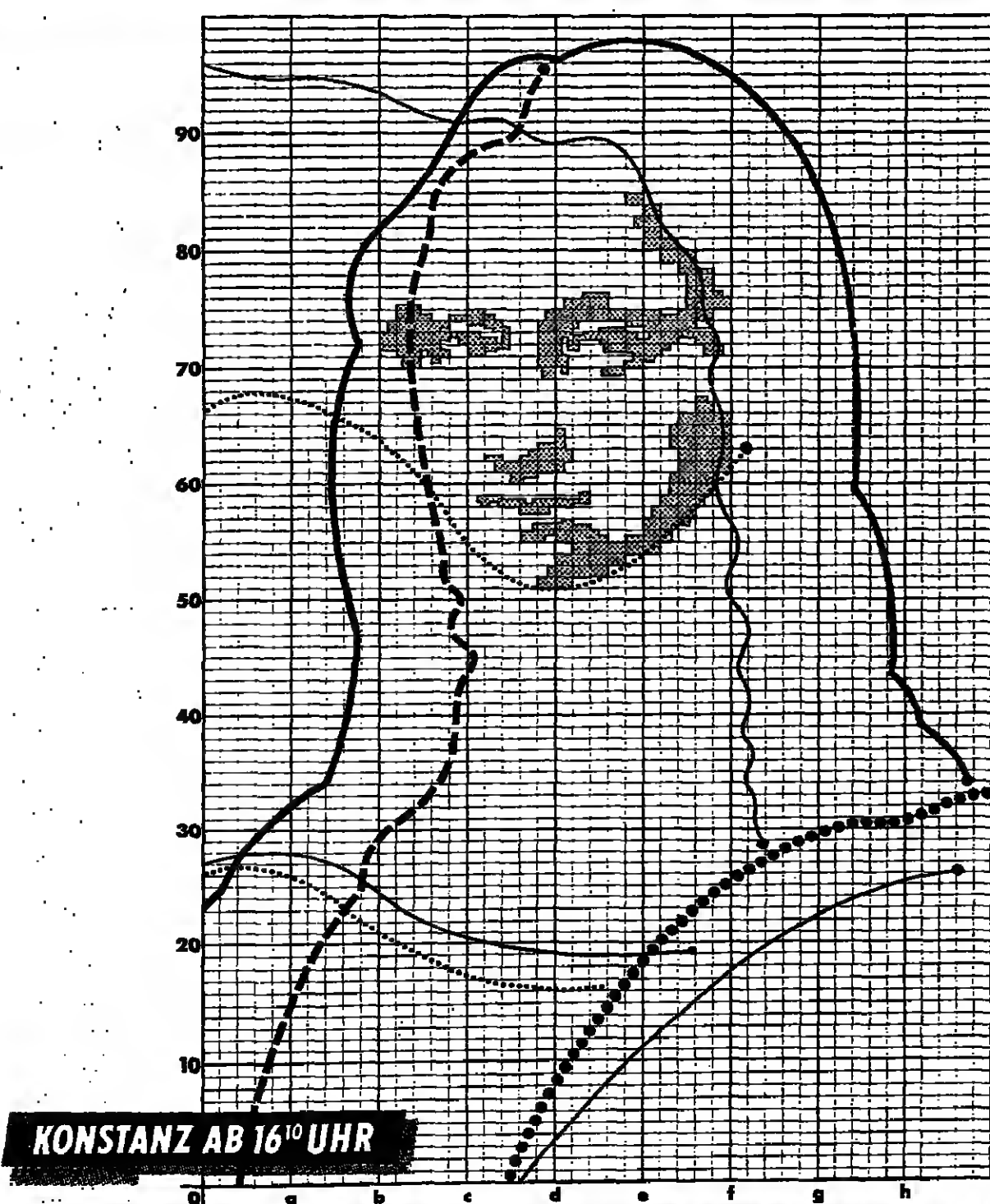
Bedenken gegen neuen Nationalpark

schw, Kiel

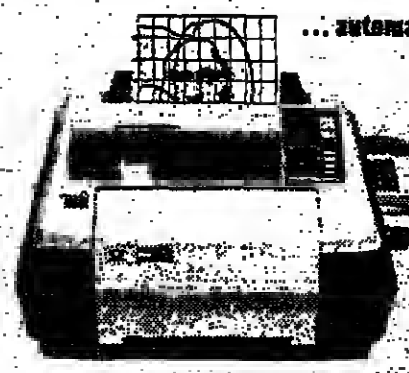
Zur Erhaltung der Watlandschaft der schleswig-holsteinischen Nordseeküste hat Landwirtschaftsminister Fleischer dem Kieler Kabinett das Konzept eines 270 000 Hektar großen Nationalparks vorgelegt. Nach dem entsprechenden niedersächsischen Plan soll das Gebiet in vier Schutzzonen aufgeteilt werden, deren Abgrenzungen jedoch von der Landesregierung noch nicht festgelegt worden sind.

Wirtschafts- und Verkehrsminister Westphal soll dem Vernehmen nach gegen das Projekt eingewandt haben, es werde Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Fischerei in dieser wirtschaftlich schwachen Zone entscheidend beeinträchtigen und die Suche und Förderung von Erdöl verhindern. Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Nutzung einerseits und der Landschafts- und Naturschutz des Wattens meers scheinen nicht miteinander vereinbar zu sein.

DIE WELT (Issue 603-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Da leuchtet das Diagramm. In 3 Minuten kommt es an. Per Telefon und Fernkopierer – der Telefaxdienst macht's möglich. Ob Sie Zeichnungen oder andere Vorlagen (Originale bis zum Format A4) auf die Reise schicken – sie sind schwarz auf weiß ... minutenschnell beim Empfänger. Und das soweit das Telefon reicht. Denn die Fernkopierer werden einfach zusätzlich zum Telefon an das Telefonnetz angeschlossen. Alle Fernkopierer im Telefaxdienst arbeiten reibungslos zusammen. Fernkopierer können Sie direkt von der Post mieten oder privat beschaffen. Die Geräte der Gruppe 2 übermitteln in 3 Minuten, wie z.B. der automatische Fernkopierer der Post, AF 21 – der setzt Sie auch



dam noch ins Bild, wenn ihr Büro bereits geschlossen ist. In Automatikstellung ist jederzeit empfangsbereit. Und er kann selbstständig nacheinander bis zu 30 verschiedene Vorlagen versenden, wenn Sie einen Partner angewählt haben. Nur etwa eine Minute dauert die Übertragung mit den schnelleren Fernkopierern der Gruppe 3. Und wie hoch die Wiederabgabegüte ist, beweist der obige Vergleich von Original und Kopie. Über den Telefaxdienst der Post können Sie Fernkopierer auch an Partner übermitteln, die noch keinen Telefaxanschluss haben. Lassen Sie sich ausführlich und unverbindlich bei Ihrem Fernmedienberater Partner für Telekommunikation beraten.

SPPost

Kohl zu den Generalen: Der Minister ist mein Kollege und Freund

Von RÜDIGER MONIAC

Selten ist eine Kommandeurstellung der Bundeswehr von einem General, der gar nicht anwesend war, so bestimmt worden. Kießling, obwohl als Amsträger und als Mensch durch den Kanzler Hilfe inzwischen rehabilitiert, war in Travemünde nicht dabei. Bis er endgültig und doch vorzeitig als aktiver Vier-Sterne-General Ende März die Bundeswehr verläßt, stellt er seine Gesundheit wieder her, wie er Minister Wörner in dem Briefwechsel, der seiner Rehabilitation vorausging, mitteilte. In Uniform wird Kießling wohl nur noch einmal auftreten, bei seiner Verabschiedung. Die Augen in Travemünde flüsterten es sich gegenseitig zu: Zum Großen Zapfenstreich wird nicht nur Wörner kommen. Auch der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Rogers, Kießlings letzter Vorgesetzter, soll sich zu dem Ereignis schon angesagt haben.

Dennoch, in Travemünde blieb Kießling und die Handhabung seines „Falles“ durch Wörner das Gesprächsthema. Der Kanzler mochte das vorausgehabt haben, denn er begann gestern seine Rede vor den führenden Soldaten der Bundeswehr mit eben diesem Problem. „Bevor ich mich dem eigentlichen Thema zuwende“, sagte Helmut Kohl, „will ich einige Anmerkungen zu den Ereignissen machen, die uns alle und vor allem die Bundeswehr und damit auch Sie sehr stark bewegt haben.“

Seine „Anmerkungen“ gerieten zum Schutzschild für einen Verteidigungsminister, der ohne Kohls breite Brust in den zurückliegenden Wochen wohl sein Amt gegen den heftigen Strom öffentlicher Kritik kaum behalten hätte. Und Kohls Worte erwiesen sich als dermaßen geschickt gewählt, daß Kritik an Wörner auch von den Generalen und Admiralen



Nach seiner Rede, in der er sich vorbehaltlos vor Verteidigungsminister Wörner gestellt hatte, beantwortete Helmut Kohl die Fragen der Generale. Stehend: Generalinspekteur Peter Altenburg. FOTO: WOLFF PFEIFFER/DPA

kaum mehr beherzt vorgebracht werden konnte. Den Kanzler hörte man über den Verteidigungsminister lange nicht dermaßen demonstrativ positiv sprechen. „Meinen Kollegen und Freund“, nannte er ihn, einen außergewöhnlich kenntnisreichen, befähigten und engagierten Verteidigungsminister, einen, der bei den Bündnispartnern und sogar in Moskau, woher der Kanzler ja gerade gekommen war, hohes Ansehen genieße. Was der Kanzler schon in Bonn offenbar erfolgreich versucht hatte, indem er Wörners Probleme mit Kießling zu den seinen gemacht hatte, wirkte ganz offensichtlich auch bei den Kommandeuren. Geschichte appellierte er an deren Kameradschaftsgefühl: „Ich bitte Sie alle, den Verteidigungsminister wie bisher bei seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen.“

Am Abend vorher, nach Wörners Rede und Diskussion mit den Generalen und Admiralen, war die Stimmung noch längst nicht so günstig für den Minister, wie sie sich nach dem Kanzlers Eintreten für ihn zu entwickeln schien. Eine Reihe von hohen Offizieren war in der festen Absicht zur 27. Kommandeurstagung gekommen, dem Minister sehr kritische Fragen zu stellen. Vor allem: Gilt für ihn das Ehrenwort eines Generals nicht?

Wörner hat sich auf solche Herausforderungen indes nicht eingelassen. Er erläuterte den Generalen und Admiralen, es sei ihm einerseits um die Sicherheitsinteressen des Landes, andererseits aber auch um die Interessen des Betroffenen gegangen. Was

Wörner so nicht sagen konnte, tat dann der Kanzler. „So, wie sich der Sachverhalt ihm darstellte, hat der Verteidigungsminister dabei pflichtgemäß gehandelt.“ Wörner habe „von Anfang an alles versucht“, die Persönlichkeitsrechte des Generals zu schützen. Erfolgreich, wie man heute weiß. „Einzelaspekte des Falles“, so umschrieb der Kanzler gestern die Verdächtigungen gegen Kießling, über dessen angeblichen Umgang in Kölner Lokalen mit schlechtem Ruf, hätten eine öffentliche Diskussion ausgelöst, die allen Beteiligten nur geschadet habe.

„Parteigenerale“ schimpften später Kameraden die beiden hohen Offiziere, die nach Wörners Rechtfertigung, bei der übrigens die Journalisten nicht zugelassen waren, dem Minister spitze Fragen stellten. Der eine ist Wehrbereichsbefehlshaber in Mainz. Jedermann weiß, daß er Genschers Partei angehört. Und wenn General Martin Holthuis demnächst pensioniert wird, kann man damit rechnen, ihn alsbald als FDP-Kandidat für die Bundestagswahl 1987 aufzutauchen zu sehen. Holthuis sprach von seinen „bösen Erfahrungen“ im „Meerzer Karneval“. Ein Soldat könne sich dort kaum noch sehen lassen, ohne angefroren zu werden. Hätte die Affäre nicht stillvoller bereinigt werden können, fragte er.

Ein anderer, gegenwärtig noch Chef des Luftwaffenamtes in Köln-Porz, gehört der SPD an. Auch das ist den Eingeweihten geläufig. Der Drei-Sterne-General Günter Raulfs wollte dem Generalinspekteur zur Seite springen, indem er den Minister

fragte, warum er General Altenburg so spät über die Vorwürfe gegen Kießling unterrichtet habe. Erregt fügte dann Raulfs hinzu, das wäre seinerzeit unter der politischen Leitung Apels nicht passiert. Da habe der Generalinspekteur jederzeit Zugang zum Minister gehabt. Das löste unter den Offizieren bissig-ironisches Gelächter aus. Sie lachten, wußten natürlich genau, daß der damalige Generalinspekteur Harald Wust bei Apel überhaupt keine offene Tür fand und deshalb am Ende ja auch seine vorzeitige Pensionierung beantragt hatte.

Wörner hatte es leicht, Raulfs die Unsinntigkeit seines Vorwurfs vor Augen zu führen. Nur Stunden später, nachdem er selbst von den Beschuldigungen gegen Kießling am 14. September letzten Jahres erfahren hatte, war auch General Altenburg durch ihn eingeweiht. Abends in der Bar des Tagungshotels „Maritim“ wandten sich sogar Lehrgangskameraden von Raulfs aus der Zeit der Generalstabausbildung in Hamburg kopfschüttelnd von ihm ab. Einer sagte ihm nicht selbst ins Gesicht, doch anderen ins Ohr: „Jetzt hat er seinen Parteiauftrag erfüllt.“

Die Stimmung der hohen Offiziere, die wohl mit einigem Grimm über den Minister nach Travemünde angereist waren, gab am besten der dritte in der Diskussion mit Wörner wieder. Der Generalleutnant von zur Gathen forderte dazu auf, einen Schulstrich zu ziehen: „Schauen wir gemeinsam in die Zukunft und packen die Probleme an, die auf der Bundeswehr lasten.“

MAD-Chef Behrendt räumt vor Ausschuß Fehler ein

Minister über Hintergründe des Dossiers nicht informiert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages, der die Vorgänge um die Entlassung des Generals Günter Kießling aufklären soll, hat gestern der Chef des Militärischen Abschirm-Dienstes (MAD), Brigadegeneral Helmut Behrendt, Fehler eingeräumt. Er habe Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht darüber unterrichtet, auf welchem nicht ordnungsgemäßen Wege das Dossier gegen Kießling zustande gekommen ist. Behrendt sagte weiter aus, daß er in der Affäre keine Ermittlungen mehr habe anstellen wollen, nachdem am 15. September 1983 eine Einigung zwischen Wörner und General Kießling erzielt worden sei. Der Staatssekretär im Verteidigungsausschuß Hieble, habe ihn aber darauf gedrängt, die Ermittlung weiter zu führen und den Fall mit der erwarteten Aufhebung des Sicherheitsbescheides abzuschließen, weil Kießling keine Sonderbehandlung erfahren dürfe.

Kernstück aller Fragen an Behrendt war der Umstand, daß er in dem entscheidenden Bericht für das Verteidigungsministerium vom 6. Dezember 1983 seine Mitwirkung des Landes kriminalpolizeilichen Nordrheins-Westfalen bei der Beschaffung belastender Momente gegen Kießling behauptet hatte, obwohl davon, wie sich später herausstellte, nicht die Rede sein konnte. Die Beobachtungen im Kölner „Homo-Teat“ „Tom-Tom“ hatte ein Kölner Polizeibeamter nach privater Aufforderung des MAD-Angehörigen Stabsfeldwebel Jürgen Idel (der sich dabei als Oberleutnant ausgab) angestellt.

Der „kurze Draht“

Behrendt bezeichnete dieses Vorgehen als „kurzen Draht“. Wörtlich sagte er: „Es war sicher nicht der korrekte Weg.“ Laut Dienstangelegenheit könne aber jeder einzelne Fall „individuell behandelt“ werden. Im vorliegenden Fall habe es sicher Fehleinschätzungen gegeben und es war sicher nicht auf der Ebene zu erledigen, auf der es geschehen ist.“

Heiterkeit entstand bei der Anhörung, als General Behrendt auf Fragen der Abgeordneten nach der angeblichen zweifelsfreien Identifizierung von Kießling im Kölner Milieu

sprachliche Schwierigkeiten bei der Definition des Wortes „Identifikation“ aufwies. Der „Duden“ sage, daß „identifizieren“ gleichbedeutend sei mit „jemand genau wiedererkennen“, die Kriminalpolizei definiere in ihrem Auskunftsbuch für Kriminalbeamte, es handle sich bei diesem Begriff „um die einwandfreie Feststellung, ob die Person diejenige ist, für die sie sich ausgibt oder wofür sie gehalten wird“. Wenn ihm, Behrendt, amtlich gemeldet werde, daß mehrere Personen einen Gesuchten erkannt hätten, dann gehe er davon aus, daß dies richtig sei.

In diesem Zusammenhang sagte der Zeuge auch, daß der Gefälligkeits-Bericht des Kölner Polizeibeamten an den MAD-Stabsfeldwebel nur mündlich erstattet worden sei, alles beruhe also in diesem Fall ausschließlich auf dem, was dieser Unteroffizier daraus gemacht habe.

„Sichere“ Aussagen

Bei der Übergabe des Berichtes an Minister Wörner habe er auf entsprechende Fragen gesagt, daß es in diesem Falle keine vermutete Intrige gegen Kießling gebe und daß die gemachten Aussagen „sicher“ seien. Er habe nicht gegen seine Vorschriften oder gegen sein Gewissen gehandelt, sondern es sei seine Aufgabe gewesen, „mit den Fakten auszukommen, die mir präsentiert worden sind“. Für seine Unterschrift unter dem Bericht übernehme er die Verantwortung, auch dafür, daß durch Verkürzung des Ermittlungsergebnisses auf wenige Zeilen später Mißverständnisse entstanden sein könnten.

Behrendt, der seit 1956 der Bundeswehr angehört und seit 1957 im MAD beziehungsweise im Amt für Sicherheit der Bundeswehr arbeitet, legte zu Beginn der Anhörung dar, daß er von dem ganzen Vorgang Kießling nur durch das unterrichtet worden sei, was ihm sein Amtsvorgänger Schmähling bei der Amtsübergabe am 8. September 1983 in einem verschlossenen Umschlag ausbandigte. Als aber am 15. September der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Altenburg ihm gesagt habe: „Ich glaube, wir haben die Kuh vom Eis“, Kießling werde vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, seien alle Ermittlungen eingestellt worden.

Bund prüft Ersteigerung des Evangeliars

Nea, Kassel

Der Bundesrechnungshof untersucht die Umstände, unter denen am 6. Dezember 1983 in London für 32 Millionen Mark im Auftrag des Bundes das Evangeliar Heinrichs des Löwen ersteigert wurde. Dies geht aus einem Brief an den früheren Bürgermeister des nordhessischen Dorfs Helmarshausen hervor, in dessen Kloster das Kunstwerk entstanden ist.

Bayern diskutierte Wiederaufbereitung

iz München

Die öffentliche Erörterung für die in Bayern geplante Wiederaufbereitungsanlage atomarer Brennstoffe konnte nach fünf Tagen beendet werden. Mit der ersten Teilerörterungsgenehmigung durch das bayerische Umweltministerium wird frühestens zum Jahresende gerechnet.

Späth will Asylrecht weiter verbessern

XHK, Bonn/Stuttgart

Baden-Württemberg und Berlin haben im Bundesrat einen Novellierungsentwurf zum Asylverfahrensgesetz eingebracht. Stuttgarts Regierungschef Lothar Späth (CDU) erklärte, die in diesem Entwurf vorgesehenen „weiteren Verbesserungen“ zur Eindämmung der bereits stark zurückgegangenen Asylantenwelle sowohl bundesweit als auch im Süddeutschen würden auch von Bayern „mitgetragen“.

Hauptinhalt der angestrebten Neuregelung, die auf einen Kompromiß im parlamentarischen Verrätlungsausschuß zurückgeht und bis 31. Juli dieses Jahres befristet ist: Sind Asylansprüche offensichtlich unbegründet, dann soll das gerichtliche Verfahren künftig „keine aufschiebende Wirkung“ mehr haben. Nur wenn der Asylbewerber vor Gericht innerhalb einer Woche seine Absicht äußert, sein Asylansuchen eine solche aufschiebende Wirkung beantragt und dies vom Gericht befürwortet wird, sei ein solcher Aufschub denkbar, erklärte Späth. Die drei Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Bayern seien „beunruhigt“, so Späth, daß die Bundesregierung bisher in dieser Sache untätig geblieben sei. Er vermutete, daß hier „die FDP sich querlegt“.

Die Daten (1958/1983)

- 1 Offene Stellen, in 1.000 (216/75)
- 2 Aktienindex, Jahresrückblick-Index der FAZ (100/351,83)
- 3 Arbeitslose, in 1.000 (683/2.258)
- 4 Insolvenzen, absolut (5.535/16.500)
- 5 Spareinlagen, in Mrd. DM (36.102/566)
- 6 Geldvolumen M 1, in Mrd. DM (42,46/297)
- 7 Einfuhr, in jew. Preisen, in Mrd. DM (44,81/500)
- 8 Verschuldung der öffentlichen Haushalte, in Mrd. DM (46,122/676)
- 9 Ausfuhr, in jew. Preisen, in Mrd. DM (53,46/539)
- 10 Inländische Verwendung des BSP, in jew. Preisen, in Mrd. DM (225,65/1626)
- 11 Anlageinvestitionen, in jew. Preisen, in Mrd. DM (152,38/346)
- 12 Kassenmäßige Steuereinnahmen, in Mrd. DM (52,4/395)
- 13 Staatsverbrauch, in jew. Preisen, in Mrd. DM (31,27/331)
- 14 Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, in Mrd. DM (71,65/359)
- 15 Privater Verbrauch, in jew. Preisen, in Mrd. DM (138,4/935)
- 16 Brutto-Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, in Mrd. DM (111,63/914)
- 17 Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen, in jew. Preisen, in Mrd. DM (23,6/428)

In den 25 Jahren seit unserer Gründung hat sich das Bild der Bundesrepublik konjunkturell und strukturell ständig verändert. Unsere Abbildung gibt einen Eindruck davon.

Sehr oft war die BfG ein belebendes Element im Wettbewerb. Mit Innovationen bot sie Privatkunden und mittelständischen Unternehmen immer wieder Vorteile.

1960 „Kaufcheck“ mit Ausweiskarte, eine Idee, die sich damals nicht verwirklichen ließ. 8 Jahre später: Eurocheck mit Scheckkarte.

1961 BfG-Ratenkredit, Höchstbetrag damals 2.000, heute 30.000 Mark.

1964 BfG-Sparschuldverschreibung mit steigendem Zinssatz. Vorbild für den Bundesschatzbrief.

1965 Gründung der Tochter „BSV“, die Briefbank ohne Schalter und Filialen. Ein neues Bankkonzept.

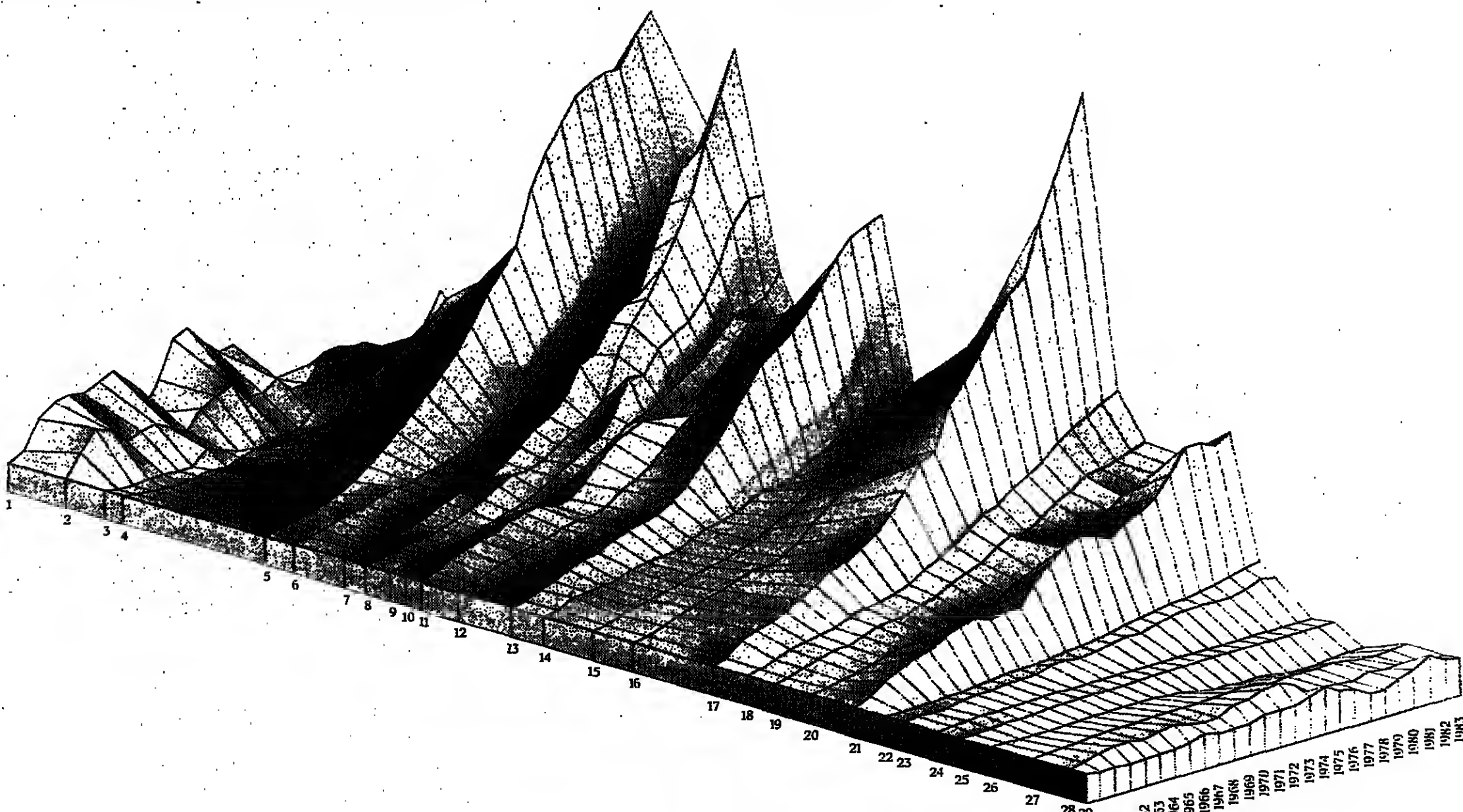
1968 „BfG-Eigenheimfinanzierung aus einer Hand“. Die gesamte Finanzierung über ein einziges Konto.

1969 BfG-Kapitalparbuc. Die dynamische Geldanlage für einen überschaubaren Zeitraum. Bereits ab 100 Mark erhältlich.

1977 BfG-Projektlohnprogramm. Ein Kreditprogramm, ganz auf die speziellen Bedürfnisse des Mittelstandes zugeschnitten. Zwischen 30.000 und 1 Million Mark.

BfG: 25 Jahre.

Ein Jubiläum mit Blick auf die deutsche Konjunkturlandschaft.



Geschäftsjahr 1983*

Bilanzsumme	Mrd. DM	45,70
Einlagen von Kunden	Mrd. DM	25,00
Kredite an Kunden	Mrd. DM	25,11
Eigene Mittel	Mrd. DM	1,80

*vorläufige Zahlen, Stand 31.12.1983

1982 Als erste Geschäftsbank das bundesweite Niederlassungsnetz an einen Zentralrechner angeschlossen und damit „on line“.

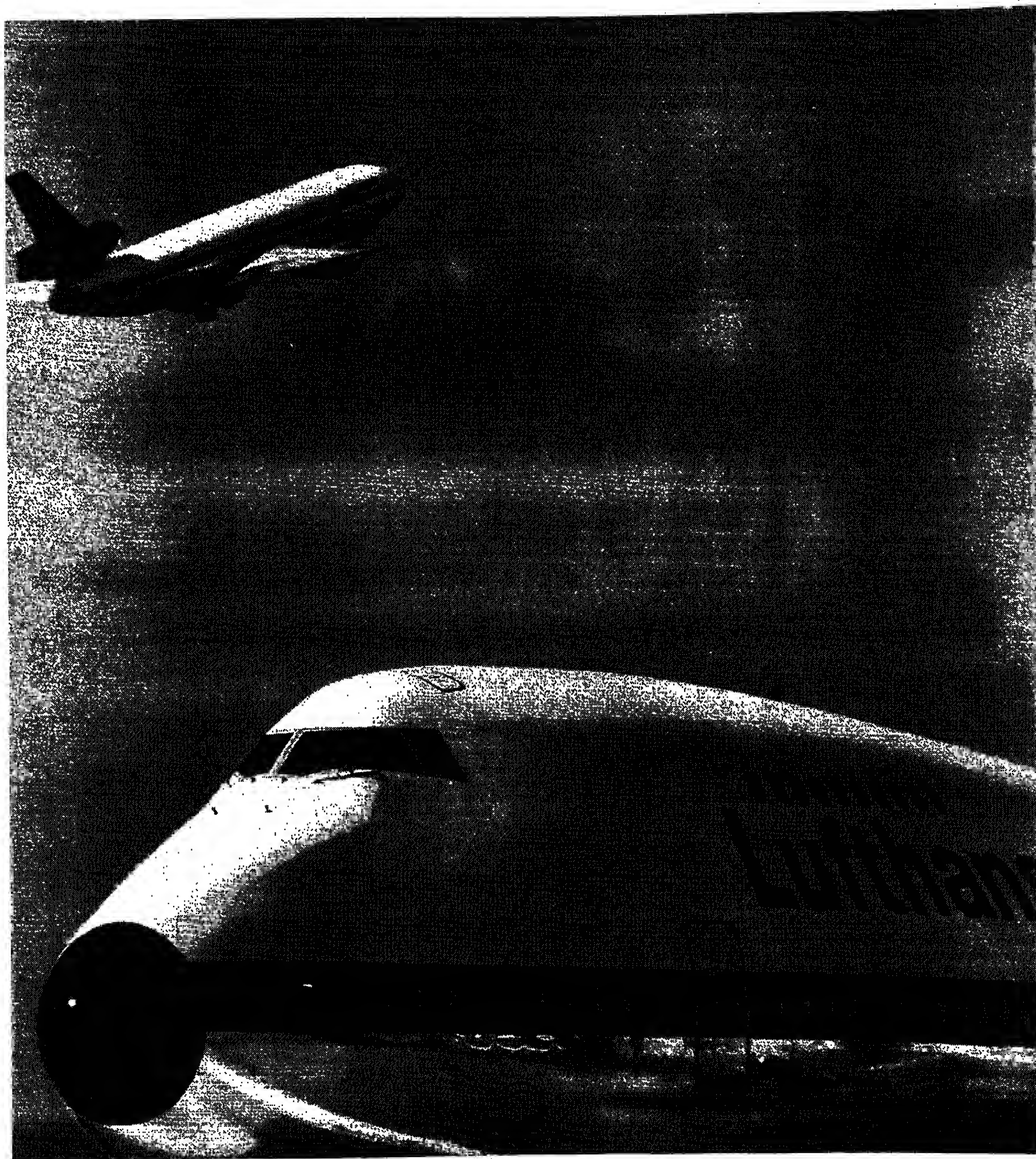
Auch in Zukunft werden wir mit über 7.000 Mitarbeitern in allen unseren Niederlassungen und ausländischen Stützpunkten weiterhin daran arbeiten, für unsere Kunden eine flexible, aufgeschlossene Universalbank zu sein.

Unsere Bilanzzahlen '83 zeigen, daß wir dafür die wirtschaftliche Basis haben.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Wie man mit den USA besser ins Geschäft kommt.



Wer gute Verbindungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada sucht, ist bei Lufthansa an der richtigen Adresse.

Denn Lufthansa fliegt ab Deutschland direkt zu 14 Zielen auf dem nord-amerikanischen Kontinent. Und nach Mexico und

Puerto Rico/San Juan. Machen Sie es sich bequem: Wählen Sie First- oder Business-Class, genießen Sie allen Kom-

fort und alle Annehmlichkeiten, die Ihnen Lufthansa auf Langstrecken bietet. Fliegen Sie mit Lufthansa. Denn mit den besseren

Verbindungen kommt man besser ins Geschäft.

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Der Unterschied ist Lufthansa

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Programm heute

9.00 Uhr: Ski-Langlauf: 4x10-km-Staffel, Herren
9.30 Uhr: Eisschnelllauf: 1500 m, Herren
10.30 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Damen
12.00 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Herren
14.00 Uhr: Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Damen
19.30 Uhr: Eiskunstlauf: Kür, Herren

Fernsehen

8.50-13.30 Uhr (ARD) Skilanglauf: 4x10-km-Staffel, Herren; Eisschnelllauf: 1500 m, Herren; Ski alpin: Abfahrt, Damen und Herren; 17.00-18.30 Uhr (ARD) Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Damen
19.00-19.50 Uhr (ARD) Olympiastudio: Zusammenfassung vom Tage, Berichte und Interviews
20.15-22.30 Uhr (ARD) Eiskunstlauf: Kür, Herren



WELT-Tip

Skilanglauf: 4x10-km-Staffel, Herren - Unser Tip: 1. Finnland, 2. UdSSR, 3. Schweden - Die deutsche Staffel läuft in der Besetzung: Behle (Willingen), Dotzler (München), Schöbel (Sindelsdorf), Zipfel (Kirchzarten).
Eisschnelllauf: 1500 m, Herren - Unser Tip: 1. Kai Engelstadt (Norwegen), 2. Gaetan Boucher (Kanada), 3. Nick Thomez (USA) - Einziger deutscher Teilnehmer ist Wolfgang Scharf (München).
Ski alpin: Abfahrt, Herren - Unser Tip: 1. Urs Räber (Schweiz), 2. Erwin Resch, 3. Franz Klammer (Österreich) - Die deutschen Teilnehmer sind: Peter Dürr (Garmisch-Partenkirchen), Klaus Gattermann (Bayrischer Alpenverein), Herbert Renoth (Berchtesgaden), Sepp Wildgruber (Oberaudorf).
Eiskunstlauf: Kür, Herren - Unser Tip: 1. Scott Hamilton (USA), 2. Brian Orser (Kanada), 3. Rudi Cerne (Deutschland) - Die weiteren deutschen Teilnehmer sind: Norbert Schramm (Oberstdorf), Heiko Fischer (Stuttgart).

VORSCHAU

Alles möglich - Welche Medaille holt Rudi Cerne?

Der Abfahrtslauf der Herren war bisher bei allen Olympischen Spielen der große Aufakt. In Sarajevo wurde dieses Spektakel ein Opfer des Wetters. Nun soll das Rennen heute (12 Uhr) stattfinden - also mit einer Woche Verspätung. Österreich blickt dabei nur auf einen Mann, auf Franz Klammer, der 1976 am Patscherkofel in Innsbruck Olympiasieger geworden ist. Ihn möchten die Österreicher nochmals großen Triumphator feiern.

Doch vor Klammer stehen der Schweizer Pirmin Zurbriggen, dessen Landsmann Urs Räber oder der Amerikaner Scott Hamilton. Teamleiter Erwin Resch, Deutsche Rennläufer werden bei den Experten nicht geführt. Dafür aber gibt es eine Art Geheimfavorit: den Kalifornier Bill Johnson, den Sieger des klassischen Lauboborn-Rennens von Wengen.

Für den kleinen Amerikaner Scott Hamilton scheint kein Sprung zu schwierig, keine Kür zu lang. Nicht einmal ein Sturz sollte ihn im Kunstlauf der Herren stoppen können. Doch dann? Dann beginnt die große Rechnung: In der Kür erwarten die Experten bei normalem Verlauf die Reihenfolge Orser (Kanada) vor Hamilton und Boitano (beide USA). Folge Vize-Europameister Rudi Cerne aus Wanne-Eickel als Vierter, ist ihm die Bronzemedaille in der Gesamtwertung des Kunstlaufs sicher. Schieben sich aber Sabovick (CSSR) und Simond (Frankreich) dazwischen, wird der 25 Jahre alte Student leer ausgehen.

Wer also gewinnt die Bronzemedaille? Der Engländer Rob Cousins, Olympiasieger 1980 in Lake Placid: „Cerne, Fadjew oder Sabovick“. Der frühere große Kunstläufer Toller Cranston aus Kanada: „Von Platz zwei bis Platz sieben ist alles möglich.“

Cerne geht übrigens als vorletzter Starter heute abend in die Kürentscheidung. Mit Startnummer 22 muß er unmittelbar hinter dem dreimaligen Weltmeister Scott Hamilton aufs Eis. Der Stuttgarter Heiko Fischer trägt die Startnummer 16, Vize-Weltmeister Norbert Schramm startet mit Nummer 12 in der mittleren Gruppe.

RODELN / Hans Stanggassinger und Franz Wembacher holten zweite Goldmedaille für das deutsche Team

Früher setzten sie sich nur zur Gaudi auf den Schlitten

Von DIETER SCHULZ

Ihr habt's geschafft, ihr habt's geschafft! Mannschaftskamerad Johannes Schettel raste um das Zielhaus und schrie den Gewinn der olympischen Goldmedaille durch die Berchtesgaden. Hans Stanggassinger und Franz Wembacher im Doppelsitzer in die Welt hinaus. Die beiden Rodeler wurden in die Luft geworfen. Richard Hartmann, der 70-jährige Präsident des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes, nahm sie in die Arme und hauchte mehr, als daß er sprach: „Jetzt ist alles in Ordnung.“ Sportwart Sepp Fendt nahm ein unfreiwilliges Vollbad im Tiefsee, Betreuer Hans Plenk hüpfte vor Freude in die Luft.

Bislang waren die deutschen Rodeler in Sarajevo wider Erwarten medaillenlos geblieben, und deshalb sah es einigermaßen trüb um die Fördermittel aus der öffentlichen Hand für die nächsten vier Jahre aus. Hans Stanggassinger und Franz Wembacher, die in 20 Jahren olympischer Rodelgeschichte die erste Goldmedaille für den hiesigen Verband gewonnen, machten nun aber alles klar.

„Damit haben wir niemals gerechnet. Im Training lagen wir immer einige Hundertstel zurück. Das gibt es doch nicht“, stammelte Steuerwart Stanggassinger mit hochrotem Kopf. Schließlich war das Duo aus Berchtesgaden bisher stets auf dritte Plätze bei wichtigen internationalen Entscheidungen abonniert: bei Europameisterschaften ebenso wie bei Welttitelkämpfen. Stanggassinger, mit 112 Kilogramm Gewicht der schwerste Teilnehmer an den XIV. Olympischen Winterspielen in Sarajevo, und Franz Wembacher fahren seit elf Jahren Rennen - früher als Gaudi, allmählich dann ernsthaft. Vor vier Jahren, bei den Olympischen Spielen in Lake Placid, waren die beiden Ersatzleute, und deshalb sagt Franz Wembacher: „Damals haben wir den ganzen Rummel, der bei Olympischen Spielen gemacht wird, schon einmal kennengelernt. Das hat uns hier in Sarajevo sicher genützt, weil das alles nichts Neues für uns war.“

Eine Gaudi war's, als sie mit dem Rodeln angingen, inzwischen sind sie Olympiasieger und überlassen nichts mehr dem Zufall, auch nicht die Konstruktion ihres Rennschlittens. Wembacher: „Unsere Schlitten haben wir uns selbst konstruiert. Da wirken so viele kleine Dinge mit, daß der Schlitten bestimmt einen gewissen

Anteil an unseren Erfolgen hat.“

Helmut Meyer, der Direktor des Bundesaussschusses Leistungssport (BAL), strahlte: „Das war eine Mordleistung und steht der von Peter Angerer im Biathlon in nichts nach.“

Die beiden Bayern, um die sich alles drehte, blieben ganz ruhig, so, als würde es sie gar nichts angehen, was da gerade passiert war. Nach einem ersten Freudenausbruch noch auf dem Schlitten, mußten die Fotografen sie erst auffordern, die Arme in die Luft zu strecken. Sonst hätten die Olympiasieger auf ihren Bildern kaum wie Sieger gewirkt. Frage auf Frage prasste auf den 24-jährigen Werkzeugmacher und den 25-jährigen Elektriker ein. Die Antworten blieben fast einsilbig, der Triumph schien sie zunächst sprachlos gemacht zu haben. Dann sagte Franz Wembacher: „Jetzt werde ich erst einmal gemütlich einen trinken. Und dann machen wir ein Fuß auf Mal sehen, ob bei uns im Quartier schon eins steht.“

Dahin, im oberbayerischen Bischofswiesen knallten indes im Hause Stanggassinger bereits die Seilorken. Erster Gratulant war der Herr Pfarrer. Die beiden Schwestern von Hans Stanggassinger, Josefine und Maria, hatten gemeinsam mit ihrem 70 Jahre alten Vater Sebastian vor dem Fernsehgerät gesessen. Maria: „Wir haben vor Freude geheult, als unser Nesthäkchen Hans zusammen mit dem Wembacher Franz als Sieger feststand.“ Der 24-jährige Hans ist der Jüngste von sechs Geschwistern, deren Mutter im vorigen Jahr verstorben ist.

„Mein Bub? Das kann doch nicht wahr sein!“ Mutter Anita Wembacher war ganz aufgeregt. Aufgeregt rauten die Eltern von Franz Wembacher daheim während der Übertragungen aus Sarajevo von einem Zimmer ins andere, um gleichzeitig auf den Fernsehschirm zu schauen und Radio zu hören. Vater Josef nach dem Olympiasieg seines Sohnes: „Das muß man erst noch verdauen.“

Sportwart Josef Fendt hatte vor dem Rennen gesagt: „Das schlimmste, was uns passieren kann, wäre ein Wärmebruch, dann bricht Stanggassinger mit seinem Gewicht auf dieser Bahn ein. Wir beten um Kälte, darum, daß das Eis richtig klärt. Dann haben wir eine Medaille sicher.“ Gestern vormittag herrschte auf der Rodelbahn in Sarajevo mehr als zehn Grad Kälte, das richtige Wetter, um Olympiasieger zu werden.



Olympiasieger, die auf Schaltern getragen werden: Nach ihrem großen Triumph ließen sich die beiden Rodeler Hans Stanggassinger und Franz Wembacher (rechts) stürmisch feiern. FOTO: AP

SKI ALPIN

Abfahrt abgesagt

sid/dpa, Sarajevo

Wegen schlechter Wetterverhältnisse mußte die Damen-Abfahrt gestern erneut abgesagt werden. Sie wird heute (ab 10.30) ausgetragen. Das Rennen war zunächst planmäßig gestartet worden. Nach dem Sturz der kanadischen Weltmeisterin Gerry Sorensen, der in einem Schneeloch die rechte Ski abgeschlagen wurde, entschied sich die Jury zunächst für eine Unterbrechung und schließlich für eine Verlegung.

Die Mannschaftsführer Österreichs und der Schweiz legten ohne Erfolg einen Gegenprotest ein. Damit platzt in Sarajevo bereits der fünfte Anlauf, einen Abfahrts-Olympiasieger bei Damen und Herren zu küren.

Der deutsche Abfahrtstrainer Sepp Ferstl: „Die Piste war gut. Der Abbruch ist überhaupt nicht zu rechtfertigen.“ Der deutsche FIS-Beauftragte Heinz Kreckel: „Ausgerechnet hier versuchen sich Leute zu profilieren, die sonst nie bei einem Weltcup-Rennen sind.“

SKI-LANGLAUF

Vorwürfe der Norweger

DW, Sarajevo

In der Stunde des Triumphes demonstrierte Norwegens Trainer Magnar Lundemo Kleinmut. Selbst die Freude über den Sieg seines Damen-Quartetts in der 4x5-km-Staffel konnte seine Enttäuschung über die anderen Langlauf-Resultate nicht lindern. Angesichts der beiden Siege von Marja-Liisa Hämäläinen über 5 und 10 km warf er den Finnen vor, die Leistungsexplosion ihrer Mädchen durch sogenanntes Blutdoping herbeigeführt zu haben.

Gemeint ist der Blutausaustausch bei Sportlern, denen nach Höhentraining mit Sauerstoff angereichertes Blut abgezogen, einige Wochen konserviert und vor dem Wettkampf wieder zugeführt wird. Obwohl diese Praxis finnisches Sportlern seit Jahren zu Erfolgen verhilft und nicht verboten ist, wies die finnische Mannschaftsführung diese Anschuldigungen wieder einmal empört zurück.

Die Bronzemedaille für ihren dritten Platz in der Staffel erhielten die Finnen. In der Staffeln, nachdem ein Protest gegen sie (wegen gefährlicher Reihenfolge der Starterinnen) zurückgewiesen war.

ISSCHNELLAUF

Dominanz der „DDR“

dpa, Sarajevo

„Die Organisatoren haben den DDR-Läufinnen die Weltrekorde verdorben“, sagten Olav Poulsen, der norwegische Präsident der Internationalen Eislauf-Union (ISU), und Gerd Zimmermann (Inzell) von der Technischen Kommission der ISU nach dem 3000-m-Eisschnelllauf-Rennen der Damen verärgert. Über dem dreifachen Triumph von Andrea Schöne, Karin Enke und Gabi Schönbrunn lag ein Schatten. „Wenn die Eismeister im Zetra-Stadion wirklich gutes Eis bereiten könnten, wären Andrea Schöne und Karin Enke heute bestimmt unter Gabi Schönbrunns Medao-Weltrekord geblieben“, meinte Poulsen.

Es war dennoch der ganz große Triumph der „DDR“-Eisschnellläuferinnen, denn die „DDR“-Läuferinnen haben neun von zwölf möglichen Medaillen gewonnen - mithin holten sieben „DDR“-Athletinnen mehr Medaillen als alle 88 Mitglieder der Olympia-Mannschaft aus der Bundesrepublik. Sigrid Smuda aus Ostberlin belegte über 3000 Meter übrigens den 18. Platz - eine Enttäuschung.

EISKUNSTLAUF / Manager locken Torvill / Dean jetzt mit Millionen - sie aber denken an ein eigenes Eistheater in London

Das Liebespaar auf dem Eis geht privat getrennte Wege

Von FRANK QUEDNAU

Valentinstag, 14. Februar, Tag der Liebenden mit Blumen und Laß-mich-mein-Herz-dir-Schenken. Das könnte passen. Aber nicht jeder, der tanzt, ist glücklich. Romeo und Julia sind überall, Namen sind auswechselbar. Hier ist es nicht Gift, hier stürzen sie sich in den Krater eines Vulkans, nachdem sie gerungen haben, mit sich selbst und gekämpft um den anderen. Taumelnd vor Schreck, den auch Gefühl - eigenes und das des Partners - auflösen kann, schmeicheln und zitternd vor Lust in Begegnungen, die bis zur Ekstase führen. Und dann der gemeinsame Sprung in den Vulkan, das schier Ausweglose geht über in den scheinbaren Trost: In Liebe ewig vereint. Das ist die Geschichte, die sie darstellen.

Anfang eines Sportberichtes? Als Jayne Torvill und Christopher Dean am Ende ihrer Eistanzkür hingestreckt auf dem Eis liegen, (völlig losgelöst von der Erde, aber das stammt ja aus einem banalen Raketen-Schlager), erleben sich in Sarajevo die Zuschauer von ihren Plätzen. Da stürzt über die beiden Engländer nicht das Geschrei zusammen, das so oft frenetisch gefeierte Sieger begleitet. Hier stehen die Zuschauer auf und klatschen, wie sie vielleicht im Theater klatschen würden. „Was wir tun“, sagt Christopher Dean (25), „ist Unterhaltung auf der Grundlage der Kunst, aber es ist immer noch Sport.“ Die ewig junge Geschichte von Romeo und Julia soll Sport sein? Es werden Noten verteilt. 17 Mal 6,0 für Torvill/Dean in Pflichttänzen, freiem Spurenbildtanz und Kür zusammen. Eine nichtige, fast schamlose Aufrechnung für ein Paar, das sportliche Dimensionen sprengt und das die Preisrichter gleichsam auch in einen Krater stürzt, aus dem sie nun wieder ans Tageslicht zur sportlichen Realität

hinaufklettern dürfen. Christopher Dean sagt: „Wir halten uns an die Regeln, wir dehnen und weiten sie nur.“

Regel-Juristen sehen das nicht so. Sie rechnen den beiden Goldmedaillengewinnern, die schon vor dem Start als Sieger feststanden, drei Verstöße gegen die Paragraphen des sportlichen Gesetzbuches vor. Aber nur hinter der vorgehaltenen Hand, auch sie haben sich schon längst dem englischen Paar hingegeben, weil das wahrhaft Gute auf Dauer nicht zu ersticken ist. Also da sind.

Beide verharren zu Beginn ihres Tanzes 27 Sekunden lang knieend auf dem Eis, ohne ihren Lauf zu beginnen, umschmeicheln sich mit schlangenhaft varierten Bewegungen. So dauert ihr Vortrag 4:27 Minuten, vier Minuten sind nur zugelassen. Eistanz schreibt in der Kürmusik Rhythmus-Wechsel vor. Ravens „Bolero“, nach dem sie sich von der ersten bis zur letzten Sekunde bewegen, wechselt allenfalls das Tempo.

Christopher Dean hebt Jayne Torvill dreimal über seine Schulterhöhe hinweg, das ist verboten. Da wiehert der Eiskunstlauf-Amtsrichter künstlich. Aber es ist schon eine Diskussion wert, ob für Fußballspieler wie Pele (das wäre ähnlich) die Abseitsregel außer Kraft gesetzt werden kann, nur weil sein Fallrückzieher künstlerisch wertvoll ist. Eine solche Auseinandersetzung kann nur auf der Grundlage der Erkenntnis geführt werden, daß Torvill/Dean - Erkennungsmal der Größten im Sport - Grenzen pulverisiert haben. Wer, wenn die beiden bald Profis sind, die alten Schranken wieder aufbauen will, macht sich des Rückschritts schuldig.

Bei der Pressekonferenz sitzen Christopher und die ein Jahr ältere Jayne nebeneinander und strahlen weiter Harmonie aus. Nicht nur we-

gen der gleichen blonden Haare, die auf denselben Frisör schließen lassen. „Ich sehe an ihrer Augenbraue, ob sie Schwierigkeiten hat“, sagt er. Sie beendet einen Satz von ihm, „weil ich genau weiß, was er sagen will.“

Das hier ist so ein Beispiel der totalen Übereinstimmung in fortlaufenden Sätzen: „Die Menschen begreifen, was wir tun (Christopher)“, weil das, was wir machen, so leicht und weich aussieht. (Jayne). „Sie bekommen das Gefühl, o Gott, das kann ich ja selbst auch tun (Christopher)“, oder sie fühlen, da tanze ja wirklich ich, das bin ja ich, den sie darstellen (Jayne).“

Sie sagt über ihn: „Wir waren einmal sehr verliebt ineinander, aber das Gefühl ist nicht zu halten, wenn man so intensiv zusammenarbeitet.“ Er über sie: „Sie zu verletzen bedeutet, mich zu verletzen. Jayne und ich sind aufeinander angewiesen, daß ein getrenntes Weiterleben nach unserer Karriere kaum möglich erscheint. Aber das würde bedeuten, daß unsere Zukunft schon unseren Händen entglitten ist. Diese Vorstellung erschreckt mich.“

Romeo und Julia auch privat? Oder eher Worte, die auch nach dem Tanz noch ins Bolero-Vulkan-Melodram passen und jetzt schon ein wenig Profikarriere vorbereiten? Zwei Millionen Mark für drei Jahre sollen Eisrevue-Manager ihnen geboten haben. Sie aber überlegen, ein eigenes Eistheater in London aufzumachen.

Nüchterne, geschäftliche Kalkulation, die zum Thema gehören und doch abschrecken angesichts ihres Laufes, der sportliche Grenzen sprengt und nur dann begreifbar wird, wenn bei der Beurteilung der Maßstab der Kunst angelegt wird. Die Note 6,0 besagt nichts, sie ist nur die Höchstnote im Eiskunstlauf, der ein Sport ist.



Mit einem Kuß, so sieht es aus, bedankt Torvill für neunmal die Traumnote 6,0.

Gold nur für Mehl und Moravetz

Es ist zum Verweifen manchmal. Zentrierte sich Gerd Mehl im ersten Programm, als lachende Zuschauer und ein Außenseiter im Ziel einlauf des 10-Kilometer-Biathlons gezeigt wurden statt Deutschlands Peter Angerer beim Sturmlauf zu einer zweiten Medaille. In der Tat: Was Jugoslawiens Kameramänner und Bildregisseure sich seit Beginn der Olympischen Spiele an Patzen leisten, geht über das Maß des Erträglichen.

Die höhnischen Kommentare verschiedener deutscher Fernsehreporter und -kommentatoren über den Mammut-Aufwand der New Yorker ABC erweisen sich im nachhinein als schlechte Witze. Die Amerikaner haben im Gegensatz zu ARD und ZDF schon vorher gewußt, daß mit Jugoslawiens Fernsehen bei Olympia keine Höchstleistungen zu schaffen sind.

Die Liste der jugoslawischen Fehlleistungen ist lang: Beim 30-Kilometer-Langlauf standen lediglich an drei Stellen Kameras, beim Biathlon waren nur Start, Schießplätze und Ziel im Bild. Über die Schießresultate wurde man nur schlecht informiert, und selbst die eingeblendeten Zeiten stimmten oft nicht. Beim Skispringen waren die Kameras möglicherweise windgeschützt, doch leider nicht nach den Erfordernissen bester Optik positioniert worden. Das bunte Randgeschehen bei Olympischen Spielen schließlich fingen Jugoslawiens Kameramänner nur spärlich ein. Wo aber blieben die versprochenen Reportagen der ARD/ZDF-Arbeitsgemeinschaft?

Bei ARD und ZDF sollte man sich die Hände indessen nicht in Unschuld waschen: Erstens hätten jene, die angeblich ein Jahr lang mit den Übertragungs-Vorbereitungen beschäftigt waren, die jugoslawischen Unzulänglichkeiten erkennen und ihnen mit geeigneten Maßnahmen begegnen müssen. Zweitens gab es vor Ort und in der Mainzer Sendezentrale der beiden Anstalten ebenfalls mehr als genug Anlaß zur Kritik.

Da ist die Sache mit den Co-Moderatoren: Grundsätzlich ist ihr Aufkommen ein Armutszeugnis für unsere Moderatoren. Ein Co-Moderator ist letztlich für den Moderator nichts anderes als der leibhaftige Vorwurf der Inkompetenz, der mangelnden Praxis und Erfahrung. Beispiele? „Das erste Drittel ist vorbei. Wie sehen Sie das Spiel der deutschen Mannschaft, Alois Schloder?“ „Können Sie sagen, warum es zum Sturz des Eisschnellläufers gekommen ist, Erhard Keller?“ „Wie haben Sie die Enke gesehen, Monika Holzer-Pflug?“ „Wie war das 1960, als Sie die Nordische Kombination gewannen, Jörg Thoma?“

Nach fünf Tagen ist das verbale Pingpong zwischen Moderatoren und Co-Moderatoren nur mehr schwer erträglich. Nichts gegen ehemalige Olympia-Sieger! Alois Schloder beispielsweise war und ist ein phantastischer Eishockeyspieler, aber was hatte er außer Banalitäten zu sagen? Bei Erhard Keller hatte man stets den Eindruck, er habe sich in der Sprechkabine seine beiden Goldmedaillen umgehängt. Wäre sonst so viel Arroganz möglich gewesen? Am schlimmsten hörte sich Christian Neureuther an. Offenbar hatte er die Schaulust, nämlich Sprechkabine mit Ski-Übungsbahn, verwechselt. Jedenfalls nervte er ein Millionenpublikum mit Nörgelerei wie ein schlechtlehrender Skilehrer: „Sie steht zu stark auf den Kanten... Hier muß man auf dem Talski fahren... Er steht quer, anstatt die Ski laufen zu lassen.“

Glücklicherweise gab es am Bildschirm auch Lichtblicke. Aber bei der Nennung der Namen jener Reporter, die angenehm auftraten, krampft sich einem das Herz zusammen. Gerd Mehl (Jahrgang 1922) und Bruno Moravetz (Jahrgang 1921) sind des deutschen Fernsehens Oldtimer, mithin möglicherweise bald nicht mehr dabei.

Gerd Mehl zeichnete sich einmal mehr durch Sachkunde, Persönlichkeit und Mut aus. Als die Jury beim Kombinationspringen den zweiten Durchgang abbrach, nannte er diesen himelschreienden Unsinn auch Unsinns... Oder ist sein Mut etwa altersbedingt? Braucht er Sanktionen der konformistischen Leisetreter in den Chefetagen des Fernsehens im Gegensatz zu Jüngeren nicht mehr zu fürchten?

Eine Goldmedaille, zumindest eine Goldene Kamera, gebührt Bruno Moravetz. Im Gegensatz zu einigen seiner Kollegen betreibt er niemals verbale Demontage eines erfolglosen Athleten. Wenn er berichtet, wird der heute oft unumenschliche Sport menschlich und schön. Moravetz ist gleichsam ein lebender Anachronismus: freundlich, stets positiv, nie abwertend, immer nachsichtig für sportliche Schwächen, mitfühlend mit Geschlagenen und vom Pech Verfolgten. Auch für den Letzten hat er ein Herz. WALTER H. RUEB

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Olympia in Zahlen

ISSCHNELLAUF
3000 m der Damen
Gold: Schöne (DDR*) 4:24,79
Minuten

Silber: Enke (DDR*) 4:26,33
Bronze: Schönbrunn (DDR*) 4:33,13
4. Pleschkowa (UdSSR) 4:34,42, 5. van Gennip (Holland) 4:34,80, 6. Docter (USA) 4:36,25, ... 18. Smuda (Deutschland) 4:53,22

RODELN
Zweissitzer, Herren
Gold: Stangassinger/Wembacher (Deutschland) 1:23,620 Minuten

Silber: Belussow/Bejakow (UdSSR) 1:23,660
Bronze: Hoffmann/Pietzsch (DDR*) 1:23,887

4. Fluckinger/Wilhelmer 1:23,902, 5. Lemmerer/Lechleitner (alle Österreich) 1:24,133, 8. Raffi/Huber (Italien) 1:24,353, ... 8. Schwab/Staudinger (Deutschland) 1:24,634

EISKUNSTLAUF
Eistanz
Gold: Torvill/Dean (Großbritannien) 2,0 Punkte

Silber: Bestemjanowa/Bukin (UdSSR) 4,0
Bronze: Klimowa/Ponomarenko (UdSSR) 7,0
4. Rühmberg/Selbert (USA) 7,0, 5. Fox/Dalley (USA) 10,6, 6. Barber/Slater (Großbritannien) 11,4, ... 9. Born/Schönborn (Deutschland) 18,0

SKI NORDISCH
4x5-km-Staffel der Damen
Gold: Norwegen 1:06:49,7 Stunden
Silber: CSSR 1:07:34,7
Bronze: Finnland 1:07:36,7
4. UdSSR 1:07:55,0, 5. Schweden 1:09:30,0, 8. Schweiz 1:09:40,3

EISKUNSTLAUF
Herren: Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Hamilton (USA) 1,4 Punkte, 2. Simond (Frankreich) 2,8, 3. Cerne (Deutschland) 4,2, 4. Sabovic (CSSR) 4,4, 5. Orser (Kanada) 4,6, 6. Boitano (USA) 6,0, 7. Fadjew (UdSSR) 6,2, 8. Fischer 7,6, 9. Schramm (Deutschland) 8,2

Bei der heutigen Entscheidung (Kür) gehen die Läufer der letzten Startgruppe in folgender Reihenfolge an den Start: Schramm, Fadjew, Filipowski, (Polen), Kotin (UdSSR), F.

scher, Beacom (Kanada), Simond, Orser, Boitano, Hamilton, Cerne, Sabovic.

Damen: Stand nach der Pflicht: 1. Summers (USA) 0,6 Punkte, 2. Wodanowa (UdSSR) 1,2, 3. Witt (DDR*) 1,8, 4. Cariboni (Schweiz) 2,4, 5. Iwanowa (UdSSR) 3,0, 6. Ruben (Deutschland) 3,6, 7. Kondraschewa (UdSSR) 4,2, 8. Dubravcic (Jugoslawien) 4,8, 9. Leistner (Deutschland) 5,4, 10. Thompson (Kanada) 6,0

SKI ALPIN
Herren: Letztes Abfahrtsrennen: 1. Johnson (USA) 1:49,11, 2. Höflehner (Österreich) 1:49,31, 3. Gattermann (Deutschland) 1:49,49, 4. Cathomen (Schweiz) 1:50,05, 5. Wildgruber (Deutschland) 1:50,10, 6. Ziganow (UdSSR) 1:50,25, 7. Räber (Schweiz) 1:50,26, 8. Meir 1:50,40, 9. Ghidoni (beide Italien) 1:50,47, 10. Makew (UdSSR) 1:50,53, ... 15. Renoth (Schweiz) 1:51,20, 16. Müller (Schweiz) 1:51,28, 17. Klammer (Österreich) 1:51,32, 18. Dürr (Deutschland) 1:51,56

SKI NORDISCH
Spezialspringen, 90-m-Schanze, zweites Training: Nykänen (Finnland) erzielte mit 110 Meter/113 Meter/113 Meter in drei Durchgängen die beste Serie. Den weitesten Einzelsprung hatte Podzimek (CSSR) mit 114 Metern. Die deutschen Startersprangen nur hinterher: Andreas Bauer 89/88,5/83, Thomas Klauer 79/82,5/79, Peter Rohwein 81/79/80, Georg Waldvogel 80/81/84

EISHOCKEY
Gruppe 3: USA-Finnland 3:3 (1:0, 1:2, 1:1), Norwegen-Österreich 5:6 (1:4, 3:2, 1:0)

MEDAILLENSPiegel nach 24 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
DDR*	7	7	5
UdSSR	3	7	7
Norwegen	3	1	3
Finnland	2	3	4
Deutschland	2	1	4
Schweden	2	1	1
USA	1	2	1
Kanada	1	1	1
Italien	1	1	1
Großbritannien	1	1	1
Schweiz	1	1	1
CSSR	1	1	1
Japan	1	1	1
Jugoslawien	1	1	1
Frankreich	1	1	1
Liechtenstein	1	1	1

Geschäft: Im Eiskanal waren sie nicht die schnellsten, im Business aber sind die Amerikaner nicht zu schlagen. In nur 180 Sekunden wickelten sie an der Bobbahn Trebevic ein ungewöhnliches Geschäft ab: USA-Pilot Jeff Jost kaufte in dieser Zeitspanne für 10 000 Dollar den Vierer-Schlitten des Schweizer Hans Hiltbrand, dessen Teamchef René Buch intervenierte. Die Amerikaner aber beharrten darauf: „Geschäft ist Geschäft.“

Nationalstolz: Während sich bei den abendlichen Siegerehrungen vor dem Skandje-Eiszentrum meistens nur wenige hundert Zuschauer versammelten, strömten am Dienstagabend mehr als 10 000 Menschen zusammen.

Olympia-Splitter

men, um den Mann zu feiern, der die erste Medaille für Jugoslawien bei Olympischen Winterspielen gewann. Schon Stunden vorher hatten sich Hunderte die besten Plätze für die Siegerehrung gesichert.

Herzinfarkt: Der amerikanische Eishockey-Schiedsrichter Mark Faucett erlitt in Sarajevo einen Herzinfarkt. Lebensgefahr besteht jedoch nicht mehr. Deshalb ließ der Eishockey-Weltverband in seinem Zimmer ein Fernsehgerät aufstellen, das dem Rekonvaleszenten die Langeweile vertreiben soll.

Endgültig: Nach mehreren Ankündigungen will Carl-Erik Eriksson jetzt Ernst machen. „Ich werde jetzt 54 Jahre alt und bin seit 27 Jahren durch sämtliche Eishockey-Welt gefahren. Außerdem wird der Bobsport mit seiner Materialschlacht zu teuer. Es macht keinen Spaß mehr“, kündigte der millionenschwere schwedische Farmer an. 80 000 Mark will er in den letzten Jahren jährlich in sein Hobby gesteckt haben, das ihm wegen seiner Marotten trotz Erfolglosigkeit Popularität einbrachte.

Krisensitzung: Zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der sowjetischen Mannschaft hat das schwache Abschneiden der eigenen Mannschaft im Vergleich mit der „DDR“ geführt. Vertreter aller Wintersportarten befähigten sich mit der Ursachenforschung für die Niederlagen im Nordischen Skisport, Biathlon und bei den Eisschnellläufern, die in diesem Ausmaß nicht befürchtet worden waren.

FUSSBALL / Heute wird das Trainingslager in Frankfurt fortgesetzt

3:2 gegen Bulgarien, und dann möglichst schnell nach Hause

Es lag nicht nur an den winterlichen Temperaturen (sieben Grad minus während des Spiels), daß die deutsche Fußball-Nationalmannschaft beim 3:2-Sieg in Varna über Bulgarien die Fans nicht erwärmen konnte. Die deutschen Tore erzielten Uli Stielike (1. und 74.) und Rudi Völler (66.). Möglichst schnell nach Hause in ein angenehmeres Wetter – so lautete die Devise der Nationalmannschaft. Schon heute werden sie ihr Trainingslager in Frankfurt fortsetzen.

Bundestrainer Jupp Derwall wollte so viel experimentieren, doch die schlechten Boden- und Witterungsverhältnisse ließen keine endgültigen Rückschlüsse zu. Er sah aber einen Libero Mathias Herget, der stets die Übersicht besaß. Er bemerkte, daß die Defensivisten Bommer und Bokendorf nicht an ihre Leistungen im Verein bei Fortuna Düsseldorf anknüpfen konnten. Er konnte beruhigt feststellen, daß sich Andreas Brehme als linker Verteidiger gut zurechtfindet. Nicht übersehen konnte Derwall die vielen Fehlpässe von Bernd Schuster und den Formanstieg von Uli Stielike.

Nein, Schadenfreude empfinde er nicht, hatte Karl-Heinz Rummenigge gesagt, nachdem Bundestrainer Jupp Derwall sich entschlossen hatte, das Trainingslager für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft in Bulgarien abzubrechen. Schon im Januar hatte der Mannschaftsführer Kritik an der Reise nach Varna geübt und sich für ein Trainingslager im warmen Spanien stark gemacht. Die Olympia-Auswahl mit Trainer Erich Ribbeck, die sich momentan in Estopona aufhält, hat bei 20 Grad ideale Witterungsbedingungen in Bulgarien gefunden. „Leider“, sagt er dazu:

Temperaturen von minus acht bis minus zehn Grad waren für die Nationalspieler denn doch mehr, als der Bundestrainer ihnen noch am Montag zugetraut hatte. „Was stört uns das Wetter, das macht uns nur noch härter“. So wurde denn der Entschluß gefaßt, das Trainingslager abzubrechen und in Frankfurt fortzusetzen. Auch die Sonne, die gestern morgen beim leichten Training auf dem hart gefrorenen Rasen des Gagarin-Stadions erstmals wieder seit drei Tagen zum Vorschein kam, änderte

an nichts mehr. Die Bulgaren hatten für die Entscheidung der Deutschen vollstes Verständnis. Hermann Neuburger, der Präsident des DFB, hatte den Bulgaren die Nachricht überbracht und hernach mitgeteilt: „Die Herren sind nicht brüskiert, sondern sie verstehen uns.“

Für den DFB wurde das Unternehmungen Bulgariens, das als erste Vorbereitung für die Europameisterschafts-Endrunde in Frankreich (12. – 27. Juni) gedacht war, ein Reinfall. Karl-Heinz Rummenigge hält die Entscheidung dennoch für richtig. „Lieber den Fehler eingestehen und die richtige Konsequenz daraus ziehen, als Verletzungen riskieren“, begrüßte er die Heimreise heute vormittag nach Frankfurt.

Von Fehlern bei der Standortwahl wollten Hermann Neuburger und Schatzmeister Egidius Braun allerdings nichts wissen. „Hier herrscht ein absoluter Ausnahmezustand, und normalerweise ist es um diese Zeit frühlinghaft warm. Das haben unsere Gastgeber noch einmal ausdrücklich versichert“, sagte der DFB-Präsident.



Handschuhe an den Fingern, die Kapuze auf dem Kopf – so schützt sich Karl-Heinz Rummenigge gegen die Kälte. Links Jupp Derwall. FOTO: DPA

NACHRICHTEN

Mini-WM in Mexiko
Mexiko-Stadt (dpa) – Mexiko will zur Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 Ende des nächsten Jahres eine Mini-Weltmeisterschaft veranstalten. Dazu sollen die stärksten Mannschaften Europas, Südamerikas, Afrikas, Asiens sowie Mittel- und Nordamerikas und der Karibik eingeladen werden.

Box-Comeback verschoben
Worcester (sid) – Sugar Ray Leonard, ehemaliger Box-Weltmeister aus den USA, mußte seinen für den 25. Februar geplanten Comeback-Kampf absagen. Wegen einer Operation am linken Auge wurde der Weltgewichthekampfer gegen seinen Landsmann Kevin Howard verschoben.

Breitner muß zahlen
Essen (sid) – Paul Breitner, ehemaliger Fußball-Nationalspieler, ist in zweiter Instanz zu einer Zahlung von 5300 Mark Schmerzensgeld an den früheren Bundesligaschiedsrichter Werner Burgers (Essen) verurteilt worden. Breitner hatte behauptet, Burgers habe in einem Bundesligaspiel am 6. August 1977 den Braunschweiger Hollmann absichtlich mit einem Ellbogenstoß niedergestreckt.

Entscheidung vertagt
Frankfurt (dpa) – Im Rechtsstreit zwischen Fußball-Bundesliga-Klub Eintracht Braunschweig und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) wird voraussichtlich am 7. März eine Entscheidung verkündet. Bis dahin will das Gericht klären, ob die vom DFB-Bundestag am 29. Oktober 1983 beschlossene Satzungsänderung wirksam ist, mit der die Änderung eines Vereinsnamens zum Zwecke der Werbung für unzulässig erklärt wurde.

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in La Quinta/Kalifornien (25 000 Dollar), erste Runde: Michabai (Kanada) – Saviano (USA) 6:2, 7:5, Milton (Südafrika) – Testerman (USA) 6:4, 6:3, Depalmer – Gullison (beide USA) 2:6, 6:4, 6:3, Moor – Smith (beide USA) 6:3, 7:5. Zweite Runde: Higueras (Spanien) – Motta (Brasilien) 2:6, 6:0, 6:3, Davis – Krickstein (beide USA) 6:2, 6:4, Gottfried – Fromm (beide USA) 6:2, 2:6, 6:3.

FUSSBALL
Freundschaftsspiele: VfL Osnabrück – Borussia Mönchengladbach 1:5 (0:3), Kickers Oberhausen/SpVgg Weiskirchen – Kickers Offenbach 1:1; Bayer 04 Leverkusen – Schacht Jor Doenick (UdSSR) 6:1 (0:0).

EISHOCKEY
Tut. Hallenstadion in Paris: FC St. Germain Paris – Hamburger SV 4:5; Tici Ouzou – Hamburger SV 3:3.

Grün. Gelb. Gut.



Wo Ihnen das grün-gelbe Wappen entgegenleuchtet, da ist eine freundliche BP Tankstelle für Sie da. Das merken Sie besonders, wenn Ihr Auto schnelle Hilfe braucht. Dann können Sie sich auf uns verlassen. Auf unser komplettes Dienstleistungs-Programm und unseren gut sortierten Autoshop. Und natürlich auch auf die hohe Qualität unserer Kraftstoffe und Motorenöle. Kommen Sie doch mal vorbei und erleben Sie selbst, wie dicht „Grün“, „Gelb“ und „Gut“ beieinander liegen.

BP

Grün. Gelb. Gut.

Honecker kam zum Kanzler mit fertigem Text

BERNT CONRAD, Bonn

Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hatte zu seinem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl am Montagabend in Moskau gleich den Entwurf für eine gemeinsame Presseerklärung mitgebracht. Darin war von weitgehender Übereinstimmung über die Bedeutung der Stockholmer Abrüstungskonferenz und der Wiener Truppenabzugs-Verhandlungen (MBFR) sowie von Friedenssicherung und Dialog die Rede.

Schon die Tatsache, daß der SED-Chef von vornherein eine solche Übereinstimmung annahm, bewies nach Ansicht von Bonner Experten seinen Wunsch nach innerdeutscher Kontinuität auch nach dem Tode Juri Andropows. Honeckers Text wurde, da Kohl keine Bedenken dagegen hatte, weitgehend übernommen. In seinen Ausführungen gegenüber dem Kanzler betonte der Staatsratsvorsitzende die Linie der Schadensbegrenzung, das heißt der Absicht, durch die mit der westlichen Nachrüstung verbundene allgemeine Klimaverschlechterung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin möglichst nicht leiden zu lassen. „Honecker will ebenso wie wir die Bemühungen um praktische Regelungen fortsetzen“, hieß es in der Umgebung des Kanzlers.

Kohl ging es bei seinem ersten Treffen mit dem SED-Chef primär darum, einen guten menschlichen Kontakt herzustellen. Dies ist ihm offensichtlich gelungen. Dazu trug bei, daß sich die beiden Politiker intensiv mit pfälzischen und sächsischen Jugenderinnerungen befaßten. Dabei agierte Honecker bemerkenswert selbstsicher und locker.

Als Chef der Sicherheitsstrategie des Staatsratsvorsitzenden fungierte ursprünglich Generaloberst Markus Wolf, der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit persönlich.

Honecker lobte ausdrücklich den neuen Kremlchef Konstantin Tschernenko, den er seit zwanzig Jahren gut kenne und von dem auch Kohl den Eindruck gewann, daß es sich durchwegs nicht um einen simplen Mann ohne jedes intellektuelle Format handle. Fundamentale Änderungen in Moskau erwartet der Kanzler nach seinen Gesprächen nicht.

Mubarak fordert USA zum Dialog mit der PLO auf

Fortsetzung von Seite 1

Mubaraks Abschiedsworten nicht zu vor informiert worden.

Mubaraks Ausführungen zur PLO und zur Palästinenser-Frage insgesamt machten deutlich, daß allen Beobachtern der Ägypter über das Angebot noch immer gültige Camp-David-Abkommen zum Trotz Kairo jetzt über den Vertrag hinausgehen gewillt ist. Im Camp-David-Rahmenplan vom 18. September 1978 war unter Kapitel A, 1c von den „legitimen Rechten der Palästinenser und ihren berechtigten Belangen“ die Rede, wobei der Begriff der „Palästinenser“ lediglich auf die Bewohner des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens eingeschränkt blieb, also unter Ausschluss der Flüchtlingssiedlungen und des Nationalbegriffs des „palästinensischen Volkes“.

Auf dieser Begriffstrennung hat Jerusalem immer bestanden, weil die Israelis die palästinensische Nation heute bereits in Jordanien verortlicht sehen und keinen separaten Anspruch der Palästinenser auf ein eigenes Staatsgebiet außerhalb Jordaniens anerkennen.

Auch Präsident Reagan wandte sich in seinen kurzen Worten ausdrücklich an Israel, indem er Jerusalem aufforderte, mit der alten Verhandlungsformel „Territorium für Frieden“ an die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts heranzugehen und neuen „Willen, für den Frieden Risiken aufzunehmen“, zu zeigen. In ihren Tischgesprächen waren sich die drei Staatsoberhäupter offensichtlich einig, daß das Libanon-Problem „an Dimension schrumpfen wird“, wie es ein Berater im Weißen Haus ausdrückte, „sobald die Energien, die Aufmerksamkeit wieder dem Friedensprozeß gewidmet werden“.

Was Libanon anging, so fand auch hier wiederum Mubarak die eindeutige Sprache. Die Lage in Libanon, so sagte er, sei „untragbar“, doch liege der Schlüssel zu einer gangbaren Lösung in dem „sofortigen und bedingungslosen Abzug aller israelischen Truppen“. „Die israelische Invasion ist Wurzel und Ursache des gegenwärtigen traurigen Zustands in dieser Gegend“, fuhr Ägyptens Präsident fort.

Ägypten und Jordanien sprachen sich in Washington für die „allmähliche Einführung“ einer UNO-Frie-

denstruppe in Libanon aus, sie folgten damit einer französischen Anregung, die gestern vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York zum ersten Mal diskutiert wurde.

Reagan machte seinen beiden Besuchern klar, daß er weiterhin Libanons Zentralregierung unterstütze, daß die USA trotz der Verlagerung ihrer Marineinteressen auf Schiffe „voll engagiert“ blieben. Das war auch der Tenor eines Berichts, den die Administration am gleichen Tag dem Kongreß zuleitete und in dem sie andeutete, die Umstationierung der „Marines“ könne in etwa bis zum 12. März abgeschlossen sein. An der amerikanischen Unterstützung für die Zentralregierung in Libanon kritisierten jedoch sowohl Hussein als auch Mubarak den fortgesetzten Einsatz der Schiffsgeschützte der US-Marine gegen syrische und moslemische Stellungen.

Diese Bombardierungen basieren offenbar auf einer widersprüchlichen operationellen Grundlage. Während Marine-Minister John Lehman am Dienstag zunächst meinte, die Beschießungen dienten der Unterstützung der libanesischen Armee, kritisierte das Weiße Haus später diese Charakterisierung und beharrte darauf, der Einsatz amerikanischer Feuerkraft von See aus sei einzig zur Verteidigung der Luftlandtruppen am Boden gedacht.

Unter den Gipfelteilnehmern in Washington hielt sich der jordanische Monarch am meisten zurück. Hussein will und muß abwarten, ob Arafat sein Versprechen wahrmacht und erneut in Autonomie-Verhandlungen einwilligt. Die Arafat-Hussein-Gespräche waren beim ersten Mal im April 1983 ohne Ergebnis abgebrochen worden, nachdem der PLO-Chef sich nicht dazu durchringen konnte, dem Jordanier ein eindeutiges Mandat zum Verhandeln, namens der Palästinenser, zu erteilen. Diesmal waren in Washington alle Konferenzteilnehmer zuversichtlich: Arafat habe sich, so hieß es, „für die politische Lösung entschlossen“.

Dennoch dürfte König Hussein mit einem konkreten Ergebnis aus Washington abreisen: Die Amerikaner haben ihm den Verkauf von 1813 schuttergefeuerten Luftabwehraketen vom Typ „Stinger“ im Werte von 40 Millionen Dollar zugesagt. Der Verkauf muß allerdings noch vom Kongreß gebilligt werden.

„Ich bin frei in meinen Entscheidungen“

Fortsetzung von Seite 1

über die Strauß-Reise nach Syrien hat in der Bundesregierung offensichtlich Verstimmung ausgelöst. Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher bemüht sich jedoch, daraus keinen neuen Konflikt mit dem CSU-Vorsitzenden entstehen zu lassen. Deshalb hatte Regierungssprecher Peter Boenisch gestern die Weisung, sich vor der Bundespressekonferenz jeder Bewertung der Reise und ihrer Begleitumstände zu enthalten.

Auf die Frage, ob die Strauß-Aktion für die deutsche Politik von Nutzen sei, erwiderte Boenisch: „Dem Regierungssprecher steht keine Beurteilung der Reisen von Ministerpräsidenten der Länder und in diesem Fall auch eines Parteivorsitzenden zu.“ Auch die Frage, ob durch die Reise die außenpolitische Richtlinienkompetenz des Kanzlers beeinträchtigt werde, wies der Regierungssprecher mit der Bemerkung ab: „Ich nehme zu keinen Einzelheiten Stellung.“ Immerhin ließ Boenisch keinen Zweifel daran, daß der Kanzler selbst über die Reise nicht unterrichtet worden war.

Tatsächlich spielte sich die Informierung der Bundesregierung so ab: Am Dienstagmittag fragte ein Journalist im Auswärtigen Amt an, was man dort von der geplanten Reise des CSU-Chefs nach Damaskus halte. Da zu diesem Zeitpunkt im AA über die Absicht von Strauß überhaupt noch nichts bekannt war, informierte das Amt den Außenminister, der sich mit dem Kanzler in Moskau aufhielt. Genscher wiederum gab die Information an Kohl weiter. Beide zeigten sich offensichtlich sehr irritiert.

Parallel dazu fragte das Auswärtige Amt am Nachmittag in München an, ob der journalistische Hinweis auf die Reisepläne des Ministerpräsidenten zutraf. Am späten Nachmittag unterrichtete dann die bayerische Staatskanzlei den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Lautenschlager, telefonisch über den Syrien-Besuch. „Ob der eine Anruf den anderen ausgelöst hat, weiß ich nicht“, erklärte ein AA-Sprecher.

Auf jeden Fall wußte auch die deutsche Botschaft in Damaskus bis Dienstagmittag nichts über die bevorstehende Ankunft von Strauß.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Von Ehre, Pflicht und Würde Kronland Schlesien

Die Äffäre Wörner/Kießling bleibt im dunkeln, trotz Medienrecherchen, Bundestagsdebatte, Untersuchungs-

ausschuss und Parlamentarischer Kontrollkommission. Der Verteidigungsminister Manfred Wörner bleibt im Amt. Der Vier-Sterne-General Günter Kießling wird mit dem Großen Zapfenstreich verabschiedet, als sei nichts gewesen.

Es wird dennoch nichts unter den Teppich gekehrt werden können, wie der vereinfachte Generalvortrag artikuliert wird, denn der Unrat bleibt irgendwo gesammelt. Eine un-gute Situation.

Ehrenwort hin oder her. Wer dem nicht mehr glauben kann und seine Schulterteleien nicht einstellt, ist über-dran. Er bricht dem Ehrenkodex nicht nur des mündigen Bürgers, sondern des Soldaten und des Offiziers im besonderen das Rück-grat.

Man muß davon ausgehen, daß Manfred Wörner aus Pflichttreue gehandelt hat. Die Rehabilitierung des Generals Dr. Kießling kann trotzdem den Schaden nicht wiedergutmachen, der angerichtet worden ist.

Der zeitlose preussische Ehren-begriff ist für lange Zeit dahin - die innere Moral der Armee ist ange-schlagen, das Vertrauen in ihre Füh-rung ist verunsichert. Bleibt die Fra-ge nach dem Körpergeist der Generali-tät, als einer der ihren an den Rand des Abgrunds gestoßen wurde. Nichts ist schlimmer, als wenn die Kameradschaft opportunistischem Denken untergeordnet wird. Nichts ist würdevoller, als einen alten Kame-raden, auch wenn er selbstverschuldet stracheln sollte, fallen zu lassen, statt ihn zu halten und zu stützen.

Die Schuld Wörners bleibt, daß er sich durch provokierende Journalis-ten aufs Glatteis hat führen lassen. Er brachte die Gründe für die Ent-lassung des Generals nicht zu nen-nen. Nachdem ihm aber das „Sicher-heitsrisiko“ entlockt werden konnte, lag die Frage nach dem „Warum“ nahe. Die Homo-Scene war das Letz-te, was in die Begründung hätte ein-geführt werden dürfen.

Der Kanzler hat entschieden, den General rehabilitiert und den Ver-teidigungsminister gehalten. Nun gut, das ist seine Entscheidung und seine Verantwortung, welche guten Grün-de er auch dafür gehabt haben mag. Kein Grund allerdings, sich an die Brust zu schlagen und diese lächelnd den Wählern anzubieten. Die Dinge sind zu ernst, um sie mit der „Lie-be zum Leben und zur Lebensfreude“ in einem Atemzug zu nennen.

Nibelungentreue gehört in die Sa-genwelt. Die Treue ist heute schwerer geworden. Daß der Kanzler und sein Verteidigungsminister nicht den Krieg kennenlernten mußten, ist ihr Glück. Aber die Erfahrungen der Kriegsgeneration kann dennoch nichts ersetzen - gleich, an welcher Front jemand stand. Beide müssen wissen, daß der Glaube der Soldaten an die Führungskraft und Gerechtig-keit ihrer obersten Befehlshaber im Frieden die Voraussetzung ist, ihnen im Ernstfall den Gehorsam zu erhal-ten.

Werner Kießling, Präsident des Verbandes der Heim-kehrer, Kriegsgefangenen und Ver-mißenangehörigen Deutschlands e. V. Bonn 2

Sehr geehrte Damen und Herren, seit mehr als 30 Jahren bin ich ununterbrochen Leser Ihrer Zeitung, in Freundeskreisen habe ich mit Erfolg für das Blatt geworben. Nun verstehe ich im wahrsten Sinne des Wortes seit einigen Wochen die WELT nicht mehr! Ich bin irritiert und enttäuscht darüber, wie und in welcher Form sich eine seriöse Zeitung an der Hetze gegen den Verteidigungsminister Manfred Wörner und damit indi-

Mit freundlichen Grüßen
Arturs Cipulis,
Vorsitzender des Lettischen
Zentralkomitees,
Münster

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

„Ja guter Letzt“, WELT vom 31. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihren Hinweis auf den 100. Todes-tag von Gregor Mendel finde ich sehr gut und lobenswert, jedoch ist die Angabe seines Geburtsortes „Hein-zendorf/Schlesien“ nach meiner Auf-fassung nicht korrekt. Heinzen-dorf liegt in der Nähe von Troppau (heute CSSR) und gehörte zur damaligen Zeit zum Kronland Österreichisch-Schlesien der Habsburger Monarchie (verbliebener Rest Schlesiens bei Habsburg nach dem Hubertusburger Frieden von 1763).

Bei der Bezeichnung „Schlesien“ muß man annehmen, daß es sich um den damals zu Preußen gehörenden Teil (heute unter polnischer Verwal-tung) handelt.

Mit besten Grüßen
Horst Gobel,
Berlin 31

Bitte um Hilfe

Wie uns berichtet wurde, ist die Not durch die Verteuerung der knapp zu-gelieferten Lebensmittel in Polen und in Teilen von Polen verwalteten deut-schen Gebieten wie Pommern, West- und Ostpreußen, Danzig und Schlesi-en noch größer geworden.

Wir können mit dem Versand von Textil- und Lebensmittel-Paketen unseren Landsleuten drüben helfen, wenn weitere Paketspenden auf das Konto 102 087 der Eckernförder Kreissparkasse (BLZ 210 520 90) überwiesen werden.

Unaufgefordert werden Spenden-quisitionen zugesandt.

Sozialwerk der Pommern e. V.
Arbeitskreis Eckernförde
Kurt Schramm
Prinzenstr. 74,
2330 Eckernförde

Gutes Beispiel

„Ständehaus im Fockebau der So-wjet“, WELT vom 16. Januar

Sehr geehrter Dr. Kremp, dieser Artikel ist eine Warnung an alle, die die sowjetische Expansions-politik unterschätzen oder gar über-sehen. Das Schicksal der baltischen Staaten ist ein gutes Beispiel dafür, was mit Staaten geschehen kann, wenn sie sich nur ungenügend wehren können. Durch die sowjetische Okkupation ist nicht nur die Zukunft unserer Völker auf weite Sicht ge-fährdet, sondern unser Land kann auch als Sprungbrett für weitere so-wjetische Expansionspläne benutzt werden.

Darüber hinaus (wie es in dem Ar-tikel treffend dargestellt worden ist) wird die Jugend und werden sogar Kinder der friedliebenden Völker Estlands, Letlands und Litauens zum Haß gegen die westliche Welt erzogen und im Schulunterricht so-wie in der einsichtigen Parteipresse aufgeschult. Die Schaffung von Feindbildern hat überhaupt nichts mit „vertrauensbildenden Maßnah-men“, über die im Augenblick die Konferenz in Stockholm sich befaßt, zu tun, im Gegenteil.

Ich hoffe, daß Ihre geschätzte Zei-tung auch in der Zukunft weiterhin über die aktuelle Lage in den beset-zten baltischen Staaten berichten wird.

Mit freundlichen Grüßen
Arturs Cipulis,
Vorsitzender des Lettischen
Zentralkomitees,
Münster

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Mutig aufstehen

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Leserbild von Frau Gersten-maier unter der Generalüberschrift „Christen für den Terror?“ möchte ich eine Ergänzung geben. Sie schreibt u. a.: „Man würde gerne aus einer solchen EKD austreten...“ Austreten wäre ganz der falsche Weg, denn man würde die Kirche nur ihren inneren Feinden überlassen. Im Ge-geenteil: Hinein in die Kirche und in die Kirchen! Dabei sollte man den Pfarrern genau auf Maul schauen. Wenn einer von ihnen die Kanzel zum Podium einer „Demo“ für gewalttätige Organisationen machen sollte, dann sollten die mutigen Christen während der Predigt aufstehen und die Kirche verlassen - still und wür-dig, aber unübersehbar. Dazu: Hinein in die Institutionen, die schweigende Mehrheit muß aktiv werden.

Dr. G. Schneider,
Krefeld

Wort des Tages

„Am Dasein Gottes kön-nen nur blasierte Toren zweifeln. Er ist der Ur-grund aller Dinge; die Materie, aus der unsere, den Sinnen fälsche Welt besteht, nur eine, vielleicht vorüber-gehende Form göttlicher, schaffender Kraft, die Materie mithin ein Pro-dukt des Geistes, nicht umgekehrt.“

Werner von Siemens, dt. Begrün-der der Elektrotechnik (1816-1892)

Personalien

EHRUNGEN

Dem Münchner Kinderarzt Pro-fessor Dr. Dr. h. c. Theodor Hell-brügger wurde „für hervorragende Verdienste für Kinder- und Jugend-arbeit“ der „Amriswiler Apfelbaum“ der Schweizer Akademie Amriswil verliehen. Mit Professor Hellbrügger, dessen Laudatio der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Dr. Hans Mäler, hielt, wurde erstmalig ein Kinderarzt mit der Ehrung bedacht, die zuvor schon unter anderen an Ortega y Gasset, Martin Heidegger, Konrad Lorenz, Thomas Mann und Manes Sperber verliehen wurden ist.

Der österreichische Autor Stefan M. Gergely (33) erhält aus der Hand von Josef Stügl, Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Ar-beit, den mit 15 000 Mark dotierten „Nürnberger Trichter“ für sein Buch „Mikro Elektronik - Computer, Ro-boter und neue Medien erobern die Welt“. Der 1977 gestiftete Preis, den bisher 17 Autoren erhielten, soll Le-

GEBURTSTAG

Bernd Leyerenz, von 1952 bis 1963 Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein und von 1958 bis 1964 stellvertretender Bundesvorsit-zender der Liberalen, vollendete sein 75. Lebensjahr. Der Anwalt aus Mecklenburg war von 1954 bis 1967 mit kurzer Unterbrechung Justizmi-nister und zeitweilig stellvertreten-der Regierungschef in Kiel. Seit 1968 ist er Rechtsanwalt beim Bundes-gerichtshof in Karlsruhe. Auf Leyerenz geht die beispielgebende Umwand-lung des schleswig-holsteinischen Justizministeriums in ein umfassen-des Rechtsplegeministerium (ein-schließlich Verwaltungs- und So-zialgerichtsbarkeit) zurück. Leyer-enz plädierte für eine Modernisie-rung des Strafvollzugs und gegen

eine frühzeitige Verjährung von NS-Verbrechen. Viele Jahre war er im Kuratorium „Unteilbares Deutsch-land“ tätig.

TODESFALL

Helmut Mintz, Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, ist in Nürnberg im 61. Lebensjahr gestor-ben. Der gebürtige Duisburger war 1949 in die Arbeitsverwaltung einge-treten und über das Landesarbeits-amt Nordrhein-Westfalen zum in-ternationalen Arbeitsamt und von dort zur Zentralstelle für Arbeitsvermitt-lung nach Frankfurt gekommen. 1970 wurde ihm eine Abteilung bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, deren Vizepräsident er seit 1975 war, eine Abteilung übertragen. Mintz vertrat eine aktive Arbeits-marktpolitik und setzte sich für Be-schäftigungshilfen ein. Er war Vor-sitzungsmitglied und Präsident des ständigen Fachausschusses für Ar-beitslosenversicherung und Be-schäftigungsversicherung der Ver-einigung für soziale Sicherheit (IVSS), der 160 Länder als Mitglieder angehören.

Jetzt gibt's das aktuelle
hobby magazin der technik.
Ein faszinierendes Heft
voller Neuheiten und
Entwicklungen

hobby magazin der technik

Nr. 4 13. 2. 1984 3,80 DM (4993)

- Die sparsamsten Auto-Getriebe
- Die schnellsten Tele-Objektive
- Die stärksten Bohr-hämmer

Super-Zug der Zukunft:
Tempo 300 auf Schienen

Holen Sie sich das neue hobby magazin der technik bei Ihrem Zeitschriften-Händler. Es kostet nur DM 3,80.

hobby magazin der technik

COMPUTER EXTRA

Mit der neuesten Software für den Heim-Computer

AKTUELL

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

TV/VIDEO

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

FOTO

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

ELEKTRONIK

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

AUTO

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

ENTWICKLUNGEN

Die neuesten Entwicklungen in der Technik

Wink aus der Zentrale?

Seit fast zwei Jahren wird das Gerücht gehandelt, daß sich der Flick-Konzern von seiner Münchener Panzer-Schmiede Krauss-Maffei trennen möchte. Immerhin mußte über die Buderus AG 1981 ein Verlust von fast 26 Millionen Mark übernommen werden, der auch nach einer höheren Gewinnabführung für 1983 noch lange nicht ausgeglichen sein dürfte. Und die Zukunft für das Waffengeschäft, bei dem Krauss-Maffei auf einem Eigenumsatz von ungefähr 350 Millionen Mark kommt, wenn man aus den knapp 1,9 Milliarden Mark die durchlaufenden Umsätze herausrechnet, sieht nicht gerade rosig aus. Schon jetzt drohen erhebliche Auftragslücken, wenn die Lieferungen des Leopold 2 ausfallen.

Neu angeheizt hat jetzt Krauss-Maffei-Chef Griesmeier das Gerücht. Was hat ihn bewogen, gegen alle Usancen und ungefragt laut über den Versicherungswert seines Unternehmens nachzudenken und ihn - was nichts über den tatsächlichen Marktwert aussagt - mit sehr hohen 700 bis 800 Millionen Mark zu beziffern? Und was veranlaßt ihn anzudeuten, daß Krauss-Maffei über "stille" Reserven in der Größenordnung von etwa 100 Millionen Mark verfügt? War's ein Wink aus der Düsselдорfer Konzern-Zentrale? Man darf davon ausgehen, daß auch das Haus Flick die alte Bör-

Bundesgenossen

Ha. (Brüssel) - Pauschale Kritik am Protektionismus läßt häufig vergessen, daß Verstöße gegen die Bestimmungen des gemeinsamen Marktes nicht die Regel, sondern die Ausnahme sind. Die große Masse des Warenverkehrs vollzieht sich nach wie vor ohne Behinderungen. Wie die EG-Kommission in ihrem Jahresbericht unterstreicht, ist die Zahl der eingeleiteten Verfahren wegen Vertragsverletzung 1983 sogar von 332 auf 289 zurückgegangen. Was noch wichtiger ist: Die Zahl der beim Europäischen Gerichtshof eingereichten Klagen verringerte sich von 50 im Jahre 1981 auf 48 im folgenden und 42 im abgelaufenen Jahr. Durchweg versuchen die Mitgliedsregierungen den Vorschriften des Gemeinschaftsrechts nachzukommen, bevor sich die Kommission zur Klageerhebung entscheidet. In den meisten Fällen hat sich das Luxemburger Gericht nämlich als Bundesgenosse der Brüsseler Behörde erwiesen. Beide Institutionen haben die Aufgabe dafür zu sorgen, daß die Spielregeln der EG eingehalten werden. Deshalb ziehen sie auch oft am gleichen Strick.

DIHT / Otto Wolff warnt auf der Jahrestagung vor überflüssigen Unkenrufen

„Die deutsche Wirtschaft hat nicht über Nacht Patina angesetzt“

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die deutsche Wirtschaft hat nicht über Nacht Patina angesetzt. Sie geht nach wie vor zur Spitze der technologisch leistungsfähigen Industrieländer. Damit wandte sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelslages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, auf der DIHT-Vollversammlung in Bonn gegen Unkenrufe über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche wäre jedoch eine untragbare Hypothek. Wolff forderte eine generelle Absenkung des Einkommensteuertarifs.

Otto Wolff von Amerongen bemängelte, daß leider aus einem gutgemeinten und zum Teil berechtigten Alarmsignal zu technologischen Versäumnissen ein Modethema geworden sei, das über Selbstzweifel zur Selbstmontage führe. Den Konkurrenten auf den Weltmärkten sollte für deren Produkte die Reklame nicht auch noch frei Haus geliefert werden. Sicherlich mangelte es noch an einer längerfristigen Fundierung eines notwendigen Strukturwandels, um Spitzenleistungen zu finden, in denen die Amerikaner Vorsprung hätten. „Aber das wird uns doch wohl gelingen“, gab sich der DIHT-Präsident sicher.

Dabei müsse allerdings der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Sinne von Leistungsfähigkeit absoluter Vorrang eingeräumt werden. Wenn die Bundesrepublik hier nicht mithalte, könne das Thema Abbau der Arbeitslosigkeit mit negativem Ergebnis abgehandelt werden. Der deutsche Export lebe derzeit im Windschatten des hohen Dollar-Kurses. Dadurch könne er noch eine Zeitlang die Konjunktur recht gut mittragen,

WÄHRUNGEN

Dollar geriet unter Druck

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Der Dollar ist vorgestern in New York und gestern weltweit an den Devisenmärkten ohne erkennbaren besonderen Anlaß unter spürbarem Druck geraten. In der Bundesrepublik wurde die amtliche Notiz von 2,7430 auf 2,6950 DM zurückgenommen; vorbörslich und nachbörslich unterschritt der Dollar die Marke von 2,69 DM noch etwas. Gleichzeitig gewann die D-Mark an Boden, so daß sich der Schweizerfranken von 122,48 auf 122,00 DM verbilligte.

Im Devisenhandel waren zwar viele Experten schon seit langem überzeugt, daß der Dollarkurs sinken müsse; dennoch war gestern in diesen Kreisen Erstaunen über den plötzlichen Rückgang festzustellen. Allgemein ist zu beobachten, daß seit etwa zwei bis drei Wochen alle möglichen bekannten Argumente und Ereignisse, die zu einer Haussemomenten für den Dollar galten, weniger Beachtung finden. So hat der Markt gestern zum Beispiel überhaupt nicht auf den stärker als erwartet ausgefallenen Anstieg der US-Einzelhandelsumsätze reagiert; und als der Gewinn des Dollars auslief, drehte die Tendenz plötzlich nach unten. Stärker als bisher wird am Markt seit kurzem alles registriert, was für einen Kursrückgang des Dollars spricht, auch wenn die Begründungen schon unalt sind.

An den Fakten, die für die Bewertung des Dollars eine Rolle spielen, habe sich nichts geändert, so heißt es in Expertenkreisen.

WERFTEN

EG genehmigt weitere Hilfen

WILHELM HADLER, Brüssel
Um zwei weitere Jahre hinaus schieben will die EG-Kommission die Verpflichtung zum Abbau der staatlichen Subventionen in der Werftindustrie. Dem notleidenden Sektor soll damit erneut eine Frist zur Anpassung an die internationale Konkurrenz eingeräumt werden. Die Behörde hat dem Ministerrat vorgeschlagen, die am Jahresende auslaufende 5. Schiffbau-Richtlinie bis Ende 1986 zu verlängern. Erst danach soll auf eine massive Degression der Beihilfen hingewirkt werden.

Voraussetzung für eine Genehmigung der Subventionen sollen jedoch Maßnahmen zur Umstrukturierung sein, die auch neue erhebliche Kapazitätsstillelegungen einschließen. Die Kommission will hohe Finanzsprünge zulassen, soweit sie zeitlich begrenzt sind und die Werften detaillierter Modernisierungspläne vorlegen.

Eine Reduzierung der Beihilfen sei in den nächsten drei Jahren angesichts der verschärften Krise im Schiffbau schwer vorstellbar, meinen die Brüsseler Wettbewerbsbehörden. Auf jeden Fall gelte es aber sicherzustellen, daß kein Beihilfenwettbewerb entsteht und daß die Werften, die bereits Anstrengungen zur Umstrukturierung unternommen haben, nicht durch die Subventionen zugunsten anderer Betriebe geschädigt würden. Schuld am schlechten Zustand der europäischen Werften ist nach Meinung der EG-Behörde nicht nur eine strukturell bedingte geringere Wettbewerbsfähigkeit.

Sorge über Etat-Defizite

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Oh die Blütenträume in der OECD reifen, wird sich erst im Mai auf der Jahrestagung ihres Ministerrats zeigen. Aber die Wirtschafts- und Finanzminister haben jetzt in Paris doch gewisse Grundlagen dafür gelegt, daß sich die Regierungen der westlichen Industriestaaten in wichtigen Fragen zu einer gemeinsamen Politik entschließen.

Das Kernproblem heißt: Wie kann ein sozial akzeptables Beschäftigungswachstum erreicht und gleichzeitig der Protektionismus abgebaut werden. Der Zeitpunkt für gemeinsame Lösungsversuche erscheint günstig, nachdem die Rezession überwunden und ein ziemlich inflationärer Wirtschaftsaufschwung begonnen hat.

Allerdings dürfte es den Ministern nicht leicht fallen, ihren jetzt bekundeten guten Willen in die Tat umzusetzen. Jedenfalls gehen die Auffassungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weit auseinander. Allgemein kam es bei der Identifizierung der Probleme aber zu einer sehr weitgehenden Konvergenz der Ansichten.

Übereinstimmung herrschte jedenfalls darüber, daß die westlichen Industriestaaten mehr oder weniger über ihre Verhältnisse leben. Ihre Staatsausgaben, die Defizite ihrer Staatshaushalte und ihre Staatsverschuldung haben inzwischen ein „exzessives“ Ausmaß erreicht.

Selbst die amerikanische Delegation bekundete die Entschlossenheit, dem Problem des Haushaltsdefizits jetzt ernsthaft zu Leibe zu rücken. Das enorme US-Defizit wurde von ihr ausdrücklich als Bedrohung des Weltwirtschaftsaufschwunges anerkannt.

Beim OECD-Sekretariat selbst ist man allerdings eher skeptisch. Eine von ihm nach der Sitzung veröffentlichte Untersuchung, die den Ministern in vertraulicher Fassung vorgelegt hatte, kommt jedenfalls zu keinem sehr versöhnlichen Ergebnis. Darin wird insbesondere festgestellt, daß die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedsstaaten unter Einschluss der Sozialausgaben im Durchschnitt inzwischen fast 50 Prozent des Sozialprodukts erreicht haben, gegenüber erst 30 Prozent 1960. Diese Entwicklung wird nicht nur auf die Folgen der Rezession, sondern auch auf verstärkte Staatsinterventionen

und übermäßig gestiegene soziale Ansprüche zurückgeführt. Gleichzeitig verschlechterte sich die Ausgabenstruktur. Es dominieren immer mehr die Konsum- und Transferausgaben zu Lasten der öffentlichen Investitionen. Der Anteil der Staatsausgaben zu Gunsten der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie für die Verzinsung der Staatsschuld nahm zwischen 1960 und 1983 von 40 auf 50 Prozent zu. Das Sekretariat hält diese Entwicklung für „beunruhigend“.

Allein die Sozialausgaben (Gesundheit, Erziehung, Pensionen, Ressourcengarantie usw.) erreichen im OECD-Durchschnitt 60 Prozent aller öffentlichen Ausgaben, gegenüber 50 Prozent vor dreizehn Jahren. Bis 1990 erwartet das OECD-Sekretariat für die sieben größten Mitgliedsstaaten eine Zunahme der Sozialausgaben um jährlich mehr als real ein Prozent. Dies würde gegenüber der bisherigen Tendenz zwar eine gewisse Abflachung bedeuten. Sie sei aber lediglich demographischen Gründen zuzuschreiben: Die Verminderung des Geburtenanstiegs wird größer als der Rentenzuwachs sein. Andererseits aber würden insbesondere aus der fortschreitenden Arbeitslosigkeit steigende Sozialausgaben entstehen.

In Folge dieser Entwicklung rechnet das Sekretariat mit einer weiteren Zunahme der realen Budgetdefizite, die inzwischen bereits durchschnittlich 4 Prozent des Sozialprodukts - mit Spitzen von 12 Prozent - erreicht haben. Dieser Anteil verdoppelt sich damit allein innerhalb der letzten vier Jahre. Er entspricht nunmehr 20 Prozent der privaten Bruttoersparnisbildung. Immerhin wurde das Gewicht der strukturellen Haushaltsdefizite inzwischen etwas vermindert.

Andererseits wurden die Staatshaushalte durch die zunehmenden Zinslasten der Staatsverschuldungen stärker belastet. Der Anteil dieser Schulden am Sozialprodukt nahm zwischen 1978 und 1984 um 10 Punkte zu. Das OECD-Sekretariat sieht darin einen ganz wesentlichen Grund für den Anstieg des Realzinses und damit für die Abnahme der Kapitalbildung. Dadurch sei nicht nur die Investitionstätigkeit, sondern auch der Kapitalexport in dritte Länder behindert worden.

AUF EIN WORT



„Dadurch, daß die Regierung eindeutig auf das Leistungsprinzip, auf Privatinitiative, auf Innovationen- und Investitionstätigkeit zur Rückgewinnung einer nachhaltigen Wachstumsdynamik setzt, hat sie allein noch keine Garantie für einen Aufschwung nach altem Strickmuster. Vielmehr gilt es konsequent, die Wirtschaftspolitik noch eindeutiger den ordnungspolitischen Grundsätzen des marktwirtschaftlichen Prinzips zu unterwerfen.“

Gerhart Klamert, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes, München.
FOTO: Klaus Hempel

Banken: Belebung setzt sich fort

AP, Köln
Die Belebung der Wirtschaft setzt sich nach Auffassung der deutschen Banken fort. Wie der Bundesverband deutscher Banken in Köln erklärte, wird die Erholung derzeit vor allem vom Auslandsgeschäft getragen. Zwar gehe der Export in Öl- und Entwicklungsländer zurück oder stagniere, doch habe vor allem der Aufschwung in den USA die Nachfrage nach deutschen Waren verstärkt. Die Kaufkraft der privaten Haushalte sei gestiegen. Die Sparquote habe sich auf niedrigem Niveau stabilisiert.

EIGENHEIM-BESTEuerung

Erstes Gespräch Schneider-Stoltenberg ohne Ergebnis

GISELA REINERT, Bonn
Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) und Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) haben bei ihrem ersten Treffen keine Einigkeit über Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft erzielt. Nach Angaben des Bauministeriums lag der Schwerpunkt der Unterredung bei einer möglichen Entlastung von selbstständigen Eigenheimern durch eine Neufestsetzung der steuerlichen Rahmenbedingungen.

„Es ist keine Entscheidung für eine Option auf einen bestimmten Lösungsweg getroffen worden“, teilte das Haus Schneider mit. Es sei lediglich ein Einstieg in die Diskussion gewesen. Das Treffen habe der Orientierung gedient.

Es ist bekannt, daß Wohnungsbauminister Schneider für einige Projekte die Zustimmung, das heißt das Geld aus der Staatskasse brauche, das Finanzminister Stoltenberg aber weitgehend ablehnen möchte, um die Neuverschuldung zu senken. Schneider muß jedoch an die Zeit denken, zu der die Förderprogramme für den Wohnungsbau auslaufen wie zum Beispiel der erweiterte Schuldzinsabzug, der 1986 ausläuft. Die neue Koalition aus CDU/CSU und FDP hatte nach der Regierungsübernahme im Herbst 1982 Geld in den Wohnungsbau gesteckt, um mit Hilfe seiner Vorreiterrolle die Konjunktur anzukurbeln. Es scheint jedoch fraglich, ob sich der Finanzminister beiräumen wird, die Finanzierung neuer Programme zuzusagen. Es soll aber bei der bisherigen Terminplanung bleiben, nach der die Bundesregierung bis spätestens Mitte des Jahres ein Konzept zur Wohnungsbauförderung vorlegen will.

GESPRÄCHE EG-JAPAN

Die Brüsseler Delegation erkennt kleine Fortschritte

FRED de LA TROBE, Tokio
Bei den dreitägigen Verhandlungen zwischen Japan und der Europäischen Gemeinschaft in Tokio, die am Mittwoch endete, wurden „kleine Fortschritte“ erzielt. Das erklärte der Leiter der EG-Delegation, Leslie Fielding, der die Atmosphäre bei den Gesprächen als sachlich und freundlich bezeichnete.

Das ständig weiterwachsende Defizit der europäischen Zehnergemeinschaft mit Japan sei aber Anlaß zu ernstster Sorge. Nach EG-Statistiken habe es 1983 zwölf Milliarden Dollar betragen, nach japanischen Angaben 10,4 Milliarden Dollar, 9,5 Prozent mehr als im Jahr vorher. In den drei bis vier letzten Monaten gehe es allerdings Anzeichen erhöhter japanischer Importe aus Europa. Es sei aber zu befürchten, daß diese Entwicklung durch steigende Bezüge der EG aus Japan, die auf die größere Verbrauchernachfrage in Europa zurückgehe, mehr als ausgeglichen würde. Laut Fielding legten die europäischen Unterhändler Nachdruck auf die Forderung, daß die Japaner die in zwei Maßnahmenpaketen während des letzten Jahres beschlossenen Importerleichterungen in die Praxis umsetzen. Die EG-Delegation legte eine Liste mit fünf Forderungen vor.

Im einzelnen handelt es sich bei den fünf Forderungen um Erleichterungen bei den Bestimmungen über Standards und Zulassung von Pharmazeutika, Chemikalien und anderen Erzeugnissen, um Maßnahmen zur Verbesserung des Marktzugangs einiger landwirtschaftlicher und industrieller Produkte, um den Abbau von Hemmnissen im japanischen Vertriebssystem, verbesserten Schutz für europäische Handelsmarken und leichteren Zugang zum japanischen Kapitalmarkt. (SAD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preisanstieg hat sich stark abgeschwächt

Paris (J.Sch.) - Der Preisanstieg in den westlichen Industriestaaten (OECD) hat sich im letzten Jahr weiter abgeschwächt. Die durchschnittliche Inflationsrate, die nach einem Rekord von 13 Prozent 1980 auf 10,5 Prozent 1981 und 7,8 Prozent 1982 zurückgebracht worden war, erreichte nach Angaben des OECD-Sekretariats 1983 nur noch 5,3 Prozent. Die größten Stabilitätsfolge konnte Japan erzielen mit einer Teuerungsrate von 1,9 Prozent 1983. Es folgten die Bundesrepublik mit drei und die USA mit 3,2 Prozent. Die höchsten Inflationsraten wiesen in der OECD Portugal (25,5), die Türkei (28,8) und Island (86,7) aus.

Rohstahlproduktion

Essen (dpa/VWD) - Die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik wird nach Schätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) 1984 mit 37 bis 38 Millionen Tonnen leicht über der des Vorjahres (36,7 Millionen Tonnen) liegen. In den nächsten Monaten werde die Nachfrage nach Stahl nicht nur in anderen Industrieländern der westlichen Welt, sondern auch in der Bundesrepublik vermutlich noch weiter steigen.

Direktinvestitionen in USA

Washington (Sbt.) - Nach einem Rückgang, der drei Jahre anhielt, nehmen in den USA die privaten ausländischen Direktinvestitionen in der Wertverarbeitenden Industrie zu. Nach einer Umfrage des Conference Board in New York wurden im vergangenen Jahr 280 Projekte verwirklicht, gegenüber 271 im Vorjahr. 1979 waren noch 431 Vorhaben registriert worden. Von den Neuinvestitionen entfielen 57 auf Großbritannien, 49 auf Japan, 47 auf die Bundesrepublik, 36 auf Kanada und 20 auf die Schweiz. Als Standort lag New York vorn, gefolgt von North Carolina, Kalifornien und Texas.

Steuerliche Förderung

Bonn (Hf) - Besonders kostspielige Energiesparmaßnahmen werden auch weiterhin durch erhöhte Ab-

schreibung steuerlich gefördert. Das Bundeskabinett hat jetzt eine Neufassung des Paragraphen 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung beschlossen und dem Bundesrat zugeleitet. Der Steuerpflichtige kann von den Herstellungskosten im Herstellungsjahr und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu zehn Prozent unter anderem in folgenden Fällen absetzen: Anschluß an eine Fernwärmeversorgung; Einbau von Wärmepumpen, Solaranlagen und Anlagen zur Wärmerückgewinnung sowie für die Errichtung von Windkraft- und Biogasanlagen. Die Vergünstigung gilt nur für den Fall, daß keine Investitionszulage gewährt wurde.

Kurzarbeit bei Grundig

Nürnberg (VWD) - In der Videokorderproduktion der Grundig AG wird im März für 14 Tage Kurzarbeit. Wie ein Sprecher des Unternehmens dazu erklärte, sei dies wegen einer Bandumstellung und der Umorganisation der Produktion im Werk Langwasser erforderlich. Die Vermutung, daß diese Umstellung die Produktion von VHS-Recordern einleite, wies der Unternehmenssprecher zurück.

Für Selbsthilfe

Bonn (Hf) - Gegen ein Verbot von Verkäufen unter dem Einstandspreis hat sich der Präsident des Bundeskartellamtes, Wolfgang Kartte, gestern in Bonn ausgesprochen. Da die Preisgestaltung ein wesentliches Element des Wettbewerbs sei, werde sich das Bild der Marktwirtschaft durch ein solches Verbot entscheidend verändern. Es sei darum nötig, daß die Wirtschaft Mißstände durch eigene Selbsthilfemaßnahmen beseitige. Damit erteilte der Präsident entsprechenden Initiativen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung eine klare Absage.

Diskontsatz heraufgesetzt

Brüssel (AP) - In Belgien ist der Diskontsatz von der Staatsbank um ein auf elf Prozent heraufgesetzt worden. Die Staatsbank begründete die Maßnahme mit „anhaltenden Spannungen“ an den belgischen und internationalen Devisenmärkten.

Frage: Auf welcher Messe finden Sie den aktuellen Stand der Forschung?
Neue, anwendungsfähige Technologien? Die wichtigsten Ergebnisse aus der Industrie?
Aus Forschungsinstituten und Hochschulen? Richtungweisendes Know-how für Produktentwicklung und Fertigung?
Alles über Patente, Lizenzen und Joint Ventures?
Auf dem wichtigsten Innovationsmarkt für die Wirtschaft?

Antwort: **Forschung und Technologie**

... auf der Messe der Messen

Mittwoch, 4. - Mittwoch, 11. April

Hannover Messe '84

[illegible]

DEUTSCHE PFANDBRIEFANSTALT

Mehr Darlehenszusagen

CLAUS DERTINGER, Wiesbaden. Vor altem großen Hoffnungen auf einen Zinrückgang warnt Ludwig Schork, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden, die im letzten Jahr ihre Darlehenszusagen weiter von 10,1 auf 10,3 Mrd. DM gesteigert und ein deutlich besseres Betriebsergebnis erzielt hat, das auch im Anstieg des Jahresergebnisses nach Risikoversorge zum Ausdruck kommt. In diesem Jahr, so glaubt Schork, werde das Neugeschäft nicht wieder ein so hohes Volumen wie in den beiden Vorjahren erreichen, in denen die Wohnungsbaufinanzierung von der staatlichen Förderung und teilweise auch von den niedrigen Zinsen profitierte. Trotz einer zu erwartenden Beruhigung im Wohnungsbau teilt der Depfa-Chef nicht den Pessimismus des Verbands der privaten Hypothekendarlehenbanken, der für 1985 einen Einbruch an die Wand malt.

Das Hypothekengeschäft mit 4,1 (Vorjahr: 2,7) Mrd. DM Zusagen hat sich wieder mehr auf Finanzierungen mit fünfjähriger Zinsbindung (44 nach 38 Prozent) eingestellt. Bei der Verwendung der Mittel standen Mo-

derisierung, Instandsetzung und Umschuldung mit einem Anteil von 87 Prozent abermals im Vordergrund und bei der Finanzierung von Neubauten dominierten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (58 Prozent). Im Kommunalgeschäft wurden 6,2 (7,3) Mrd. DM zugesagt. Ausgezahlt hat die Depfa 9,94 (9,88) Mrd. DM mittel- und langfristige Darlehen. Der Darlehensbestand stieg von 43,4 auf 48,4 Mrd. DM, die Bilanzsumme von 46,7 auf 51,9 Mrd. DM. Zur Refinanzierung nahm die größte deutsche Hypothekendarlehenbank, die sich überwiegend in Bundesbesitz befindet, 8,6 (8,8) Mrd. DM durch den Absatz von Wertpapieren und Schuldscheinen auf.

Zugenommen haben, wie allgemein in der Branche, die Zwangsmaßnahmen vor allem in Norddeutschland. Bei 55 Zwangsversteigerungen erlitt die Depfa 3,9 Mill. DM Verluste, von denen 2,7 Mill. DM durch Einzelwertberichtigungen gedeckt sind. Auch für dieses Jahr erwartet die Bank noch kein Abflauen der Zwangsmaßnahmen. Die meisten Notfälle werden schon im „Vorfeld“ aufgefangen.

MTU / Auftragsbestand stimmt zuversichtlich - Erst in zwei Jahren wieder Wachstum - Umsatzplus bei Kühnle

Stärkere Ausrichtung auf den Zivilbereich geplant

DANKWARD SEITZ, München. Auf eine Phase der Konsolidierung hat sich die MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München/Friedrichshafen, für die kommenden Jahre eingestellt. Erst von 1986/87 an kann, wie Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung, jetzt erläuterte, wieder mit einem langsamen Wachstum gerechnet werden. Der Auftragsbestand der Gruppe, die 1983 nach vorläufigen Zahlen auf einen Gesamtumsatz von rund 2,2 Mrd. DM (plus 2,3 Prozent) kam, von 3,4 Mrd. DM (plus 2,8 Prozent) stimme allerdings zuversichtlich, bis dahin einigmaßen über die Runden zu kommen. Entsprechend liegt der Planumsatz für 1984 mit 2,1 Mrd. DM etwas unter dem Vorjahreswert.

Für den Bereich Strahltriebwerke, der in München angesiedelt ist, erwartet Zimmermann erst ab 1986 eine allmähliche Belebung der Nachfrage. Dann wird nämlich mit dem Anlaufen der Ersatzbeschaffungswelle bei den internationalen Luftverkehrsgesellschaften gerechnet. Um daran entsprechend partizipieren zu können, will MTU in nächster Zeit

verstärkt in den zivilen Bereich einsteigen, der 1983 erst 20 Prozent zum Triebwerksumsatz in Höhe von rund 1 Mrd. DM (plus 1,9 Prozent) beisteuerte.

Ziel der MTU ist es, wie Zimmermann ausführte, an der Entwicklung aller künftigen Triebwerke mit 10 bis 11 Prozent beteiligt zu sein, was einem Weltmarktanteil für MTU von etwa 5 Prozent entsprechen würde. Hoffnungen setzt man vor allem auf das Triebwerk V 2500 für den geplanten „kleinen“ Airbus A 320 sowie die Weiterentwicklung des Pratt & Whitney-Triebwerks JT8D, an dem MTU mit rund 12 Prozent beteiligt ist. Daneben verfügt man schon über einen Auftragsbestand von 175 Mill. DM für das Triebwerk PW 2037, mit dem ab Mitte 1984 die ersten Boeing 757-Flugzeuge ausgestattet werden.

Vorerst wichtigster Umsatzträger bleibt aber noch das Triebwerk für das Kampfflugzeug „Tornado“, dessen Lieferungen ab 1988 langsam auslaufen. Danach wird im militärischen Bereich ein Auftragsloch entstehen, das Zimmermann erst ab 1991 mit einer möglichen Produktion des ge-

planten „Jägers 90“ rechnet. Eine gewisse Entlastung könnte der Panzerhubschrauber PAH-2 bringen, über dessen Entwicklung noch im laufenden Jahr entschieden werden soll. Noch aber verfügt MTU-München Ende 1983 über einen Auftragsbestand von 2,1 Mrd. DM (plus 43 Prozent).

Auf eine Konsolidierungsphase stellt man sich auch bei MTU-Friedrichshafen ein, wo Dieselmotoren und Steuerungselemente für Schiffe, Eisenbahn und Schwerfahrzeuge hergestellt werden. Dieser Markt erweise sich, so Zimmermann, bei zunehmend härterem Wettbewerb als immer schwieriger. Aufgrund des geringen Auftragsbestandes mussten in Friedrichshafen in den letzten 14 Monaten 4000 Mitarbeiter an einem Tag pro Woche kurzarbeitet. Trotzdem konnte das Unternehmen den Umsatz leicht um 2,2 Prozent auf 1,15 Mrd. DM steigern.

Zuversichtlich stimmte nach den Worten von Zimmermann, daß aufgrund einiger Großaufträge der Auftragsbestand 1983 kräftig um 28 Prozent auf 1,18 Mrd. DM gestiegen ist, so

daß man am Jahresende über einen Auftragsbestand von 1,3 Mrd. DM verfüge. Allerdings sei die Kapazitätsauslastung für 1984 noch nicht gewährleistet, jedoch habe man die Kurzarbeit ab Ende Februar aussetzen können.

Aufgestockt hat die MTU 1983 ihre Beteiligung am Stammkapital (7 Mill. DM) der Kühnle, Kopp & Kausch AG (KKK), Frankenthal, und zwar um 11 Prozent auf 61,56 Prozent. Daneben hält man unverändert 25 Prozent am Vorzugskapital von ebenfalls 7 Mill. DM. Das KKK-Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) bezeichnete Zimmermann als insgesamt positiv. Bei sehr unterschiedlichem Geschäftsverlauf in einzelnen Sparten habe KKK ein Umsatzplus von 9,7 Prozent auf 201,5 Mill. DM erzielt. Als „planmäßig“ wertete Zimmermann den 1983 entstandenen Verlust von rund 15 (18) Mill. DM bei der MTU Maintenance GmbH, Hannover, die Flugzeugtriebwerke wartet und 1983 einen Umsatz von 31 (20) Mill. DM erzielte. Dies seien normale Anlaufverluste, die man nicht überbewerten dürfe.

FORSCHUNG

Förderbetrag jetzt angehoben

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat die Konditionen für die externe Vertragsforschung verbessert. Ziel der indirekten Forschungsförderung ist es, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu technischem Wissen zu erleichtern. Die Umsatzgrenze für die antragsberechtigten Unternehmen wird jetzt von 200 auf 500 Mill. DM erhöht. Wenn diese Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte vergeben, können sie vom Bonner Forschungsministerium einen Zuschuß in Höhe von 30 Prozent der Projektkosten, höchstens jedoch 120 000 DM je Unternehmen und Jahr, erhalten.

Für kleinere Unternehmen (bis 50 Millionen DM Umsatz) wird der Förderbetrag von 30 auf 40 Prozent erhöht. Allerdings bleibt es auch hier bei dem Höchstförderbetrag von 120 000 DM. Künftig sind auch Tochterunternehmen von Großunternehmen als Antragberechtigten zugelassen. Neu ist ebenfalls, daß auch technisch-wissenschaftliche Durchführbarkeitsstudien zur Vorbereitung von Produktentwicklungen gefördert werden können.

KRUPP-KONZERN / Verluste bei Stahl belasten

Weltweit noch gut behauptet

HARALD POSNY, Düsseldorf. Angesichts der weltweit schwierigen Wirtschaftslage hat sich der Krupp-Konzern 1983 „gut behauptet“. In einer ersten Übersicht des heftigen, das Ergebnis sei durch Verluste im Stahlbereich und Belastungen von der AG Weser beeinflusst worden. Dagegen konnten in der Verarbeitung sowie bei Handel und Dienstleistungen positive Ergebnisse erzielt werden. Weltweit beschäftigte der Konzern zum Jahresbeginn 1984 rund 71 000 Menschen, etwa 7200 weniger als vor einem Jahr. Dies wird vor allem auf die Bereiche Stahl, Schiffbau und Industrieanlagen zurückgeführt.

Der Auftragseingang (Krupp Welt) lag Ende 1983 mit 15,7 Mrd. DM um 3,1 Prozent unter dem Vorjahr. Rückläufig war jedoch nur der Sektor Industrieanlagen mit fast 2,5 Mrd. DM (minus 35 Prozent), eine Folge des Nachfrageschwundes aus Opec-Ländern. Das Inlandsgeschäft spürte den Auftragsrückgang mit einem Rückgang

um 3 Prozent auf 8,9 Mrd. DM. Im Export wurden Aufträge für 5,5 Mrd. DM hereingebracht. Der Auftragsbestand erreichte rund 12 Mrd. DM (minus 12 Prozent). Der Umsatz im Konzern stieg um 2 Prozent auf 17,1 Mrd. DM. Hier hat sich vor allem der Exportumsatz durch Abrechnung größerer Anlagenaufträge um 12 Prozent auf 6,3 Mrd. DM ausgeweitet.

In den einzelnen Bereichen ist die Auftragsentwicklung unterschiedlich verlaufen. Beim Edelstahl setzte sich eine Belebung durch. Bei Grund- und Qualitätsstahl führten subventionierte Importe und nachgebende Preise zu einem unbefriedigenden Verlauf. Die EG-Produktions- und Lieferquoten ließen nur eine unzureichende Kapazitätsauslastung zu. Der Schiffbau war von ungenügenden Aufträgen, das Industriegeschäft durch Zahlungsbilanzprobleme vieler Exportländer beeinträchtigt. Im Maschinenbau sorgten neben der Wehrtechnik die meisten zivilen Aktivitäten für einen beachtlichen Aufschwung.

SCHWABENGARAGE / Größter Ford-Händler

Privat-Leasing wird forciert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit einem guten Autojahr 1984 rechnet die Schwabengarage AG, Stuttgart, der Welt größter Ford-Händler. Vorstandssprecher Lothar Pulvermüller erwartet für das laufende Jahr im Pkw-Markt einen Zuwachs der Zulassungen zwischen 3 und 7 Prozent. Für sein Haus selbst prognostiziert Pulvermüller, der im Typ „Sierra“ weiterhin ein Zugpferd des Ford-Programms sieht, ein Absatzvolumen (einschließlich Leasing) von 17 000 bis 18 000 Einheiten und einen Umsatz von über 500 Mill. DM. Kopfzerbrechen bereitet weiterhin die Auslastung der Werkstätten, wemgleich hier nicht kurzgearbeitet werde. Unsicherheit besteht auch für den Baumaschinen-Bereich, denn hier vertreibt die Schwabengarage das Programm der in Konkurs befindlichen Hanomag GmbH.

Im Geschäftsjahr 1983 hat die Schwabengarage ihren Brutto-Umsatz um 15,2 Prozent auf 500 Mill. DM gesteigert. Ausgeliefert wurden ins-

gesamt 16 790 Ford-Fahrzeuge, das waren 22,4 Prozent mehr als im Jahr davor. Hieran hatte der „Sierra“ mit 35 Prozent den größten Anteil. Der Leasing-Umsatz nahm um 10,8 Prozent auf 63,3 Mill. DM zu. In diesem Bereich will die Schwabengarage das Privat-Leasing noch stärker forcieren und rechnet für das laufende Jahr mit einem Zuwachs von 25 Prozent. Bei Baumaschinen wurden 21,8 (19,6) Mill. DM umgesetzt.

Investiert wurden 17 Mill. DM, für 1984 sind 13 Mill. DM vorgesehen. Deutlich verbessert habe sich – so Pulvermüller – das Ergebnis. Er rechnet neben einer Stärkung der Rücklagen mit einer zweistelligen Dividendenausschüttung. Außerdem peile man eine Kapitalerhöhung an. Für 1982 waren auf das 15 Mill. DM betragende Aktienkapital 6 Prozent ausgeschüttet worden. Schachtelbeteiligungen halten jeweils die Gothaer Versicherungsgruppe, die Suevia Verwaltungsgesellschaft und die Stuttgarter Straßenbahnen.

KALK WÜLFRATH / Start im neuen Jahr günstiger

Ergebnis stark verbessert

HARALD POSNY, Wülfrath

Die ersten 4 Monate des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) signalisieren bei der Unternehmensgruppe Wülfrath (Rheinische Kalksteinwerke GmbH und Dolomitwerke GmbH) wesentlich günstigere Ausgangspositionen als im Jahr zuvor. Franz J. Hufnagel, Sprecher der Geschäftsführung der beiden in Personalunion geführten Unternehmen, bezifferte sowohl den Absatz als auch Umsatzplus auf 20 Prozent, schränkte dieses Wachstum jedoch mit dem Hinweis auf das „verheerende“ Vergleichstier 1982/83 ein.

Hufnagel wie auch Finanz-Chef Wolfgang Bergner verzeichneten 1982/83 dennoch ein „gutes Ergebnis in einem schwierigen Jahr“. Es stand im Zeichen weiter rückläufiger Absatz- und Umsatzentwicklung.

Die Gruppe Kalk Wülfrath mußte wegen der schlechten Lage in der Stahlindustrie sowie in der noch nicht wieder auf Touren gekommenen Bauwirtschaft den Absatz ge-

brannter wie ungebrannter Kalksteine um 10 Prozent zurücknehmen. Im Konsolidierungskreis gingen die Umsätze bereinigt um die Siporex-Aufgabe von 449 (1982/83) auf 444 Mill. DM zurück.

Gleichwohl hat sich das Ergebnis von 4 auf 20 Mill. DM verbessert. Auf 21 Mill. DM halbierte Sachinvestitionen wurden durch Abschreibungen von 35 (41) Mill. DM überdeckt. In Forschung und Entwicklung wurden weitere Fortschritte erzielt.

Die Schwestergruppe Dolomit Wülfrath hatte 1982/83 ebenfalls unter der Krise bei Stahl und Eisen zu leiden. Besonders rückläufig war die Produktion von Feuerfest-Erzeugnissen, dem Schwerpunktprodukt (minus 16 Prozent). Hier sanken auch die Exporte. Der Umsatz im Konsolidierungskreis verringerte sich um 7,4 Prozent auf 252 Mill. DM. Die Investitionen hielten sich mit 21 Mill. DM in etwa auf Vorjahreshöhe. Das Organisergebnis lag mit 7 (5,6) Mill. DM deutlich über dem Vorjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Branschweig: Hans Brund Nachfolger GmbH; Bremen: FIGURELLA-Figur- u. Schankheitsinstitut GmbH; Gütersloh: Klaus Frieske, Rheda-Wiedenbrück: Hamburg: „da capo“ Finkenburg u. Hornburg GmbH; Heidelberg: ZBB Zischen- u. Bürobedarf-GmbH, Waldorf/Baden: Herford: E. Tappe Chemie GmbH, Bünde: Karlsruhe: Heide Brunner; Koblenz: Nachl. d. Adolf Wilhelm Zimmermann, Völklingen: Köln: Pfeiffer GmbH Baumanneuerung; Langen: Jürgen Opitz, Schiffdorf-Sellstedt; Marburg: Kurt Gräser; Neustadt: Fritz Blanke; Remscheid: Bernd Wilms; Solingen: Stuttgart-Bad Cannstadt: Friedrich Geiger; Wesel: Tele-Fortuna-Fernsehen-Video-Produktions-Vertriebs- und Verlags GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Augsburg: Spornels Delikatess-Sauerkraut-Fabrik u. Gurkeneinlegeerei; Gummersbach: B + F Stanzbiegetechnik GmbH, Hückeswagen.

Vergleich beantragt: Augsburg: EKATIT Bedienung Verwaltungs-AG; Burgwedel: Ges. f. Geschäftsführung u. Betriebsplanung mbH, Isernhagen; KG in Fa. Treuhändiges f. Immobilien GmbH & Co., Vermittlung, Verwaltung, Verwertung, Isernhagen; Essen: Mönninghoff Handel GmbH, Hattingen; Köln: Inge Groß.

Ladylike ist eine Speicher-Schreibmaschinen-Serie, die schnell und leise arbeitet. 1.200 Anschläge in der Minute. Und jeder einzelne gestochen scharf, wie gedruckt.

Routinearbeiten sind ständig an der Tagesordnung. Immer die gleichen Angebotsbriefe, Standard-Verräge, X-mal „Sehr geehrte Herren“, „Mit freundlichen Grüßen“ usw., usw. Was Sie heute Zeit und Nerven kostet, erledigt Ladylike automatisch. Einmal in den Speicher eingeben, reicht ein Fingerdruck, und Ladylike schreibt ganz allein. Alle Ladylike Speicher-Schreibmaschinen der Xerox 600 Serie verfügen über eine flexible Speicherkapazität, die sich beliebig erweitern läßt. Schön zu wissen, daß Ladylike außerdem eine Tastatur hat, die Sie gewohnt sind. Dazu Sensortasten mit leicht verständlichen Symbolen für die unterschiedlichsten Zusatzfunktionen. Und einen praktischen Korrekturspeicher für die jeweils letzten 4 Zeilen. Wann soll Ladylike bei Ihnen loslegen?

Ladylike. Die Lady unter den Schreibmaschinen.

Abschreiben und absenden an:
Rank Xerox GmbH, Alte MKO 9
Postfach 110 950, 4000 Düsseldorf 11.
Ich möchte Ladylike kennenlernen.
Geben Sie mir nähere Informationen.

Name: _____

Firma: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____



RANK XEROX®

Berufshandel kaufte Aktien zurück

Nur vereinzelt neue Anschaffungen ausländischer Anleger

DW. - Mit freundlicher Aktienkursen künftigen der deutschen Börsen am Mittwoch die Erholung an der New Yorker Wall Street. Nach dem der deutsche Berufshandel seine Bestän-

de so gut wie total ausverkauft hatte, begann er am Mittwoch schon vorläufig mit Rückkäufen. Die private Kundenschaft blieb weitgehend noch in ihrer Reserve.

Der Berufshandel stieg vor allem bei solchen Werten ein, die seiner Meinung nach von den nächsten Kaufwelle ausländischer Investoren profitieren müßten. BMW kletterten um 5 DM. Die Deutsche Bank war unter den Großbankaktien mit plus 9 DM Spitzenreiter. Allerdings gewannen auch Commerzbank 6 DM und Dresdner Bank 3,50 DM. Siemens stiegen um 5 DM. AEG gaben gegen den Trend vorübergehend bis um sechs DM nach, und PKI, die in den letzten Tagen stark geschwankt hatten, zogen zeitweise um 14 DM. Die Deutsche Bank gaben freundlich, Stahlwerte gut gehalten. Maschinenwerte uneinheitlich.

Düsseldorf: Aigner erhöht um 6 DM. Conc. Chemie um 10 DM und Hind. Auffermann um 6 DM. Stahlwerke Bochum stockten um 5 DM und Schiess um 4,50 DM auf. Nachgefragt haben AEG Kabel

Rehdyd um 10 DM und DAT um 4,50 DM. Buckau verloren 5 DM und Ver. Rumpus 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchener Bk. um 1 DM, Allianz Vers. um 10 DM und Agrippina um 20 DM.

Frankfurt: Platt-Benzgrechte hielten erstmalig 3,50 DM bei. 4100 Stück. Umsatz: BHF Bank-Bank 13,50 DM bei 43000 Umsatz. BHF Bank-Aktien 295 DM plus 1,50 DM. Binding 37,50 DM plus 7,50 DM. Braun-Vorzugsaktien 348 DM plus 10 DM und Deutsche Continental-Rückversicherung-Inhaberschuld 2490 DM minus 100 DM.

Hamburg: Borsdorf konnten sich um 5 DM auf 360 DM und Reichelt um 4,40 DM auf 136,50 DM erhöhen. Auch HEW lagen um 2 DM. Hinder. Auffermann um 6 DM. Stahlwerke Bochum stockten um 5 DM und Schiess um 4,50 DM auf. Nachgefragt haben AEG Kabel

Nagelmann		H.2.		H.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.		K.2.	
-----------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--	------	--

Die ARD kauft US-Filme für 230 Millionen Mark

Bond im Pantoffelkino

Nach einem halben Jahr turbulenten Verhandlungen, deren dritte und letzte Runde vom 4. bis 10. Februar 1984 in London absolviert wurde, haben sich die „Degeto-Film GmbH“ und die US-Gesellschaft „Metro-Goldwyn-Mayer/United Artists“ (MGM/UA) auf ein ebenso komplexes wie einmaliges Vertragswerk in der europäischen Filmgeschichte geeinigt: Die ARD erhält aus dem 3000 Filme umfassenden Repertoire des US-Riesen eine Top-Auslese von 1500 Streifen, darunter alle Zeichentrickfilme und 390 Stunden TV-Produktionen aus der Herstellung bis Ende 1983. Außerdem erhält die ARD das Lizenzrecht für den gesamten deutschsprachigen Bereich in Europa: von Südtirol, deutschsprachiger Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich bis zu West-Berlin und der „DDR“.

Die Lizenzzeit für diesen Film-Stock beträgt 15 Jahre – ein Großteil der Filme ist bereits deutsch synchronisiert. Vor allem aber: Die Lizenzen erstrecken sich auf sämtliche Kabel- und Satellitenrechte. Der Lizenzpreis für das gesamte Paket beträgt 80 Millionen Dollar, also nach dem heutigen Devisenkurs etwa 230 Millionen Mark. Dies würde pro Film einen Preis von ca. 145 000 Mark bedeuten. Da die Synchronisationskosten – pro Film etwa 80 000 Mark – zum Teil wegfallen, dürfte dieser Preis unter dem Level der bisher üblichen Filmeinkäufe liegen. Außerdem erhält die ARD während der gesamten Lizenzzeit je Jahr zehn bis 15 neue Premierenfilme zusätzlich.

Das Paket enthält denn auch eine Reihe hervorragender Filme, so etwa die 13 James-Bond-Streifen mit Sean Connery und Roger Moore von „Dr. No“ bis zu den „Liebesgrüßen aus Moskau“. Bereits in diesem Jahr wird das erste Programm neben zwei Bond-Streifen sieben TV-Premieren anbieten: „Fame“ mit Alan Parker (1980), „Buddy, Buddy“ mit Walter Matthau und Jack Lemmon (Billy Wilder 1981), „Die Geliebte des französischen Leutnants“ mit Meryl Streep (1980), „Der Champ“ mit Faye Dunaway (1979), „Victor/Victoria“ mit Julie Andrews und James Garner (1982), „Ein Jahr in der Hölle“ (1983) und „Ist das nicht mein Leben?“ von John Badham 1981 mit Richard Dreyfuss und John Cassavetes.

In dem attraktiven Filmpaket befinden sich außerdem zahlreiche Filme der „Warner Brothers“ aus der

Zeit bis 1948. Die ganze Palette der US-Stars marschiert in dem angekauften Repertoire mit: Allein 40mal Clark Gable und je 30mal Joan Crawford und Spencer Tracy.

Der Einkauf findet vor dem Hintergrund jener Auseinandersetzung statt, die zwischen ARD und deren Werbetochter Degeto auf der einen Seite und dem Münchner Filmkaufmann Leo Kirch und dessen Firma Taurus Film andererseits entbrannt ist. Kirch, der sein feingesponnenes Netzwerk in ZDF und ARD gefährdet sieht, klagte in den Staaten gegen die ARD in Höhe von 144 Millionen Dollar. Diese Zahl ist bescheiden, denn die Differenz zwischen den 80 Millionen Dollar, die die ARD dem Hollywood-Giganten jetzt hinblättert, und dem von Kirch eingeklagten Betrag deutet an, welchen Betrag die ARD durch den Direktkauf einspart: ca. 34 Millionen Dollar.

Für den TV-Gebührenzahler ist das zwar eine ermutigende Nachricht; die Intendanten wird sie jedoch nicht davon abhalten, 1987 erneut an der Gebührenschaube zu drehen. Leo Kirch aber ist durch den Kauf ins kommerzielle Abseits geraten. Denn seine Klagen in den USA haben wenig Erfolgsaussichten, zumal MGM/UA die ARD rechtlich eindeutig freigestellt. Umgekehrt hat die Degeto vor dem Landgericht Frankfurt eine Feststellungsklage anhängig gemacht, um durch den Kadi ausmachen zu lassen, daß Kirch keine Forderungen bei der Degeto anmelden kann.

Wie auch immer: Mit dem spektakulärsten Filmeinkauf in der deutschen „Mediengeschichte“ offenbart die ARD, wie sie die Konkurrenz zu den privaten Medien, insbesondere zu den privaten Fernsehveranstaltern über Kabel und Satellit inklusive RTL-Plus einschätzt. Wie das ZDF, das noch über ein großes Filmpaket in den Staaten verhandelt, wollen sie den Privaten durch Aufkauf des US-Filmstocks zuvorkommen.

Diese Kintop-Hochrüstung der Öffentlich-Rechtlichen soll auch, wie Degeto-Vorsitzender Freiherr von Sell in Frankfurt erklärte, der Video-Konkurrenz Rechnung tragen. Für die privaten Anbieter, die Videostrategien und das kommende Verlegerfernehen stellt der ARD-Einkauf eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

REGINALD RUDOLF

KRITIK

Fakten zum Finanzgenie

Es ist ein Kreuz mit den Dokumentarfilmen: Bleibt eines (seiner Definition gemäß) dicht am Fakt, so gerät das Spiel oft genug zu einer nachgestellten Kostümprobe. Unterwirft es die Faktologie der dramaturgisch aufbereiteten Wahrheit, so kommen die Historiker und bemängeln (zu recht oder nicht) mangelnde Geschichtstreue.

Ganz schwierig hatten es die Autoren des Joseph Süss Oppenheimer (ZDF). Sie wollten einmal das wahre Bild des von dem antisemitischen Machwerk Veit Harlans verbreiteten jüdischen Finanzgenies richtigstellen, wollten die Glaubwürdigkeit dieser Korrektur durch peinlichen Verbleib im historischen Belegbaren bekräftigen, einerseits. Andererseits sollte es eine Story werden, eine erzählte Geschichte mit Spannungsbogen, dramaturgischen Linien und so weiter, siehe weiter oben.

Das konnte nicht lange gut gehen. Soweit sie, der Buchautor Gerd Angermann und der Regisseur Rainer Wolfhardt, die recherchierten Fakten sauber und, ohne nach rechts oder links zu blicken, auf die Schnur fädelten, war es gut und recht. Aber: Da sie ja erklärtermaßen nicht eine Dokumentation vorhaben, sondern ein Dokumentarfilm, also eine dramatische Fassung des Geschehens, gerie-

ten sie mehr und mehr in ein historisches Bilderbuch, in dem Figuren und Kostüme, Szenen und Gesichter abgekupfert waren.

Es war das Lobenswerte, das gutgemeinte, ja, das schon lange notwendige Stück über den Finanzier des württembergischen Herzogs Carl Alexander. Man sah, daß er als Jude, der gegen die Getto-Unfreiheit zu leben versuchte, starb, nicht als der „Blutsauger der Nation“, wie im Nazi-Film. Man sah es, aber es blieb ein Vorzeigedrama; das Drama, die Erschütterung, die Katharsis blieben aus. Also kein Drama. Aber auch keine Dokumentation. Was also?

Die Darsteller hatten sich eindeutig der dramatischen Seite der Produktion verantwortlich gefühlt. Jörg Pleva als Süss Oppenheimer war groß und tragisch, ihm kümmerte ganz offensichtlich das innere Drama seines Oppenheimer mehr als das historische Kostüm, und ich sage: gut so. Pleva ist der einzige, dem es immer wieder gelang, die Dokumentation ins große Schauspiel hinüberzuspielen und die Wirklichkeiten zur Wahrheit aufzubauen. Anders bei Manfred Krug als Herzog Carl Alexander, er war historisch und dramaturgisch gleichermaßen fehl am Platz: ein Berliner Taxifahrer mit Allongeperücke. VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Nach der Benennung der Preisträger, die eine Hörzu-Jury aus den Fernsehproduktionen von 1983 herausgefunden hat, veröffentlicht die Zeitschrift jetzt das Ergebnis einer Populärumsfrage. Danach sind Peter Alexander und Carolin Reiber bei den HZ-Lesern am beliebtesten. Sie erhalten eine Kamera in Gold. Silber bekommen auf Grund des Stimmzettelergebnisses Frank Elstner und Thekla Carola Wied. Auf dem Bronzeplatz landeten Thomas Gottschalk und Uschi Glas.

Die Zeitschrift „Hörzu“ hat einen neuen Fernsehpreis gestiftet: den Goldenen Satelliten. Er gilt weit über den Kreis der Goldenen Kamera-Klienten hinaus auch für

Personen, die sich nicht als Fernseh-schaffende im engeren Sinne ausgezeichnet haben, sondern auch als Techniker, Programmplaner und Politiker. Der Preis besteht aus der künstlerischen Replik eines Fernseh-satelliten; er wird zugleich mit der Goldenen Kamera verliehen.

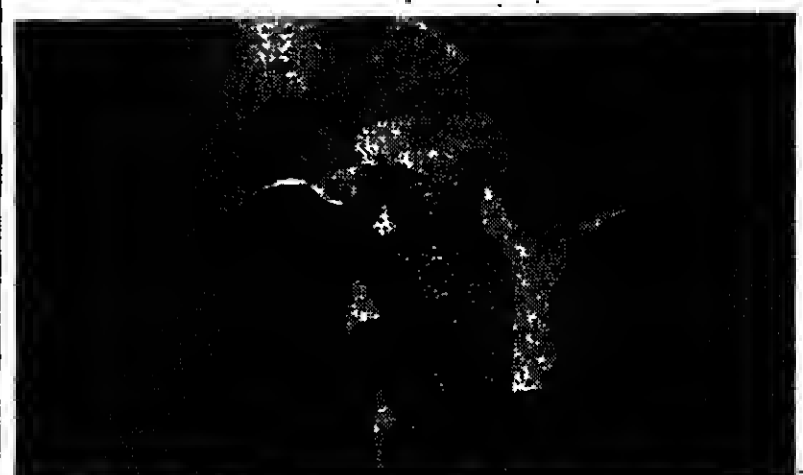
Die ersten Preisträger sind: Peter Gerlach, stellv. Programmleiter des ZDF, und Frank Müller-Römer, Technischer Direktor des Bayerischen Rundfunks.

Am 31. Dezember 1983 waren in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin 24 598 736 Hörfunkgeräte registriert, von denen 22 694 730 gebührenpflichtig waren. Die Zahl der gemeldeten Hörfunkgeräte hat sich gegenüber dem Vorjahresbestand um 440 252 erhöht. Bei den Fernsehgeräten waren zum gleichen Zeitpunkt 22 127 118 TV-Geräte registriert, das bedeutet ein Plus von 305 627. FK



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über das ZDF	12.35 Das Xaver – das soll unser Pfarrer sein?
10.00 heute	12.55 Presseschau
10.55 Lesens sel. Witwe	13.00 heute
11.40 Ich war Playmate des Monats	
13.50 Olympische Winterspiele Sarajevo heute	14.00 heute
13.55 Ski nordisch: 4 x 10-km-Staffel Herren	14.04 Religionen
13.55 Eschekant: 1500 m Herren	2. Teil: Christen
12.00 Ski alpin: Abfahrt der Herren oder Damen	Film von Adolf Hall
14.00 Tageschau	Anschl. heute-Schlagzeilen
14.10 Zum Beispiel: Michael Werner	14.35 Kuschelbären
14.15 Olympische Winterspiele	17.00 heute / Aus den Ländern
Portrait eines Weltmeisters	17.15 Tele-illustrate
14.55 Olympische Winterspiele	Zu Gast: Nicolas de Angelis
Exklusiv: Kurzprogramm der Damen	17.50 Filmmarkt
dazu: Regionalprogramme	Letzte Folge: Der blaue Hut
20.00 Tageschau	Anschl. heute-Schlagzeilen
Anschl. Band: Der 7. Sinn	18.20 Mann, halt die Luft an!
20.10 Olympische Winterspiele	Zwischen Gips und weißem Kittel
Exklusiv: Kitz der Herren	19.00 heute
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach	19.30 Lock mal wieder
22.30 Die spanische Krankheit	Szenen – Skizzen – Witze
Hintergründe der Speiseölvergiftung	Von Günter Pitzmann
Film von Gisela Reich und Roberto Sanchez	Günter Pitzmann führt nicht nur durch die Sendung, sondern wird in vielen Sketchen und Szenen zu sehen sein.
23.15 Tagesschau	Regie: Wolfgang Spier und Pitt Weyrich
23.45 Film: La Fontaine	20.30 Die ungleichen Show
DDF-Fernsehtag von Dinah Nelken	Präsentiert von Bob Lockwood in den Rollen von Uzo Mirell, Marilyn Monroe, Shirley Bassey u. a.
Mit Angelica Domrosa, Hilmar Thiele u. a.	Regie: Georg Martin Lange
Regie: Horst Seemann	21.00 Aus Forschung und Technik
Die Berliner mit dem französischen Namen wohnt in einer Familie hugenottischer Abstammung auf, die im wilhelminischen Berlin zu den wohlhabenden gehört. Als Fleur begrift, auf welche enttörenden Weise ihre Mutter diesen Wohlstand meißelt, strebt sie danach, in den Kreis der „anständigen“ Frauen zu gelangen. Sie heiratet Dr. Goldner, obwohl sie damit die Ehe ihrer besten Freundin zerstört. Als ihr Mann sein Vermögen verliert, läßt sie sich scheiden.	Die Jagd nach Gold / Baumsterben in den Tropen / Eierorte für die Zukunft
1.40 Tageschau	Moderation: Joachim Bublth
	heute-Journal
	21.45 5 nach 10
	Geheimdienst: Wer kontrolliert wen?
	Gesprächsleitung: Alexander Nemetz und Klaus Presser
	Die drei großen deutschen Geheimdienste, ihre Affären und die Möglichkeiten ihrer parlamentarischen Kontrolle sind u. a. Diskussionsgegenstand der Expertenrunde.
	Anschl. heute



Vom Original kann zu unterscheiden: Bob Lockwood als Marilyn Monroe (Die ungleichen Show - ZDF, 20.30 Uhr).

III.

WEST	NORD	HESSEN	SÜDWEST	BAYERN
19.00 Aktuelle Stunde	18.50 Schach für Jedermann (6)	18.55 Die Maus auf dem Mars	18.30 Telekollage	18.15 Wegweiser Nord
20.00 Tageschau	18.45 Film als Hobby (4)	19.00 Der Meisterdetektiv	Nur für Baden-Württemberg	18.45 Sendeschau
20.15 Der glühende Schlüssel	19.15 Engeln	hol. Spielfilm, 1959	Nur für Rheinland-Pfalz	19.00 Domest Tagesgespräch
Amerik. Spielfilm, 1942	Feuertänzer auf der Gasse	20.30 Kultur aktuell: Die Berliner Filmfestspiele	Nur für Saarland	Moral
21.35 Das nächste...	Zwischen Gips und weißem Kittel	21.30 Kultur aktuell: Die Berliner Filmfestspiele	Nur für das Saarland	Komödie von Ludwig Thoma
Interview mit Yilmaz Güney zum Film „Lebensango“	20.00 Tageschau	21.45 Keine wertige Geschichte	Gemeinschaftsprogramm	20.30 Was ist der Mensch?
21.45 Landespiegel	20.15 Aus der Band und Band	Jules Dassin – Melina Mercouri	21.30 Landesgespräch	21.30 Sendeschau
22.15 Robert Ashley: „Perfect Lives“	US-Spielfilm, 1956	21.45 Blickpunkt Ausland	Nur für das Saarland	21.45 Z. E. N.
23.00 Kino 84	Anschl. Kurznachrichten	Das Feuerkreuz von Texas	TV-Club Saar 3	21.50 Zwei auf gleichem Weg
Zwei deutsche Filmschauspieler: Bruno Ganz und Klaus Löwisch	22.15 Keine wertige Geschichte	22.30 Jenseit, Held der Berge (7)		Amerik. Spielfilm, 1967
23.55 Letzte Nachrichten	22.45 Letzte Nachrichten			23.35 Sendeschau
				23.40 Aktuelle

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 18 der „Orientierungen“ enthält Beiträge über die ordnungspolitischen Aufgaben heute, analysiert die Ergebnisse „neuer Wirtschaftspolitik“, befaßt sich mit Problemen der Schattenwirtschaft und der „Leistungsgesellschaft“, berichtet über eine umweltpolitische Tagung der Ludwig-Erhard-Stiftung und bringt als Erstabdruck Ludwig Erhards Darstellung der Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform aus einem Streitgespräch mit Erik Nölting vom November 1948.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE THESENSTELLUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

3 prächtige Bücher für den schönsten Garten, den Sie je hatten

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von nur 49,- DM



An: DIE WELT, Vertriebsstelle, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die drei Bände Mein Gartenjahr, Das Große Blumen- & Pflanzenbuch, und Die schönsten Rosen der Welt zum Gesamtpreis von 49,- DM (einschließlich Versandkosten). Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

- ☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kunden-Nr.:

Mein Gartenjahr
Der Große Bildband vom Pflanzen, Wachsen, Blühen und Ernten. Dieses Standardwerk für alle Gartenliebhaber läßt keine Frage offen. Auf 608 Seiten im Format 20,5 x 27,5 cm finden Sie mehr als 1.400 farbige Abbildungen und alle Informationen, die Sie für jede Art von Garten gebrauchen können.

Das Große Blumen- & Pflanzenbuch für Haus und Garten
ist eine schöne Ergänzung zum Gartenjahr. Auf 256 großformatigen Seiten bietet es Ihnen sehenswerte farbige Pflanzenfotos und viele praktische Tipps.

Die schönsten Rosen der Welt
Zucht, Umgang, Pflege
123 Rosensorten werden in Wort und Bild vorgestellt und durch Auskünfte über alle Belange der Rosenzucht eindrücklich ergänzt.

Abonnenten-Service

DIE WELT

UNABHÄNGIGE THESENSTELLUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ohne Platz zum Spielen wird jedes Kind behindert.



„EIN DIAMANTENER PLAN FÜR KINDER“

in den Gemeinden für

- mehr und bessere Kinderspielflächen
- für einen größeren Schutz der Kinder vor dem Verkehr
- für Spieleinrichtungen im Haus, vor dem Haus, in der Wohnsiedlung und in der Schule
- sowie für eine kindorientierte Gemeindeplanung

Spendenkonto PSCHA München
Kto.-Nr. 440-809



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Langwieder Hauptstraße 4
8000 München 60
Tel.-Nr. 089/8141059

In New Yorker Kirchen wird gewohnt, getanzt und gefeilscht

HANS J. STÜCK, New York
Durchs spitzgebliebene Kirchenschiff schallen fetzende Rhythmen, in der früheren Sakristei knallen Sektorkorben, und im alten Beichtstuhl sitzt die Dame mit den Einlaßkarten. New Yorks neueste und heißeste Disco, das „Limelight“ (Ramplicht), ist ein gediegenes Chelsea ist das bislang krassste Beispiel eines Kirchenschicksals in der Millionenstadt, in der Wandel die Regel, Bestand die Ausnahme ist.

Die Super-Disco in der 140 Jahre alten Kirche, unlangst von Pop-Art-Künstler Andy Warhol „getauft“, ist kein Triumph des Atheismus, obwohl „Blasphemie“ und „Teufelswerk“ noch die mildesten Ausdrücke sind, mit denen fromme New Yorker den 13 Millionen Mark teuren Umbau belegen. Er dokumentiert nur die Bedrängnis, in die viele Kirchengemeinden geraten sind. Das ist im alten Chelsea nicht anders als in Soho oder an der Park Avenue: Wo früher betuchtes Bürgertum wohnte, lebt heute längst junges Künstlervolk oder in Büro- und Bankpalästen überhaupt niemand, so daß die Gemeinden durch Mitgliederschwund verarmt, schließlich sogar ihre Kirchen aufgeben müssen.

Ohne Kirchensteuer, die es in den USA nicht gibt, sind die Gotteshäuser nicht zu unterhalten. Da ist es oft nur eine Frage der Zeit, bis sie zum Apartmentgebäude, zur Galerie oder eben zur Disco werden. Ähnliche Schicksale wie Chelseas angli-

nische „Kirche zur heiligen Kommunion“, in der einst auch John Jacob Astor betete, erlitten die Presbyterian Church im Künstlerviertel Greenwich Village, die hinter Säulen und Rundbögen in Appartements aufgeteilt wurde, die katholische Kirche St. Peter St. Paul in Brooklyn, jetzt ein Komplex von 27 schicken Eigentumswohnungen, und eine kleine Synagoge im Stadtteil Queens, in der neun Apartmentwohnungen eingerichtet wurden.

Das spektakulärste Beispiel jedoch, an dem sich die Gemüter wie nie zuvor erhitzen, könnte die große, 1912 im byzantinischen Stil an der Park Avenue errichtete St. Bartholomew's Church werden, ein protestantisches Gotteshaus zwischen hochragenden Wolkenkratzern, die dem Presbyterium wie die Geldsorgen längst über den Kopf gewachsen sind. Trotz des Protestes vieler Gemeindeglieder und 20 Bürgervereinigungen, darunter die mächtige „Preservation League“, die Jacqueline Onassis und die Millionenerbin Brooke Astors zu ihren Mitgliedern zählt, will der Vorstand zumindest das alte Gemeindehaus abreißen lassen und praktisch über der ehrwürdigen Kuppelkirche einen 50 Stockwerke hohen Bürosilos aus Glas und Beton errichten lassen.

Der Betonklotz mit Freizeiteinrichtungen wie Theater, Swimming-pool und Cafés in den ersten acht Stockwerken würde die Gemeinde ein für

allemaal von ihren Geldnöten erlösen. In seinem Antrag an die städtische Denkmalschutz-Kommission, nach Kritikern ein Gesuch zur Verschandlung des letzten Kulturdenkmals an der Park Avenue, macht der Kirchenvorstand geltend, daß der Wolkenkratzerbau zur Verhinderung des Gemeindefankrotts wegen des von der Verfassung garantierten Rechts auf freie Religionsausübung erlaubt werden müsse.

Beim Bau des gewaltigen Wolkenkratzers würden die Bauherren wegen der Erhaltung der kulturell-schichtlich wertvollen Bausubstanz sogar beträchtliche Steuervorteile genießen, so wie sie beim teilweisen Umbau der ebenfalls vom Ruin bedrohten South Congregational Church in Brooklyn gewährt wurden. Als die einst blühende Gemeinde auf 50 Mitglieder geschrumpft war und kaum noch Strom und Wasser zahlen konnte, hatte der Vorstand eine kapitalkräftige Bausgesellschaft kontaktiert, die den ganzen Kirchenbau kaufte, 28 Luxusapartments darin einrichtete und sich zudem dazu verpflichtete, den früheren Damensalon der einst noblen Gemeinde in einen Andachtsraum für die verbleibenden wenigen Gemeindeglieder umzuwandeln. Die Lösung kam allen zugute: den Bauherren wegen der hohen Rendite, den Denkmalschützern wegen der unangestasteten Fassade und der Gemeinde wegen des finanziellen Ausgleichs und der nagehenzen Kapelle. (SAD)



Das Schicksal von St. Bartholomew's scheint besiegelt: Über der Kuppel soll ein Bürosilo aus Glas und Beton wachsen. FOTO: SAD

Irdische Illusion in unterirdischen Büroetagen

ank. New York

Sieben Stockwerke unter der Erde scheint in einem Büro in Minneapolis die Sonne. Wer aus dem Fenster schaut, sieht draußen unter blauem Himmel Autos vorbeifahren. Architekten haben mit einfachen Mitteln das anscheinend Unmögliche möglich gemacht. In den USA „wachsen“ immer mehr Gebäude in die Erde. Der Vorteil: Da die Temperatur unter der Erde immer gleich bleibt, sind die Kosten für Heizung und Klimaanlage erheblich geringer.

Das Gebäude für Ingenieur- und Bergbauwissenschaften der University of Minnesota ist der neueste und technisch eifrigste dieser „Erdratzer“. Seine sieben Stockwerke reichen 33,5 Meter tief in den Boden. Das Sonnenlicht wird durch Spiegel und Lichtschächte bis in das tiefste Stockwerk geleitet, und geneigte Spiegel vor den Fenstern zeigen das Leben auf der Straße sichtbar.

Bei diesem „Erdratzer“ werden 30 bis 40 Prozent Energie gespart. Minneapolis hat sehr heiße Sommer und sehr kalte Winter. Unter der Oberfläche aber beträgt die Temperatur des Erdrands das Jahr hindurch 13 Grad. Eine mit Sommerwärme betriebene Warmwasser-Heizung reicht aus, um innerhalb des Gebäudes eine angenehme Temperatur zu schaffen. Die Computer in den Labors werden durch Grundwasser gekühlt. (SAD)

Erste Herzverpflanzung

AP, Prag

In der Tschechoslowakei ist an einem 44-jährigen Mann die erste erfolgreiche Herztransplantation gelungen. Wie erst gestern in Prag gemeldet wurde, sind bei dem am 31. Januar dieses Jahres operierten Techniker keine Komplikationen aufgetreten. Er könne das Bett bereits verlassen, hieß es in einer Meldung der Nachrichtenagentur CTX.

Telefon-Horoskop

DW, Bonn

Ihr „Horoskop des Tages“ können Telefonkunden künftig unter der Rufnummer (011 608) abfragen. Vom 1. April an nimmt die Deutsche Bundespost diesen Service in ihr Telefonansageprogramm auf. Nach einem einjährigen Versuch soll entschieden werden, ob es sich lohnt, die Ansage zur Dauereinstellung zu machen.

Deutschland wenig neurotisch

AP, London

Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland leiden nach einem in Großbritannien angestellten internationalen Vergleich am wenigsten unter Neurosen. Dagegen gelangt die gestern in London veröffentlichte Untersuchung zu dem Schluss, daß die Briten des Jahres 1984 ein „höchst neurotisches Volk“ sind, das sich mit Beruhigungsmitteln und Medikamenten gegen Depressionen vollstößt. Die Studie stammt vom Amt für Gesundheitswesen, das von der britischen Arzneimittelindustrie finanziert wird.

Einsame Spitze

dpa, Wiesbaden

Christian und Stefanie führten auch 1983 die Hittiste der Vornamen für Neugeborene an. Wie die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfS) gestern erklärte, behauptete sich damit der Spitzname wie seit 1977 an der Spitze der Beliebtheitskala. Bei den Mädchen pendelt Stefanie seit sieben Jahren zwischen dem zweiten und dem ersten Platz.

Kollision auf See

dpa, New York

Schiffe der amerikanischen Küstenwache suchten gestern vor Alaska nach drei japanischen Seeleuten, die nach einem Zusammenstoß von zwei japanischen Fischkutschern im Bering-Meer vermißt werden. Bei der Kollision kamen 14 Seeleute ums Leben, sieben konnten gerettet werden.

Premiere im OP

AP, Pittsburgh

Einem sechsjährigen Mädchen sind während einer 16stündigen Operation im amerikanischen Pittsburgh ein neues Herz und eine neue Leber eingepflanzt worden. Nach Angaben der Ärzte war dies wohl die erste Transplantation dieser Art.

München führt

AP, München

Mit 151 Nierentransplantationen im Jahr 1983 steht das Münchner Klinikum Großhadern an erster Stelle in Europa. Weltweit, so das bayerische Umweltministerium, liegt das Münchner Krankenhaus damit an dritter Stelle nach den Unikliniken von Minneapolis und San Francisco.

Armee gegen Drogenhändler

AFP, Caracas

Die Streitkräfte Kolumbiens und Venezuelas haben einen gemeinsamen Krieg gegen Rauschgifthändler begonnen. Der kolumbianische Verteidigungsminister beriet gestern mit seinem venezolanischen Amtskollegen Alvarez über praktische Maßnahmen zur Beendigung der Plage.

ZU GUTER LETZT

Schlagzeile der satirischen Pariser Zeitung „Le Canard enchaîné“ zur Andropow-Nachfolge: „Triumph des Marxismus-Senilismus“.

Verbrechens-Serie: Ein Geständnis mit Folgen

Brachte Verhaftung eines 23-jährigen Justizirrtümers ans Licht?

KNUT TESKE, Bonn

Die Geständnisse des 23-jährigen Heiminsassen Kurt Friedhelm Steinwegs, der sechs Menschen umgebracht haben will, offenbaren wahrscheinlich auch Justizirrtümer. In zwei Fällen könnte Steinwegs, der fast sein ganzes Leben in Heimen verbracht hat, als Täter in Frage kommen, in denen bislang andere zur Rechenschaft gezogen wurden. In den übrigen Fällen handelt es sich um bislang unerledigte „Mordsa-chen“ und eine „Verlustangelegenheit“.

Für die Tötung des 18-jährigen Arnold Pump, dessen Skelett am 18. Januar '81 auf einem Schrottplatz bei Essen gefunden worden war, sitzt seit zweieinhalb Jahren ein „Freund“ Steinwegs, der 19-jährige Ralf Erb, in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt. Erb, der getötete Pump und Steinwegs bildeten in ihrem damaligen Heim eine Wohngemeinschaft. Nachdem Pump seit November '80 verschwunden war, geriet Erb wegen seines „auffälligen Verhaltens“ bald in Verdacht. In einem Auf und Ab folgten Geständnisse und Widerrufnisse – nie aber belastete Erb seinen Freund Steinwegs oder sprach von ihm auch nur als Mithäter, was die Staatsanwaltschaft Essen heute noch stutzig macht.

Sollte sich Steinwegs' Geständnis jetzt als lügnerisch erweisen, hätte Erb die Jahre hindurch ungeschuldig in der geschlossenen Anstalt zugebracht. Er müßte nach einem Wiederaufnahmeverfahren in eine offene Anstalt des Typs, in der er früher untergebracht war, zurückverwiesen werden. Gerade in diesem Fall aber hegt die Staatsanwaltschaft Zweifel am Geständnis von Steinwegs, wie ein Sprecher gegenüber der WELT gegenüber erklärte. Eine Tatbeteiligung schließt man andererseits wiederum nicht aus, Pumps Leiche war nämlich ähnlich bestialisch zu gerichtet gefunden worden, wie später auf einem anderen Schrottplatz in der Nähe Essens die Leiche des 19-jährigen Klemens Lichtenberg. Auch dessen Tod wiederum geht eindeutig auf das Konto Steinwegs. Bei-

de Leichen waren zerteilt und „entbeint“.

In dem zweiten Fall eines möglichen Justizirrtums wird seit Jahren gegen den 21-jährigen Raimund W. aus Krefeld-Willich verhandelt. W. soll 1978 einen 13-jährigen britischen Schüler erschlagen haben. Das Landgericht Krefeld sprach W. zunächst frei; auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin hob der Bundesgerichtshof das Urteil im Herbst vergangenen Jahres – allerdings wegen eines Formfehlers – wieder auf und verwies es zur erneuten Verhandlung an die alte Kammer zurück. Für Raimund W. wird sich allerdings nicht viel ändern. Selbst wenn sich in diesem Fall seine Unschuld herausstellen sollte, hätte er, so die Krefelder Staatsanwaltschaft, gestern nicht einen Tag zuviel gesessen. Er ist seit langem wegen eines anderen Mordes rechtskräftig zu zehn Jahren Haft, der Höchststrafe für Jugendliche, verurteilt worden. Der eventuelle Justizirrtum würde im übrigen darauf beruhen, daß auch W. sein Opfer wie Steinwegs zerteilt und „entbeint“.

Steinwegs, der, wie einer der Staatsanwälte seine Einträge über den jungen Mann zusammenfaßt, auf der Straße niemandem auffallen würde, begann seine Tötungsreihe 1974 im Alter von 14 Jahren. Damals erschlug er für 20 Mark im nieder-sächsischen Githorn einen Rentner. 1980 starb der 19-jährige Klemens Lichtenberg wegen des Streits um ein Hufeisen, 1981 auf einer Resozialisierungsreise ein 26-jähriger Däne in der ostdeutschen Hafenstadt Faborg. Die Zeugen dieser Tat schwiegen übrigens bis zur Verhaftung des mutmaßlichen Töters, der 1983 in einem Wald bei Süchteln noch einen 44-jährigen Mitpolizisten erdrosselte, ehe ihn die Polizei auf die Spur kam. Ermittlungsbeamte schildern den blonden, drahtigen jungen Mann als durchaus zugänglich, wenn auch rätselhaft. Nur die ersten zehn Jahre verbrachte das Kind eines Bauarbeiters aus Viersen zu Hause. Nach dem Tod seiner Mutter begann sein Leben in Heimen und Anstalten.

In der Not kommen im Revier alte Tugenden zu neuer Blüte

Erhebung deckte Vielzahl von kleinen und kleinsten Initiativen gegen Arbeitslosigkeit auf

GISELA REINERS, Bonn

Nachbarschaftshilfe wurde im Ruhrgebiet immer schon großgeschrieben. So verwundert es nicht, daß in einer Zeit, in der das alte Industrieviertel von hoher Arbeitslosigkeit gebeißelt ist, diese alte Tugend zu neuer Blüte kommt. Zwar hat der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) in Essen nicht der direkten Hilfe von Tür zu Tür oder über den Gartenzaun nachspüren können, als er sich mit dem Thema „Initiativen gegen Arbeitslosigkeit“ befaßte, doch hat er eine Vielzahl von kleinen und kleinsten Projekten zutage gefördert, die helfen sollen, den Erwerbslosen das Leben zu erleichtern, ihnen mit Rat, aber auch Tat zu helfen.

Bessere Zusammenarbeit

Der KVR hat diese Dokumentationen in Auftrag gegeben, um den Trägern und Initiatoren der einzelnen Projekte zu einem Überblick und besserer Zusammenarbeit zu verhelfen. Den Arbeitslosen sollen vor allem die richtigen Anlaufstellen an die Hand gegeben werden. Ein weiteres Ergebnis war aber auch, wie Verbandsdirektor Jürgen Gramke feststellt, daß man am Ende der Erhebung schlicht mehr Initiativen kannte als am Anfang. Er wertet das als Zeichen dafür, daß man im Revier nicht gewillt ist, Arbeitslosigkeit passiv zu ertragen und auf Hilfe von außen zu warten. Ganz verzichten kann man auf derlei Hilfe natürlich auch hier nicht. Nach Angaben von Arbeitsminister Friedhelm Fartmann (SPD) stellt

das Land Nordrhein-Westfalen 1984 allein 400 000 Mark für die Arbeit von Arbeitslosenzentren zur Verfügung. Diese für eine „flankierende Hilfe“ vorgesehenen Mittel sind Teil eines Gesamtprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von 204 Millionen.

In Dortmund hat sich ein derartiges Zentrum schon als eingetragener Verein gebildet, der sich aus öffentlichen Zuschüssen und Spenden finanziert. Hier sollen Arbeitslose sich Rat und Hilfe holen können, wenn sie mit den verschiedenen Förder- und Bildungsangeboten nicht klarkommen, hier sollen sie Kontakte finden können, Veranstaltungen besuchen zu Themen aus Arbeits- und Sozialrecht. Getragen wird der Verein vom DGB-Kreis Dortmund über verschiedene Einzelgewerkschaften und kirchliche Organisationen bis zu 70 Einzelpersonen.

Viele Initiativen zeichnen sich durch mehrere Träger aus. So haben sich in Hagen das Arbeitsamt, die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk, die Stadt selbst und die Kammern zu einem Aktionsprogramm „Jugendarbeitslosigkeit“ zusammengeschlossen. 500 Jugendliche profitierten 1983 davon. Sie wurden in berufsqualifizierenden Lehrgängen oder durch Maßnahmen für noch nicht berufstätige Jugendliche geschult. Jetzt plant die Stadt, von arbeitslosen jungen Leuten, darunter vielen Türken, eine Parkanlage zu einer grünen „Ruhe-Insel für Senioren“ berichten zu lassen.

Auch die Kirchen sind aktiv, 24 Jugendliche haben in Oberhausen die Möglichkeit, Kurse in den Werkbereichen Holz, Textil, Druck und Hauswirtschaft zu besuchen, die von der „Kurbel“, einer Werkzeitanstalt des katholischen Jugendamtes Oberhausen, angeboten werden.

Bezahlung nach Tarif

Im vorigen Jahr waren 55 junge Leute, die nach der Schule keine Lehrstelle oder keinen Arbeitsplatz gefunden hatten, bei der „Kurbel“ beschäftigt. 13 von ihnen fanden danach eine Stelle. – In Dortmund bietet die „Neue Arbeit Tremonia“, ein Verein von Mitarbeitern des Diakonischen Werks, zwölf Langzeitarbeitslosen mit körperlichen Behinderungen einen Arbeitsplatz. Sie arbeiten gebrauchte Möbel auf, die dann verkauft werden. Bezahlung nach Tarif ist zugesagt und Kotendeckung angestrebt.

So geht es weiter von Arbeitslosencafés als Treffpunkt für Beratung und Informationsaustausch über Sprachkurse der Volkshochschulen für Ausländer und qualifizierende Kurse für Serviceberufe vom Hotel- und Gaststättenverband. Firmen helfen, ehrenamtliche Mitarbeiter, Fachkräfte arbeiten für einen symbolischen Lohn. Die Initiativen sind in eine „Lücke“ zwischen den Organisationen des Arbeitsmarktes und der Wohlfahrtsverbände, konnte Minister Fartmann erleichtert resümieren.

Strahlenskandal beunruhigt Briten

Regierungsuntersuchungen bestätigen schwere Pannen in Wiederaufbereitungsanlage

FRITZ WIRTH, London

Windscale, die größte Atom-Müllkippe und Nuklearwäscherei der westlichen Welt im Norden Englands, ist in den Händen eines inkompetenten Managements, ohne hinreichende und präzise Sicherheitsvorkehrungen und hat sich im Umgang mit hochradioaktivem Material grober Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Das ist das aufsehenerregende Ergebnis von zwei regierungsamtlichen Untersuchungen, die gestern dem britischen Unterhaus vorgelegt wurden. Die Berichte bestätigen eindeutig das Mißtrauen, daß seit Jahren in Großbritannien gegenüber dieser größten Wiederaufbereitungsanlage von Atommüll im Westen besteht.

Windscale, das im letzten Jahr in Sellafield umgetauft wurde, gehört zu jenen Unternehmen, die der Nuklearindustrie in der Welt einen schlechten Namen gegeben haben. Die Fahrlässigkeit, mit der bei dieser Firma mit den gefährlichen radioaktiven Substanzen umgegangen wird, ist inzwischen zum nationalen Skandal geworden. Der stellvertretende Direktor des Betriebs muß nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes seinen Hut nehmen, das gesamte Spitzenmanagement wird auf Druck der Regierung umorganisiert.

Sellafield, alias Windscale, ist seit seiner Inbetriebnahme im Jahre 1950 der unfahrträchtigste Nuklearbetrieb Westeuropas. Nach Angaben des „Observer“ wurden in den 34 Jahren insgesamt mehr als 300 Zwischenfälle registriert. Der bisher größte ereignete sich im Jahre 1957, als weite Teile des Unternehmens durch einen

Großbrand zerstört wurden und radioaktives Material die Umgebung verunreinigte.

Nach Sellafield wird „nukleare Schmutzwäsche“ aus der ganzen Welt zur Reinigung geschickt. Der Betrieb bereitet diesen Atommüll wieder auf, gewinnt daraus Plutonium und pumpt das leicht radioaktive Schmutzwasser durch eine Rohrleitung in die irische See. Das ganze ist finanziell ein höchst lukratives Unternehmen. Da der Betrieb zu hundert Prozent Staatsseigentum ist, ist er für die britische Regierung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Firmenleitung versichert seit Jahren, daß dieser Aufbereitungsprozess absolut zuverlässig und risikofrei sei. Das aus Sellafield herausgepumpte Schmutzwasser sinke auf den Meeresboden und richte keinerlei Schäden an.

Heute weiß man, daß dies eine Fehlkalkulation war. Statt auf den Meeresboden zu sinken, wurden beträchtliche radioaktiv verseuchte Stoffe wieder an Land zurückgeschwemmt. Die Regierung sah sich deshalb im letzten Herbst gezwungen, 40 Kilometer Badestrand nördlich und südlich von Sellafield für die Öffentlichkeit zu sperren. Der Zutritt ist noch heute untersagt, obwohl im Unterhaus versichert, daß keine Gefahr für „signifikante Gesundheitsschäden“ mehr bestehe.

Die beiden gestern vorgelegten Untersuchungsberichte beziehen sich auf einen Zwischenfall, der am 11. November in Sellafield passierte. Durch Fahrlässigkeit wurde damals aus dem Gebäude 3206 statt des übli-

chen leicht radioaktiven Schmutzwassers auch hochradioaktiver Schaum, der sich auf diesem Wasser abgesetzt hatte, in die irische See gepumpt. Die Firma ließ sich fünf Tage Zeit, bis sie das zuständige Ministerium über diese Panne informierte. Sie wurde der Öffentlichkeit durch die Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ bekannt, die die Verunsicherung am 14. November entdeckte und zwei Tage später die Öffentlichkeit alarmierte. Die Regierung ließ sofort die Küste sperren.

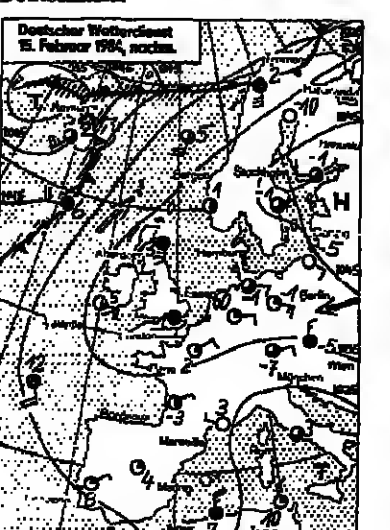
Umweltminister Jenkin behauptete gestern, es sei sichergestellt worden, daß sich solche Pannen nicht wiederholen können. Zugleich kündigte er an, daß die Regierung 50 Millionen Mark ausgeben will, um die Nuklearwäscherei zu Sellafield noch sicherer zu machen.

Dennoch: Das Mißtrauen bleibt. Bereits im Dezember des letzten Jahres hatten 900 der insgesamt 5500 in Sellafield beschäftigten Arbeiter und Angestellten der Firma wegen ihrer fahrlässigen Handhabung der Sicherheitsvorkehrungen das Mißtrauen ausgesprochen. Ihre Bedenken sind durch den Untersuchungsbericht der Regierung nun bestätigt worden.

Doch selbst die Garantien des Ministers haben die Unruhe in der Bevölkerung von Sellafield nicht beseitigen können. Diese Bürger wurden im letzten Jahr durch eine Dokumentation des britischen Fernsehens alarmiert, die unterstellt, daß die Fülle von Blutkrebs unter den Kindern in der Umgebung von Sellafield unverhältnismäßig hoch seien. Die Regierung hat sich hier eine Untersuchung eingeleitet. Der Bericht soll im Mai vorliegen.

WETTER: Trocken und kalt

Wetterlage: Eine ausgedehnte Hochdruckzone, die von Westeuropa bis nach Rußland reicht, bestimmt mit trockener Kälte das Wetter in Deutschland.



Deutscher Wetterdienst
16. Februar 1984, mittags
in Nord: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Ost: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in West: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Süd: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Mittel: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Ost: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in West: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Süd: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch
in Mittel: ☀ Spritzregen ☀ Regen ☀ Schneefall ☀ Schneeeinbruch

Vorhersage für Donnerstag:
Gesamtes Bundesgebiet: Nach Aufhebung von örtlichem Frühnebel meist heiter und trocken, nur in Südbayern stärker wolmig und gelegentlich leichter Schneefall. Tagestemperaturen im Süden minus 2 bis minus 6 Grad, sonst um 0 Grad. Nachts Frost zwischen minus 3 und minus 8 Grad, in Bayern auch unter minus 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Ansichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 15. Uhr:	
Berlin	-1°
Bonn	-3°
Dresden	-6°
Essen	0°
Frankfurt	-1°
Hamburg	-1°
List/Sylt	-1°
München	-7°
Stuttgart	-7°
Alger	-1°
Amsterdam	-1°
Athen	10°
Barcelona	10°
Brüssel	-2°
Budapest	-2°
Bukarest	-4°
Helsinki	-1°
Istanbul	5°
Kairo	17°
Kopenhagen	0°
Las Palmas	18°
London	-1°
Madrid	4°
Mallorca	-1°
Moskau	-5°
Nizza	3°
Oslo	-2°
Paris	-3°
Prag	-3°
Rom	-1°
Stockholm	-1°
Tel Aviv	18°
Tunis	10°
Wien	-5°
Zürich	-4°

*Sonnenanfang am Freitag, 7.34 Uhr.
Untergang: 17.39 Uhr. Mondaufgang: 18.19 Uhr. Untergang: 8.18 Uhr.
in MEZ, zentraler Ort Kassel